

CHRISTIAN PASSIN / ARTUR FELKIER

KROATIEN

AUF DEM WEG IN DIE EU

Zweite Auflage 2005

CHRISTIAN PASSIN / ARTUR FELKIER

KROATIEN

AUF DEM WEG IN DIE EU

Zweite Auflage 2005/06 **ARBEITSSFASSUNG**

Politische Akademie der ÖVP
1120 Wien, Tivoligasse 73
www.modernpolitics.at

© 2003, 2005



INHALT

Vorwort des Direktors Univ. Prof. Dr. Günther Burkert-Dottolo zur zweiten Auflage 2005 _____	4
Geleitwort des Botschafters der Republik Kroatien in Österreich, Exzellenz Botschafter Prof. Dr. Zoran Jašić zur zweiten Auflage 2005 _____	5
Vorwort des ÖVP-Ehrenparteiobmanns Dr. Alois Mock zur ersten Auflage 2003 _____	7
Geleitwort des HDZ-Vorsitzenden Dr. Ivo Sanader zur ersten Auflage 2003 _____	8
Vorwort der Autoren zur ersten Auflage 2003 _____	11
Kroatien: Daten und Fakten _____	13
Bevölkerung, Sprache, Land _____	21
Die Geschichte Kroatiens _____	26
Kroatien seit der Unabhängigkeit _____	37
Politisches System und Wahlen _____	42
Parteien _____	52
Wirtschaft _____	61
Kooperation mit der EU _____	67
Kroatien auf dem Weg in die EU _____	73
Zeittafel _____	82
Literaturverzeichnis _____	85
Internetverzeichnis _____	86

VORWORT DES DIREKTORS

Österreichs Beziehungen zu Kroatien sind nicht nur historischer und wirtschaftlicher Art, sondern vor allem auch politischer. Die Unterstützung der ÖVP für die Unabhängigkeit des jungen Kroatiens - unseres "fast" Nachbarlandes - durch den damaligen Außenminister Dr. Alois Mock spricht hier für sich.

Der vorliegende zweite und aktualisierte Auflage des Reader der Politischen Akademie der ÖVP "Kroatien auf dem Weg in die EU" weist in die Zukunft. Eine Zukunft, die bereits vor 2010 erfüllt sein wird. Aus den vielfältigen persönlichen Kontakten und Erfahrungen mit kroatischen Politikern im Rahmen gemeinsamer Projekte, aber auch in der großen politischen Familie der Europäischen Volkspartei, ist es auch für mich ein persönliches Anliegen, Kroatiens Weg in die Europäische Union weiter und rasch zu ebnen.

Die Fortschritte des Landes seit seiner Unabhängigkeit sind trotz der anstehenden Probleme, die aus einem unverschuldeten Krieg stammen, beachtlich. Vor allem der reibungslose Regierungswechsel 2000 spricht für die demokratische Qualität aller Beteiligten, insbesondere der damals abgewählten Regierungspartei, der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ).

Mit Interesse verfolgten wir auch daher die letzten Parlamentswahlen, die im November 2003 abgehalten wurden und der HDZ verhalf wieder an die Regierung zu kommen. Die Entwicklung der kroatischen Parteienlandschaft ist in sich, bis auf wenige Parteien, noch nicht abgeschlossen. Als einzige große Partei wird auch nach den nächsten Wahlen die bürgerliche HDZ Bestand haben, eine Partei die sich nach ihrer Gründung vor nunmehr 14 Jahren zu einer echten Volkspartei entwickelt hat. Diese Anerkennung fand die HDZ letztlich auch durch die Aufnahme in die Europäische Volkspartei.

Um sich mit der speziellen Situation Kroatiens vertraut zu machen, gibt dieser Reader einen historischen, aber auch politischen Rückblick, der in seiner Kürze die wichtigsten Ereignisse zusammenfasst und Ausblick gibt.

Recht herzlich bedanke ich mich bei dem Botschafter der Republik Kroatien in Österreich, seine Exzellenz Botschafter Prof. Dr. Zoran Jašić für sein Geleitwort zur Neuauflage dieser Publikation. Dies zeigt auch von einer gegenseitigen Wertschätzung, die über die politische und diplomatische Alltagsarbeit hinausgeht.

Ich möchte mich auch herzlich bei dem Leiter der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zagreb, Dr. Christian Schmitz, für die Zusammenarbeit bei der Erstellung dieser aktualisierten Auflage bedanken.

Univ.-Prof. Dr. Burkert-Dottolo

Direktor der Politischen Akademie

GELEITWORT DES BOTSCHAFTERS DER REPUBLIK KROATIEN IN ÖSTERREICH, EXZELLENZ BOTSCHAFTER PROF. DR. ZORAN JAŠIĆ

Nach vielen Jahren der Verzögerung wurden am 3. Oktober 2005 die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Republik Kroatien aufgenommen.

Nach der Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit haben wir uns in den letzten Jahren bemüht, zwei parallele Prozesse in unserer Gesellschaft und Wirtschaft durchzuführen. Wirtschaftliche Transformation einerseits und Aufbau des durch die Aggression zerstörten Landes andererseits.

Die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen betrachten wir als Herausforderung, unsere Stärken weiterzuentwickeln, dabei aber unsere Beitrittskosten zu minimieren. Kroatien kann dabei auf folgende Vorteile zurückgreifen:

- Die günstige geographische Lage – mediterranes und mitteleuropäisches Land mit einer reichen Geschichte – sollte im Lichte der in der kroatischen Umgebung verlaufenden Prozesse, EU-Erweiterung und Globalisierung, neu bewertet werden.
- Mit einer der längsten und schönsten Küsten Europas (5.790 km) und 1.185 Inseln, von denen 66 bewohnt sind, ist Kroatien ein touristischer Standort, der sich in Zukunft auf dem europäischen Markt neu profilieren wird. Das reiche geschichtliche Erbe Kroatiens, das auch in Bauwesen und Architektur der Städte entlang der kroatischen Küste seine Spuren hinterlassen hat, könnte mehr Impulse für jene spezifischen Segmente des touristischen Angebots geben, die Kroatien in seiner historischen und kulturellen Verwurzelung im westlichen Kulturkreis präsentieren würde.
- Kroatien hat eine offene Wirtschaft mit steigendem Außenhandel und einer langjährigen Erfahrung in Freihandelsgeschäften. Mehr als 60 Prozent seines Außenhandels wird mit den Ländern der EU abgewickelt.
- Kroatien hat ein großes Potential an Humankapital.

Unsere Kosten im Rahmen des EU-Beitritts sind, wie folgt, zu minimieren:

- Anpassungskosten im Rahmen der Schaffung institutioneller Rahmen, der Wirtschaft und anderer Segmente des Lebens, um Kroatien mit anderen EU-

Ländern „kompatibel“ zu machen (bis heute wurden große Fortschritte im kroatischen Steuersystem und in der Wirtschaftsgesetzgebung erzielt).

- Kosten im Rahmen der Modernisierung der Umweltschutzbestimmungen bei gleichzeitiger Erstellung eines Konzepts zur weiteren der Entwicklung des Tourismus.
- Strukturierungskosten im Rahmen der Vertiefung des Subsidiaritätsprinzips (Aufgabenteilung zwischen der Zentralregierung und der Gespanschaften / Regierungsbezirke, Gemeinden).

Wir sind zuversichtlich, dass die Verhandlungen mit der EU zügig voranschreiten werden. Dabei werden beim „Screening“ einige der 35 Rechtsgebiete mehr Zeit in Anspruch nehmen (Landwirtschaft, Wettbewerb, Immobilienverkauf). Bei den Verhandlungen sind wir auf Erfahrungen anderer Länder, die uns bei der Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen geholfen haben, angewiesen, wie z.B. Österreich und andere mitteleuropäische Länder – denen wir uns dankbar und verpflichtet fühlen.

Prof. Dr. Zoran Jašić

Botschafter der Republik Kroatien in Österreich

VORWORT DR. ALOIS MOCK

Als Ehrenparteiohmann der Österreichischen Volkspartei freut es mich dieses Vorwort zu einer Publikation der Politischen Akademie zu schreiben, insbesondere zum vorliegenden Reader „Kroatien auf dem Weg in die EU“.

Während meiner Zeit als amtierender Außenminister der Republik Österreich, als es um die Frage der Anerkennung der neuentstandenen Republik Kroatien ging, hatte niemand diese Perspektive vor Augen, die sich nun diesem Land in den nächsten Jahren, vielleicht noch innerhalb dieser Dekade stellt: Kroatien als Mitgliedsland der Europäischen Union.

Mit Beharrlichkeit und Mut hat der junge Staat damals um sein Selbstbestimmungsrecht gekämpft und sein Ziel im Jahr 1992 erreicht. In diesen 11 Jahren hat sich Kroatien positivst entwickelt und sich als stabiler Rechtsstaat und politische gefestigte Demokratie erwiesen. Der Beitrittsantrag zur Europäischen Union im Februar des Jahres 2003 ist ein Beweis für das Selbstbewusstsein des heutigen Kroatiens welches in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts gelegt wurde!

Diese Publikation, die auch kurz vor den kroatischen Parlamentswahlen erscheint, soll einen Überblick über die politische Entwicklung des Landes geben. Kroatien verdient sich großen Respekt für seine kulturellen Beiträge zur europäischen Geschichte und unsere Sympathie mit einem Land, das als wichtige Schnittstelle zwischen Mittel- und Südost-Europa agiert. In diesem Sinne freut es mich auch, meinen kroatischen Freunden alles Gute für ihre zukünftigen Aufgaben im vereinten Europa zu wünschen!

Dr. Alois Mock

Ehrenparteiohmann

Österreichische Volkspartei

GELEITWORT DR. IVO SANADER

Kroatiens Rückkehr zur Freiheit und nach Europa

Der Weg, den Kroatien in den letzten 15 Jahren gegangen ist, ist einzigartig in Europa. Kroatien hat als einer der ersten Staaten erkannt, dass der Zusammenbruch des Kommunismus und das Ende der Teilung Europas sowie der Einzug der Demokratie in multinationale Föderationen Raum für Eigenständigkeit schaffen. Keine der neuen europäischen Demokratien entstand jedoch unter schwierigeren Umständen. Keiner der neuen europäischen unabhängigen Staaten führte einen so schweren Verteidigungskrieg zur Erhaltung der territorialen Einheit und politischen Unabhängigkeit, und keiner vollführte seine grundlegende Umwandlung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems von der Staatsökonomie zur Marktwirtschaft unter schwierigeren politischen und gesellschaftlichen Umständen.

Das Bild Kroatiens in den Augen der internationalen Öffentlichkeit erlebte während dieses Zeitraumes extreme Wandlungen, von Unterstützung und Lob bis zu Tadel und Unverständnis. Auf gewisse Weise ist es notwendig, dies zu verstehen, auch wenn uns in Kroatien die Vorwürfe oder der Ton nicht gefallen haben - Kroatien befindet sich in einem historisch belasteten und geopolitisch ungemein delikaten Teil Europas, kaum einen Schritt vom mitteleuropäischen Frieden entfernt, aber auch nur einen Schritt weit vom "Pulverfass", jenem Gebiet, in dem der Frieden eher durch Hilfe von außen, durch Annexion, Interventionen, Diktatur oder zeitgemäße Protektorate und "Peace-Keeping"-Missionen erhalten wurde, als durch die innere Stärke selbsterhaltender Demokratien.

Gleichzeitig liegt Kroatien in einem Gebiet, in dem die Nichtübereinstimmung der ethnischen und staatlichen Grenzen immer wieder den Weg für entweder unnatürliche, national übergreifende Gebilde ebnete, die sich in Kerker ihres Volkes verwandelten, oder aber für sich ständig erneuernde regionale Krisen. In so einem geschichtlichen Kontext wurde auch das jahrhundertalte kroatische Streben nach einem eigenen Staat, das auch von den Veränderungen der Machtverhältnisse und der Ideologien auf den europäischen politischen Landkarten abhängt, zusätzlich belastet. Es war nicht immer einfach, Kroatien unter solchen Umständen zu verstehen, insbesondere da der Ausbruch der postjugoslawischen Krise zu einem Zeitpunkt stattfand, als die europäische Außenpolitik noch nicht ganz zur neuen Idee vom vereinigten Europa geformt war, und als unterschiedliche, sogar gegensätzliche Interessen europäischer Kräfte anfangen, ihrer Haltung abrupt zu ändern und um das gesamte Gebiet Südosteuropas und des Balkan zu wetteifern.

Die Großartigkeit des kroatischen Unterfangens bestand jedoch darin, dass staatliche Unabhängigkeit und internationale Anerkennung unter ungewöhnlich schwierigen internationalen Umständen erzwungen und verteidigt wurden. Es war die Zeit, in der Dutzende neuer Staaten entstanden. Die europäischen Staatsgrenzen wurden um Zehntausende Kilometer neuer Grenzen verlängert. In den komplexen post-föderativen Gemeinschaften suchten Nationen nach neuer Freiheit. Die kroatische Unabhängigkeit hatte ihre Bedeutsamkeit auch im Verhältnis zur neuen europäischen Landkarte der Sicherheit, und zum neuen Streben nach Überbrückung religiöser Teilungen inmitten Europas. Unter solchen Umständen schien das Trachten nach Unabhängigkeit für die internationale Öffentlichkeit politisch annehmbar zu sein, war aber auch belastet durch das Unverständnis für die komplexen Verhältnisse in der Region, der kontroversen politischen Interessen und der Belastungen durch die Vergangenheit, die, politisch und in den Medien missbraucht, die Erfüllung der nationalen und staatsbildenden Ziele verhindern sollten. Da sich die Hoffnung der Aggressoren auf eine Veränderung durch einen raschen militärischen Sieg nicht erfüllt hatte, wurde eben durch politischen und medialen Druck versucht, zu den alten Verhältnissen zurückzukehren oder wenigstens zu einer Teilung von Verantwortung zu kommen.

Gerade in der Überwindung dieser politischen und mentalen Hürden liegt die Größe des kroatischen Unterfangens.

Das Kriegsgeschehen liegt nun hinter uns. Kroatien hat sich erholt und ist wiederaufgebaut. An seinen östlichen Grenzen herrscht noch ein unvollkommener Frieden, aber die Prozesse der Normalisierung und guter nachbarschaftlicher Verhältnisse wurden angekurbelt. Zu diesem Weg gibt es keine Alternative. Die geographische Lage, zahlreiche innere Schwierigkeiten, vom Krieg und durch eigene innenpolitische Entwicklungen geerbte Belastungen, gleichzeitig aber vollständig Europa, europäischen Standards und Institutionen zugewandt - in diesem Spannungsfeld liegt die neue, größte Herausforderung für Kroatien.

Den größten Teil der größten Erfolge in den vergangenen Jahren erreichte Kroatien unter der Führung der Kroatischen Demokratischen Partei (HDZ) und dem Präsidenten Dr. Franjo Tuđman: die HDZ war Vorreiterin der staatsbildenden und demokratischen Kräfte zu einer Zeit, in der Kroatien selbständig und frei wurde und einen jungen Staat aufbaute. Die veränderte internationale Lage und der Zusammenbruch des autoritären Regimes in Zagreb führten in der internationalen Gemeinschaft dazu, auf Regierungswechsel auch in anderen Ländern zu drängen. Solche äußeren Umstände und innere Erosion führten im Jahr 2000 auch in Kroatien zu politischen Veränderungen. Das stimulierende Umfeld, in welchem die neue Regierung anfang, zu wirken, zusammen mit der offenen Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit und der Bereitschaft der kroatischen Öffentlichkeit auf Revision aller liegengebliebenen Rückstände des vergangenen Zeitraumes, sogar die Bereitschaft zu Opfern zum Wohle von Abschlüssen institutioneller und wirtschaftlicher Reformen, halfen nicht, die Krise zu überwinden. Die Stagnation blieb. Die Veränderungen und Fortschritte, die erreicht wurden, sind weit entfernt von den

Potenzialen und Bedürfnissen Kroatiens in dieser Etappe seiner Entwicklung und der jetzigen Stufe seines Verhältnisses zu den europäischen Institutionen.

Deshalb braucht Kroatien heute eine neue Dynamik. Ein neuer Schwung zur Sicherstellung der makroökonomischen Stabilität, des schnelleren Wirtschaftswachstums, der Vergrößerung ausländischer Investitionen und eine größere Anlehnung an eigenes Kapital und Wissen sind notwendig. Es ist notwendig, den Privatisierungsprozess direkt in Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum und mit der Erhöhung der Eigenproduktion zu bringen. Ein neuer Schwung ist auch notwendig, um bestehende politische Fragen und Zweifel hinsichtlich des Verhältnisses Kroatiens zur Europäischen Union zu zerstreuen - Kroatien soll seinen internationalen Verpflichtungen vollständig nachkommen, auch denen, die sich auf die Zusammenarbeit mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag beziehen. Bestehende politische und interessenbezogene Zweifel der internationalen Gemeinschaft in Bezug auf ein endgültiges zukünftiges System der Sicherheit und Zusammenarbeit im Südosten Europas dürfen nicht als erschwerender Umstand in der Verwirklichung kroatischer Ziele gegenüber der Union angenommen werden. In der Geschichte Südosteuropas und des Balkans brachte die Politik der Bedingtheit und des geschlossenen Regionalismus Europa nie einen dauerhaften Frieden.

Kroatien steht vor einer neuen Etappe seiner Entwicklung, die keinesfalls leichter als die Vorherige ist. Das Erstarken der neuen europäischen Idee und die Verwirklichung des Konzeptes eines vereinigten Europas ohne Trennlinien öffnet enorme Potenziale für Kroatien. Seine geopolitische Lage, seine Rolle eines Bindegliedes zwischen dem europäischen Mittelmeer, Mitteleuropa, den Donauländern und anderen regionalen Ringen, bietet sich an als starke Basis für das Wirtschaftswachstum und stellt einen starken politischen Trumpf dar. In solch einer Umgebung ist die Beendigung eines historischen Unterfangens - die Bildung eines neuen, demokratisch stabilen und entwickelten Kroatiens als europäischer Staat und Mitglied der Europäischen Union und transatlantischer Sicherheitsintegrationen, kein leichtes, aber ein erreichbares Ziel.

Dr. Ivo Sanader

Parteivorsitzender

Kroatische Demokratische Union

VORWORT DER AUTOREN

Die Republik Kroatien ist einer der jüngsten europäischen Staaten, dabei reicht die Kontinuität kroatischer Staatlichkeit bis ins Frühmittelalter zurück. Volksname und der davon abgeleitete Landesname sind schon seit weit über tausend Jahren präsent.

Das Bestehen des kroatischen Ethnos, ältere Staatlichkeit, historische Territorien, Konfession, kulturelle Bindungen und Sprache waren die Rahmenbedingungen für die Ausbildung der modernen kroatischen Nation im Laufe des 19. Jahrhundert. Seitdem hat es mehrere Ansätze zur Einbindung Kroatiens in die nationalstaatliche Ordnung Europas gegeben. Zunächst durch die Zugehörigkeit zum Königreich Jugoslawien (SHS-Staat), dann die Bildung des „Unabhängigen Staates Kroatien“ während des Zweiten Weltkrieges, die Einbeziehung in die föderative Ordnung des sozialistischen Jugoslawien und schließlich durch die Unabhängigkeitserklärung 1991.

1991, kurze Zeit nach Erklärung der Unabhängigkeit, war Kroatien in einen Krieg verwickelt und als Folge blieben große Teile des Landes besetzt. Darüber hinaus begann 1992 im Nachbarland Bosnien und Herzegowina ein blutiger Krieg, der auch Kroatien nicht verschonte. Erst 1995 gelang es, die Kampfhandlungen zu beenden.

Die Kroatische Demokratische Union (HDZ) führte unter ihrem Präsidenten Franjo Tuđman Kroatien durch die langen Jahre der Kriege und in die Unabhängigkeit. Diese Unabhängigkeit blieb nicht die einzige Herausforderung für das Land. Das politische System und die Wirtschaft Kroatiens stehen, wie auch in anderen Ländern Ostmittel- und Südosteuropas, in einer Transformationsphase. Das Ziel war eine Annäherung an den politischen Westen und ist nunmehr der Beitritt zur Europäischen Union.

Mit dem Antrag vom 21. Februar 2003 auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat Kroatien nach mehr als einem Jahrzehnt nach der Verselbständigung den nächsten und wichtigsten Schritt zur Teilnahme am europäischen Integrationsprozess gesetzt.

Neben einer kurzen Übersicht über Daten und Fakten Kroatiens sollen in diesem Reader zunächst die Besonderheiten des Landes und die wechselvolle Geschichte vorgestellt werden. Schließlich liegt Kroatien an der Grenze Mitteleuropas und des mediterranen Raumes, und war damit auch als Grenzland eng mit der Geschichte Österreichs verbunden. Dass Kroatien immer eine der am meisten umkämpften Regionen Südosteuropas war, wurde leider in der jüngsten Geschichte wieder grausame Realität. Die politische Landschaft, die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten und die Beziehungen zur bzw. die Rolle der Europäischen Union bilden den weiteren Teil des Readers.

Die vorliegende Publikation dient somit als Handbuch mit allgemeinen und speziellen Daten, um über Kroatiens Weg in die Europäische Union zu informieren.

Eine Zeittafel mit der Geschichte Kroatiens mit Schwerpunkt der Ereignisse im 20. Jahrhundert unterstreicht den Servicecharakter dieser Publikation, ebenso wie ein Literatur- und Internetverzeichnis.

Wien, im Herbst 2003

Christian Passin

Manager Südosteuropa

Politische Akademie

Artur Felkier



KROATIEN: DATEN UND FAKTEN

STAAT UND POLITIK

<i>Staatsname</i>	Republika Hrvatska (Republik Kroatien)
<i>Flagge</i>	Waagrecht rot-weiß-blau gestreift, Staatswappen in der Mitte
<i>Wappen</i>	Seit 1990 das vorsozialistische rot-weiße Schachbrettmuster, darüber im Halbkreis 5 kleine Wappen
<i>Hymne</i>	Lijepa naša domovino, oj junačka zemljo mila (O, du unsere schöne Heimat, heldenhaftes teures Land), Text: Antun Mihanović, Musik: Josip Runjanin
<i>Amtssprache</i>	Kroatisch mit lateinischer Schrift. Laut Art. 5 der Verfassung haben Italiener, Ungarn, Tschechen, Slowaken, Russen, Ukrainer und Serben das Recht ihre Muttersprache auf lokaler und regionaler Ebene zu benutzen
<i>Regierungsform und politisches System</i>	<p>Die Verfassung vom 22. Dezember 1990 wurde Ende 2000/ Anfang 2001 in wesentlichen Teilen revidiert. Somit wurde aus einem halbpräsidentialen System ein parlamentarisches. Die Änderungen betrafen vor allem die Kompetenzverteilung zwischen den zentralen Staatsorganen und verfolgten in erster Linie das Ziel, die Befugnisse des Staatspräsidenten auf die Regierung und (in geringerem Umfang) das Parlament zu übertragen.</p> <p>Die Konzentration politischer Macht beim Präsidenten, die die frühere, auf die Person von Franjo Tuđman zugeschnittene Verfassung enthielt, wurde damit beseitigt. Allerdings behält der direkt gewählte Präsident weiterhin wichtige Kompetenzen in der Außenpolitik, im</p>

Zusammenhang mit der Regierungsbildung und den Parlamentswahlen sowie bei der Kontrolle von Militär und Nachrichtendiensten.

Staatsoberhaupt



Stjepan (Stipe) Mesić (seit 18. Februar 2000, wiedergewählt am 17. Januar 2005)

parteilos
nächste Wahl: 2009

Regierungschef



Dr. Ivo Sanader (seit 9. Dezember 2003)

Kroatische Demokratische Union (HDZ)

Außenministerin



Kolinda Grabar-Kitarović (seit 17. Februar 2005)

Kroatische Demokratische Union (HDZ)

Parlament

Das Parlament ("Sabor") hat 152 Abgeordnete; die zweite Kammer des Parlaments wurde im März 2000 abgeschafft. Verhältniswahlrecht mit 5%-Klausel, bezogen auf einzelne Wahlkreise, besonderer Wahlkreis für Auslandskroaten, zusätzlich 8 Abgeordnete für nationale Minderheiten. Die nächsten Parlamentswahlen finden im Jahr 2007 statt.

Parlamentspräsident: Vladimir Šeks (HDZ)

Regierungsparteien

- Kroatische Demokratische Union / HDZ
(stärkste Partei im Parlament, mitte-rechts)
Sitze im Parlament: 63
- Kroatische Partei der Rentner / HSU
Sitze im Parlament: 3
- Selbständige Demokratische Serbische Partei / SDSS
Sitze im Parlament: 3
- Kroatische Sozialliberale Partei / HSLS

Sitze im Parlament: 2

- Demokratisches Zentrum / DC (Abspaltung unter dem ehemaligen HDZ-Außenminister Granić, im Frühjahr 2000 gegründet)

Sitze im Parlament: 1

Oppositionsparteien

- Sozialdemokratische Partei / SDP (aus dem "Bund der Kommunisten Kroatiens" hervorgegangen)

Sitze im Parlament: 29

- Kroatische Volkspartei – Liberale Demokraten / HNS (Zusammenschluss der HNS mit „Libra“ am 6. Februar 2005)

Sitze im Parlament: 14

- Bauernpartei / HSS (agrarisches-konservativ, Schwerpunkt in ländlichen Gebieten Nordkroatiens)

Sitze im Parlament: 10

- Kroatische Partei des Rechts / HSP (rechts)

Sitze im Parlament: 7

- Istrisches demokratisches Forum / IDS (für größeren Einfluss der Regionen, istrische Regionalpartei)

Sitze im Parlament: 4

- Liberale Partei / LS (Mitte-links)

Sitze im Parlament: 2

Gewerkschaften

- Bund der unabhängigen Gewerkschaften (SSSH)

- Kroatische Gewerkschaftsvereinigung (HUS)

- Konföderation unabh. Gewerkschaften (KNSH)

Mitgliedschaften in internationalen Organisationen:

CE, WTO, EBRD, IMF, Weltbank, FAO, IBRD, IDA, IHO, OSZE, UN, UNCTAD, UNESCO, UNIDO, WHO, etc.

Internationale Abkommen

Das Abkommen über die Stabilisierung und Assoziierung (SAA) vom 14. Mai 2001 regelt die Zusammenarbeit mit der EU. Der Ratifizierungsprozess des SAA ist inzwischen

abgeschlossen und die politische und wirtschaftliche Umsetzung des Abkommens hat begonnen.

Seit dem Jahr 2000 ist Kroatien Mitglied der WTO, seit März 2003 auch der Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA).

Im Sicherheitsbereich ist das Land seit 2000 Teilnehmer in der "Partnership for Peace"- und Mitglied der "Vilnius-Gruppe" der NATO-Aspiranten. Seit Mai 2002 nimmt Kroatien am Membership Action Plan der NATO (MAP) teil.

Antrag auf EU-Mitgliedschaft

Seit dem Sommer 2004 ist Kroatien offizieller EU-Beitrittskandidat. Der ursprünglich für den 17. März 2005 geplante Beginn der Beitrittsverhandlungen wurden verschoben, aber in der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 2005 begonnen.

Militärwesen

Es besteht eine Wehrpflicht von 6 Monaten (Zivildienst: 9 Monate). Kroatien hat rund 33.000 aktive Soldaten und Reservisten in gleicher Anzahl.

GEOGRAPHIE

Lage

An der Adria liegend mit Slowenien, Ungarn, Bosnien und Serbien- Montenegro als Nachbarn. Die gebirgige dalmatinische Küste und die dinarischen Alpen sind Ausläufer der italienischen und österreichischen Alpen.

Durch einen Anstieg des Meeresspiegels nach der letzten Eiszeit wurden die Gebirgstäler an der Küste Dalmatiens überflutet und es entstand der typische Küstenverlauf mit unzähligen, steil aufragenden Inseln parallel zum Festland und die felsigen, buchtenreichen Halbinseln.

Inseln

1185 (davon 47 bewohnt)

Fläche

gesamt: 56.594 km²
Territorialmeer: 31.067 km²

Grenzstaaten

Grenze mit Bosnien 932 km, Ungarn 329 km, Serbien-Montenegro 266 km, Slowenien 501 km

Küstenlänge 5.835 km

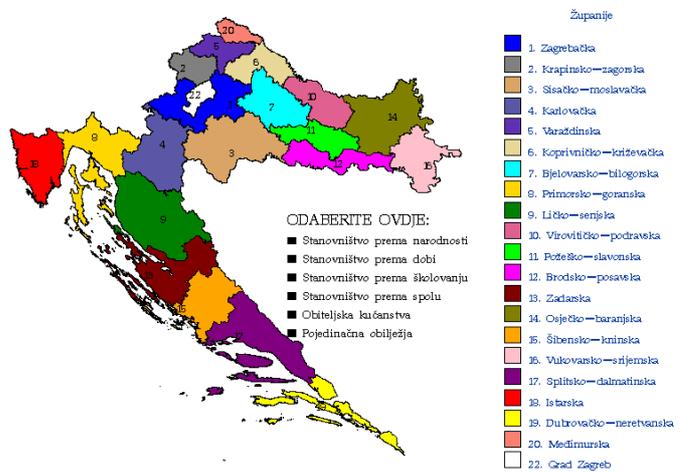
Hauptstadt Zagreb (779.145 Einwohner)

Seehäfen Dubrovnik, Ploče, Pula, Šibenik, Rijeka, Split, Zadar

Verwaltungsgliederung 21 Gespanschaften inklusive der Stadt Zagreb

124 Städte und 426 Gemeinden

Die seit Juli 2001 begonnene Verwaltungsreformen, mit dem Ziel einer Dezentralisierung und einer Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, dauern an.



BEVÖLKERUNG

Einwohner 4,495.904
(Stand Juli 2005)

davon Kroaten: 89,63%

ethnische Minderheiten: 7,47%

davon

- Serben: 4,54%
- Bosniaken: 0,47%
- Italiener: 0,44%
- Ungarn: 0,37%
- Slowenen: 0,30%

Bevölkerungsdichte 78,5 Einwohner/km²

<i>Städtische Bevölkerung</i>	58%
<i>Lebenserwartung (2004)</i>	70,8 Jahre für Männer 78,3 Jahre für Frauen
<i>Alphabetisierungsrate</i>	98,5%
<i>Religionen (Volkszählung 2001)</i>	Katholiken: 87,83% Orthodoxe: 4,42% Moslems: 1,28% Ohne Bekenntnis: 5,21%
<i>Human Development Index (2005 / 2000)</i> <i>(Plätze 1 – 50 = Hoch entwickelte Länder)</i>	Norwegen (1 / 2) Österreich (17 / 16) Deutschland (20 / 14) Slowenien (26 / 29) Kroatien (45 / 49)

WIRTSCHAFT

<i>Natürliche Ressourcen</i>	Bauxit, Kalzium, Eisenerz, Steinkohle, Erdöl, Erdgas, Lehm
<i>Exporte (2004)</i>	8.022 Mrd. US\$
<i>Exporte nach Österreich (2004)</i>	757 Mio. US\$
<i>Exporte nach Deutschland (2004)</i>	895 Mio. US\$
<i>Importe (2004)</i>	16.583 Mrd. US\$
<i>Importe aus Österreich (2004)</i>	1.131 Mrd. US\$
<i>Importe aus Deutschland (2004)</i>	2.568 Mrd. US\$
<i>Wichtigste Exportgüter</i>	Textil- und Bekleidungsprodukte, elektrische Maschinen, Apparate und elektronische Waren, chemische Produkte inklusive Erdölderivate, Nahrungsmittel, Schuhe und Lederwaren, Holz

<i>Wichtigste Importgüter</i>	Erdölprodukte, Fahrzeuge und diverse Maschinen, Eisen und Stahl, Kunststoffe, Papier, sowie Obst und Gemüse																
<i>Wichtigste Exportmärkte</i>	Italien, Deutschland, Bosnien und Herzegowina, Slowenien, Österreich, Frankreich																
<i>Wichtigste Herkunftsländer/Import</i>	Italien, Deutschland, Russland, Slowenien, Österreich, Frankreich																
<i>Arbeitslosigkeit (Stand 2004)</i>	18,7%																
<i>Anteil der Erwerbstätigen (in % des GDP)</i>	<table> <thead> <tr> <th></th> <th><u>1991</u></th> <th><u>2001</u></th> <th><u>2004</u></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Landwirtschaft:</td> <td>10,4%</td> <td>9,3%</td> <td>6,4%</td> </tr> <tr> <td>Industrie:</td> <td>33,0%</td> <td>32,7%</td> <td>31,2%</td> </tr> <tr> <td>Dienstleistung:</td> <td>56,6%</td> <td>58,0%</td> <td>62,4%</td> </tr> </tbody> </table>		<u>1991</u>	<u>2001</u>	<u>2004</u>	Landwirtschaft:	10,4%	9,3%	6,4%	Industrie:	33,0%	32,7%	31,2%	Dienstleistung:	56,6%	58,0%	62,4%
	<u>1991</u>	<u>2001</u>	<u>2004</u>														
Landwirtschaft:	10,4%	9,3%	6,4%														
Industrie:	33,0%	32,7%	31,2%														
Dienstleistung:	56,6%	58,0%	62,4%														
<i>Armut</i>	2% der Bevölkerung mit weniger als 1 € pro Tag																
<i>Auslandverschuldung (2004)</i>	30.858 Mio. US \$																
<i>Inlandprodukt (GDP) (2004)</i>	34.311 Mio. US \$																
<i>Pro-Kopf-Inlandprodukt (2004)</i>	7.724 US \$																
<i>Inlandprodukt 2004 auf Basis 1997 = 100</i>	124,3																
<i>Bruttosozialprodukt (GNI) (2004)</i>	29.7 Mln. US \$																
<i>Pro-Kopf-GNI (2004)</i>	Kroatien: 6.590 US \$ (Platz 70) Österreich: 32.300 US \$ (Platz 15) Deutschland: 30.120 US \$ (Platz 18)																
<i>Monatliches Durchschnittseinkommen (2004)</i>	5.985 HRK (Brutto) = 800,78 € 4.173 HRK (Netto) = 558,34 €																
<i>Währung / Wechselkurs</i>	1 kroatischer Kuna (HRK) = 100 Lipa																

(März 2005)

1 EUR = 7,474 HRK

1 HRK = 0,134 EUR

Rating (Institutional Investors Country and Credit Rating per 1. November 2005)

Institutional Investor Magazine: Rang 59

Standard & Poor's F/X, L/T: BBB

Fitch F/X, L/T: BBB-

Moody's B&N, F/X, L/T: Baa3

Wirtschaftswachstum

1995: 5,9%

2004: 3.8%

BILDUNG / MEDIEN*Schulwesen*

Schulpflicht für Kinder im Alter von 7 bis 15 Jahren. Die Schulpflicht wird auf der Grundschule abgeleistet, danach kann der Schulbesuch bis zur 12. Klasse fortgesetzt werden- auf einem Gymnasium oder einer Fachschule.

Universitäten in: Zagreb, Rijeka, Osijek, Split und Zadar.

Medien

Nachrichtenagentur: HINA

Tageszeitungen: Večernji list, Vjesnik, Glas Slavonije, Glas Istre, Jutarnji List, Slobodna Dalmacija, Novi List

Wochenzeitschriften: Nacional, Globus, Hrvatsko slovo, Fokus, Feral Tribune

Radio: staatlicher Rundfunk mit drei Programmen

private Radiosender: Radio 101, Otvoreni Radio, Narodni Radio, Obiteljski Radio

Fernsehen: staatliches Fernsehen mit zwei Programmen, RTL und NOVA-TV (erster nationaler und unabhängiger TV-Sender), OTV (CCN) sowie 10 regionale Fernsehsender

BEVÖLKERUNG, SPRACHE, LAND

Bevölkerung

Das Territorium der heutigen Republik Kroatien ist nicht mit dem kroatischen Siedlungsraum deckungsgleich.

In Bosnien und Herzegowina konzentriert sich die kroatische Bevölkerung auf drei Hauptregionen: ein kompakter kroatischer Siedlungsraum findet sich in der westlichen Herzegowina und in der Posavina in Nordbosnien, einen höheren kroatischen Bevölkerungsanteil gibt es in Zentralbosnien. Nach der Volkszählung 1991 lebten 756.000 Kroaten in Bosnien-Herzegowina (entspricht einem Bevölkerungsanteil von ca. 17,3% neben 43,7% Muslimen und 31,1% Serben). Die Zahl und der Anteil der Kroaten sind, abgesehen von der westlichen Herzegowina, rückläufig und in Folge des Krieges 1992-1995 noch einmal stark gesunken (der Anteil wird auf nur noch 12 % geschätzt).

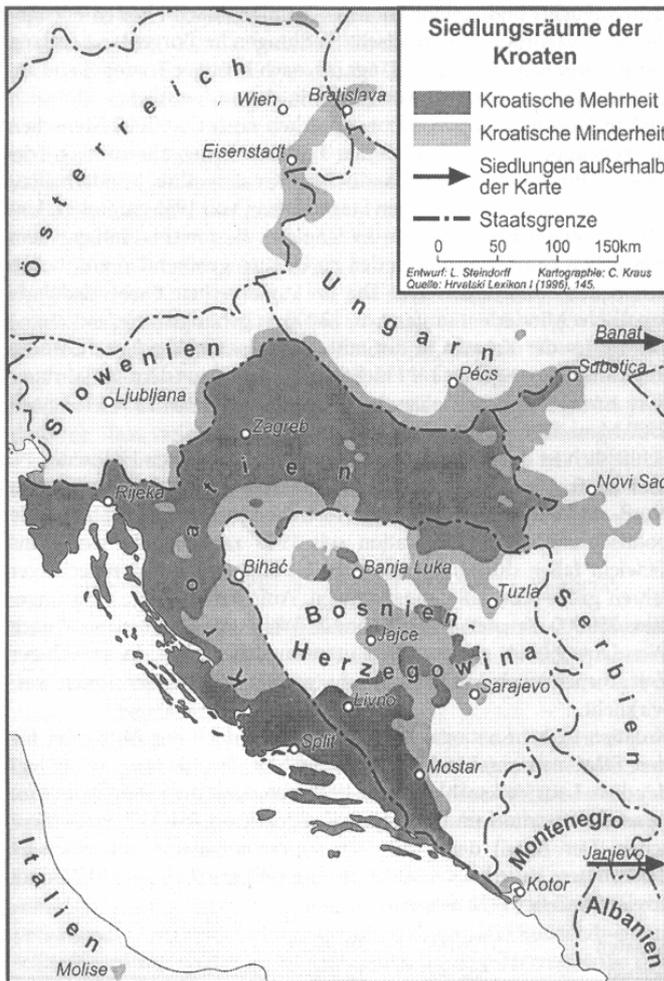
In der nordwestlichen Vojvodina lebten 1991 ca. 100.000 Kroaten. Die Bevölkerungsgruppe geht auf verschiedene Kolonisationswellen seit dem 15. Jahrhundert zurück. Auch hier ist die Zahl der Kroaten seit 1991, teilweise durch Rücksiedlung nach Kroatien, rückläufig.

Eine kleine kroatische Enklave befand sich bis 1999 in Janjevo, Kosovo (15 km südöstlich von Priština) und einigen weiteren kleineren Ortschaften. Die Bewohner gehörten zu Nachfahren von Bergleuten aus Oberungarn und von Kaufleuten aus Dubrovnik, die sich seit dem 14. Jahrhundert im Kosovo niedergelassen hatten.

Im Küstengebiet um die Bucht von Kotor in Montenegro bezeichneten sich bei der Volkszählung von 1991 5.000 Menschen als Kroaten. Das Küstengebiet von Kotor gehörte im 19. Jahrhundert zum österreichischen Dalmatien und war bis in die Neuzeit konfessionell noch mehrheitlich katholisch geprägt.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts entstanden durch Flucht- und Kolonisationsbewegungen nach Norden kroatische Siedlungen entlang der historischen Westgrenze Ungarns, nach heutiger Terminologie am Ostrand Österreichs, mit Ausläufern in der südwestlichen Slowakei und in Nordwestungarn. Heute sprechen noch ca. 60.000 Menschen im Burgenland eine gegenüber dem modernen Standardkroatisch altertümlich wirkende Sprache. In Ungarn leben bis zu 100.000 Kroaten entlang des nördlichen Donauufers und in den nördlichen Teilen der Baranja. Im rumänischen Banat leben ca. 12.000 Angehörige der kroatischen Minderheit.

Ebenso existieren in der mittelitalienischen Region Molise um Campobasso Dörfer mit kroatischer Bevölkerung (1983: 2.500). Diese gehen ebenfalls auf Flüchtlingsgruppen aus dem 16. Jahrhundert zurück.



In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und im frühen 20. Jahrhundert ist durch Auswanderungen nach Amerika und Australien eine starke Diaspora entstanden. Die politisch motivierte Auswanderung nach 1945 fällt dabei zahlenmäßig wenig ins Gewicht. Seit den sechziger Jahren hat die Arbeitsemigration nach Westeuropa große Ausmaße angenommen, ungefähr 750.000 Kroaten gelangten nach Westeuropa, vor allem nach Deutschland und Österreich.

Als Folge des Krieges 1991 - 1995 sank der Anteil der kroatischen Serben von 12,2% auf 4,5%. Trotzdem sind die kroatischen Serben immer noch die größte

ethnische Minderheit in Kroatien. Die Rückkehrprogramme der Regierung zeigten bislang noch keine nennenswerten Erfolge. Die Hälfte aller kroatischen Serben wohnt in der Krajina (zu deutsch: Grenzgebiet).

Weitere Minderheiten in Kroatien sind Bosniaken mit 0,5%, Ungarn und Italiener mit jeweils 0,4% und Slowenen mit 0,3%. Die italienische Minderheit, durch Abwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg stark verkleinert, ist auf die Städte West Istriens konzentriert. Die Ungarn leben vor allem in Ostslawonien und in der Baranja. In Westslawonien um Daruvar gibt es eine zahlenmäßig stärkere Gruppe von Tschechen und Slowaken. Die Zahl der Deutschen in Kroatien ist durch Flucht, Vertreibung und Assimilation nach dem Zweiten Weltkrieg minimal und beträgt nur noch ein Fünftel ihrer Nachkriegszahl. Laut der Volkszählung 2001 bekennen sich 2.902 Kroaten zur deutschen und 207 zur österreichischen Minderheit.

Sprache

Das Sprachgebiet Kroatiens ist dialektal stark gegliedert, wobei die Bezeichnungen der Dialekte sich aus den unterschiedlichen Benennungen des Fragepronomens „was“ (što, kaj oder ča) ergeben.

Im Nordwesten, um Zagreb und Varaždin wird Kajkavisch gesprochen. Auf Istrien und fast allen Inseln sowie in Teilen des Gorski Kotar und der Lika und um Split wird vor allem Čakavisch gesprochen. Sonst herrscht Štokavisch als Standardsprache vor, allerdings in allen drei Varianten (z. B. mlijeko, mleko und mliko für Milch): in einem breiten Küstenstreifen und im südlichen Slawonien ikavisch oder i-/ijekavisch, in der Lika (nördlich von Dubrovnik), im westlichen Slawonien und an der Donau i-/ijekavisch, sowie im nördlichen Slawonien einschließlich Osijek ekavisch.

Die aus der Romantik erwachsene Vorstellung, dass die Südslawen ein Volk seien, motivierte kroatische und serbische Intellektuelle und Politiker im „Wiener Abkommen“ 1850, den unter den beiden Völkern am weitesten verbreiteten Dialekt Štokavisch zur Grundlage einer gemeinsamen serbischen und/oder kroatischen Schriftsprache zu machen.

Da sich die Sprecher aller Varianten problemlos verständigen können, einigten sich Sprachwissenschaftler 1954 in der „Vereinbarung von Novi Sad“, serbokroatisch bzw. kroatoserbisch als zwei Varianten einer gemeinsamen Schriftsprache zu betrachten. Obwohl die Entscheidung für eine gemeinsame Schriftsprache bereits im 19. Jahrhundert fiel, wird sie heute von national orientierten Kreisen gerne mit dem titoistischen oder dem großserbischen Hegemoniestreben identifiziert. Während der gesamten Bestandszeit Jugoslawiens hatte es eine formelle Gleichberechtigung der Varianten gegeben. Stets war jedoch die Tendenz vorhanden, die serbische Variante als übergreifende Staatssprache durchzusetzen und die kroatische Variante als „Provinzsprache“ zurückzudrängen.

Je mehr nationale Bewegungen Auftrieb erhielten, desto stärker wurde die Sprachenfrage politisiert. Direkte Nationalsprachen sollen als Legitimationsbasis der Eigenstaatlichkeit fungieren, und sofern sie noch nicht existierten, mussten sie eben geschaffen werden. So wurden nach dem Zerfall Jugoslawiens in Kroatien und in Serbien Rechtschreibreformen in die Wege geleitet und neue Grammatiken und Wörterbücher verfasst.

Land

Kroatien lässt sich gleichermaßen Ostmittel- und Südosteuropa zurechnen. Es verbindet den mediterranen mit dem pannonischen Raum, wobei bereits die römische Herrschaft in der Antike prägend war. Dazu gehören die im Frühmittelalter begründete westkirchliche Bindung und die damit verbundene kulturelle Ausformung sowie die Teilhabe an den für Mitteleuropa charakteristischen Prozessen der Ausbildung von Ständen und „Stadtgemeinden“.



Das Territorium Kroatiens lässt sich in drei geographische Großräume unterteilen:

Niederkroatien: Slawonien mit den Drau- und Save-Niederungen (Podravina, Posavina) und den kroatisch-slawnischen Inselgebirgen, dazu ein Teil der Pannonischen Tiefebene. Dieser Raum ist relativ dicht besiedelt und wird intensiv genutzt.

Hochkroatien: Die bewaldeten Karstplateaus um das Becken von Karlovac und die Hügel- und Gebirgslandschaften von Gorski

Kotar, Kordun und Lika (Krajina), des Velebit und des Dinarischen Gebirgsblocks. Das Dinarische Gebirge schließt sich an die Südostalpen an und erstreckt sich weiter nach Osten durch Bosnien-Herzegowina bis nach Westserbien. Die dünn besiedelten, für Holz- und extensive Viehwirtschaft genutzten Gebirgszüge wirken als verkehrstechnischer Sperrgürtel.

Küstenlandschaft: Istrien und Dalmatien mit 1185 vorgelagerten Inseln.

Die kroatischen Flüsse münden zu 62% ins Schwarze Meer (Save, Drau, Mur, ebenso Donau, Krka, Kupa und Una), die restlichen in die Adria (Zrmanja, Krka, Čikola, Cetina und Neretva). Besonders die Flüsse im Norden sind sehr verschmutzt, am stärksten die Save zwischen Zagreb und Sisak.

Die größten natürlichen Seen sind der Vransko Jezero bei Biograd, außerdem der gleichnamige See auf der Insel Cres, die Lagunenseen auf Mljet (seit 1960 Nationalpark) und die Plitwitzer Seen (seit 1949 Nationalpark). Außerdem gibt es zahlreiche kleinere Karstseen und mehrere große Stauseen (Krka, Cetina und Hova).

Ungefähr 35% der Fläche Kroatiens sind bewaldet, 80% davon Laubwald mit vorwiegend Buchen oder Eichen. Besonders im Norden, im Gorski Kotar und in der Lika, ist das Waldsterben aufgrund der Umweltverschmutzung weit fortgeschritten.

Das heutige Staatsgebiet setzt sich aus mehreren historischen Territorien mit mittelalterlichen Wurzeln zusammen, die Abgrenzungen der historischen Landschaften gehen meistens auf das 18. Jahrhundert zurück. Die einzelnen Territorien sind: Istrien, Dalmatien mit Dubrovnik, Slawonien und Kroatien.

Die historischen Landesteile sind auch im 1990 eingeführten Staatswappen einbezogen.



Der Schild mit dem rot-weißen Schachbrettmuster aus 25 Feldern steht für den Gesamtstaat Kroatien und zugleich für das historische Kroatien im engeren Sinne. Das Schachbrettwappen ist in Vorformen seit dem 11. Jahrhundert bekannt und seit dem 15. Jahrhundert vielfach als Wappen Kroatiens belegt. Der Halbkreis mit den fünf Wappen steht für die historischen Territorien Kroatiens: Istrien, Dalmatien, Dubrovnik, Slawonien und das alte Kernland Kroatiens: Zagorje und Zagreb.

Der „Unabhängige Staat Kroatien“ 1941 - 1945 blieb bei dieser Tradition und selbst das nach dem Vorbild sowjetischer Heraldik gestaltete Wappen der sozialistischen Republik Kroatien enthielt das Muster: Ein vom roten Stern bekrönter Ährenkranz umrahmte das Bild des aus dem Meer aufsteigenden Schildes mit der aufgehenden Sonne im Hintergrund.

Die Grenzen Kroatiens sind größtenteils historisch, so deckt sich die Grenze zu Slowenien (abgesehen von Istrien) mit der Grenze gegenüber dem Heiligen Römischen Reich, die Draugrenze gegenüber ist ebenfalls mittelalterlichen Ursprungs. Lediglich die Grenze in der Baranja entspricht der ungarisch-jugoslawischen Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg. Die südöstlichen Grenzen entsprechen denen der Republik Dubrovnik seit dem 15. Jahrhundert. Die Grenzen gegenüber Bosnien-Herzegowina beruhen weitestgehend auf Friedensschlüssen des 18. Jahrhunderts zwischen dem Habsburgerreich und Venedig auf der einen Seite und dem Osmanischen Reich auf der anderen Seite. Nur die Grenzziehungen gegenüber Slowenien in Istrien und gegenüber der Vojvodina im Nordosten erfolgten nach 1945.

Die staatliche Zusammenfassung Kroatiens in den heutigen Grenzen ist ein Ergebnis der föderalen Neuordnung Jugoslawiens nach dem Zweiten Weltkrieg.

DIE GESCHICHTE KROATIENS

Illyrer und Römer Die ersten, urkundlich erwähnten Siedler waren die Illyrer, ein indogermanisches Volk. Ab der Mitte des 2. Jahrhunderts wuchs die politische Einflussnahme durch die Römer auf die illyrischen Stämme zwischen der Küste und der pannonischen Ebene. 34 v. Chr. unterwarf Oktavian, der spätere Kaiser Augustus, diesen Raum, und zu Beginn des 1. Jahrhunderts wurde die Provinz Dalmatia gebildet, benannt nach dem Stamm der Delmatae.

Unter Kaiser Diokletian wurde das Reich im Jahre 293 in Tetrarchien neu eingeteilt und die Provinz entlang des Flusses Drina geteilt. Bei der dauerhaften Reichsteilung im Jahre 395 wurde die Grenzziehung beibehalten.

Erste Kroatische Reichsgründungen

Im 6. Jahrhundert rückte das zentralasiatische Reitervolk der Awaren in das von den Langobarden geräumte Pannonien ein. Im Gefolge der Awaren siedelten sich die Slawen an. Der Name der Kroaten ist erstmals in Quellen aus dem 9. Jahrhundert belegt. Der Name hat keine slawischen Wurzeln und ist mit größter Wahrscheinlichkeit iranischer Herkunft. Das Ethnonym der Kroaten ist möglicherweise ein Ehrentitel mit funktionaler und sozialer Bedeutung des Awarenreiches, der nicht nur an der östlichen Adriaküste, sondern auch am Ostrand der Alpen, in Nordböhmen, Sachsen und Südpolen belegt ist.

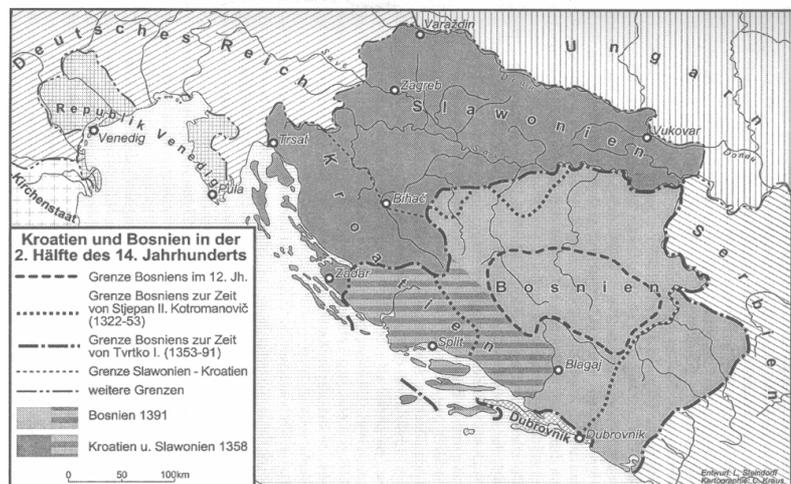
Um 800 lässt sich durch sprachliche Slawisierung und Ausbildung einer eigenen Herrschaft in Quellen erstmals die Ablösung der awarischen Herrschaft belegen. Nach 800 manifestierte sich fränkischer Einfluss und der Beginn der Christianisierung. Unter Fürst Trpimir (um 845 - vor 864), dem Begründer der Dynastie der Trpimirovići (bis 1089), wurde Kroatien selbständig. Tomislav (ca. 910 - 928), der 925 zum König gekrönt wurde, konnte sowohl die eindringenden Ungarn als auch die Bulgaren zurückschlagen.

1102 erfolgte die Krönung des ungarischen Königs Koloman zum kroatischen König in Biograd bei Zadar. Die politische Macht der ungarisch-kroatischen Könige in Dalmatien blieb aufgrund der peripheren Lage innerhalb des Herrschaftsbereiches gering. Dies begünstigte die Ausbildung faktisch selbstständiger Territorialherrschaften.

Kroatien im Mittelalter

Im Frieden von Zadar 1358 trat Venedig sämtliche Besitzungen an der Adria östlich von Istrien ab. Durch diesen Frieden gelangte auch Dubrovnik zum ersten Mal in den ungarisch-kroatischen Herrschaftsverband.

Tvrtko I. von Bosnien erlangte ab 1387 die Anerkennung seiner Herrschaft über Šibenik, Trogir, Split und Mitteldalmatien. Lediglich Dubrovnik erkämpfte sich eine Sonderstellung. Die Stadt wurde um 1400 Republik, entrichtete aber weiterhin Tribute an den ungarisch-kroatischen König, bzw. ab 1458 an die Osmanen.



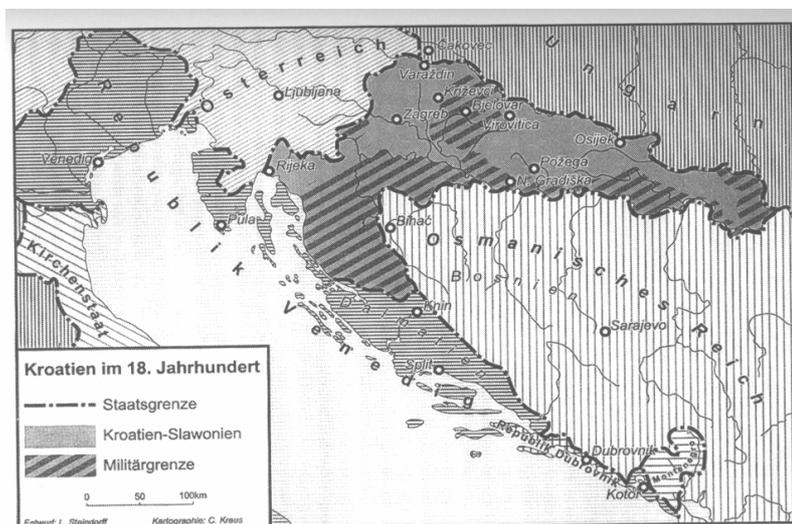
Militärgrenze und Türkenkriege

Die Osmanen begannen in der Mitte des 14. Jahrhunderts ihre Expansion in Südosteuropa. Der Zerfall des serbischen Reiches 1355 erleichterte ihr weiteres Vordringen. Es kam in den folgenden Jahrzehnten zu massenhaften Fluchtbewegungen des Adels und der bäuerlichen Bevölkerung aus Kroatien nach Slawonien und Dalmatien. Die territoriale Expansion der Osmanen setzte sich im 16. Jahrhundert fort, bis zu einer Linie von Karlobag an der Küste über Karlovac und Sisak bis Virovitica im Drautal.

Um Angriffe der Osmanen besser abwehren zu können, wurde die Militärgrenze geschaffen, deren Anfänge bis 1522 zurückreichen. Die Finanzierung lag in den Händen der innerösterreichischen Stände, die Behörden der Militärgrenze hatten ihren Sitz in Graz. Die Verwaltung und Jurisdiktion der Gebiete wurde der Kompetenz des vereinigten Landtages von Kroatien-Slawonien entzogen. Die Besiedlung erfolgte teilweise durch Vlachen (romanische Wanderhirten) oder Serben. Konfessionell waren die Neusiedler größtenteils orthodox.

Der 1.750 km lange Grenzsaum bestand aus der kroatischen (ab 1578), der slawonischen (ab 1702), der Banater oder ungarischen (ab 1742) und der siebenbürgischen Militärgrenze (ab 1764). 1849 - 1866 war die Militärgrenze ein eigenes Kronland (200.000 km², ca. 1 Million Einwohner, 12 Städte, 9 Märkte, 1760 Dörfer), das dem Kriegsministerium unterstellt war.

Nach dem Entsatz Wiens 1683 änderte sich das Machtverhältnis mit dem Rückzug des Osmanischen Reiches. Der Friede von Karlowitz 1699 sicherte den Habsburgern Ungarn und Slawonien. Im Frieden von Požarevac 1718 erhielt Österreich weitere Gebiete südlich der Save, die aber im Frieden von Belgrad 1739 wieder verloren gingen. Seitdem blieb bis heute die Save auch die Grenze Kroatiens. Für die Gebiete außerhalb der Militärgrenze wurde 1767 ein „Rat des Königreichs Kroatiens“ geschaffen.



19. Jahrhundert

1805 gelangten Weststrien und Dalmatien in den Besitz des von Frankreich abhängigen Königreiches Italien. Im Frieden von Schönbrunn 1809 kam es erneut zu großen territorialen Veränderungen. Die Gebiete Westkärnten, Osttirol, Slowenien, Istrien, Teile Kroatiens und Dalmatiens wurden zu den Illyrischen Provinzen (mit der Hauptstadt Ljubljana) des Kaiserreiches Frankreich. Unter Marschall Auguste Marmont wurde die Reformpolitik fortgesetzt. Neben dem Zivilrecht führte er für den regionalen Amtsverkehr das Kroatische ein. Auf dem Wiener Kongress 1815 gelangten alle Gebiete zu Österreich. Per Dekret wurde das illyrische Königreich geschaffen, aber auf Drängen des kroatischen Landtages 1822 wieder aufgelöst.

Am 25. März 1848 formulierten die Kroaten auf der Landesversammlung einen Katalog der „Nationalen Forderungen“. Der Ban Graf Josip Jelačić unterstützte die kroatischen Eigenständigkeitsbestrebungen. Er wurde in weiterer Folge zum Hoffnungsträger der Konservativen gegen die ungarische Bewegung und erhielt politische Unterstützung aus Wien.

Im Gegensatz zum streng symmetrischen österreichisch-ungarischen Ausgleich war der ungarisch-kroatische Ausgleich von 1868 asymmetrisch aufgebaut. Trotz aller Widrigkeiten kam es in Kroatien zur Modernisierung der Gesellschaft und Ausbildung politischer Parteien. Unter dem liberal gesinnten Bischof Strossmayer wurde die Narodna stranka (Nationalpartei) gegründet. Die andere große Richtung der Nationalbewegung waren die Staatsrechtler der Stranka prava (Partei des Rechts) unter Ante Starčević und Eugen Kvaternik. Nach der Einschränkung des Wahlrechts (Wahlgesetz 1884) sicherte sich die Nationalpartei den Sieg. In den nächsten Jahren verblasste die ursprüngliche Programmatik und man setzte auf eine anti-ungarische Politik.

20. Jahrhundert

1905 kam es zu einem Kurswechsel innerhalb der kroatischen Parteien. In der „Resolution von Zadar“ erklärte man, die Bestrebungen Ungarns nach weiterer Verselbständigung zu unterstützen und erwartete als Gegenleistung eine großzügigere Handhabung des Ausgleiches und die Vereinigung Kroatien-Slawoniens mit Dalmatien.

Lediglich die 1904 gegründete „Kroatische volkstümliche Bauernpartei“ der Brüder Antun und Stjepan Radić zweifelte an den Erfolgsaussichten und versuchte, an die nationalen Gefühle der Landbevölkerung zu appellieren und diese gegenüber der städtisch dominierten politischen Elite zu vertreten.

Unter dem Eindruck der Balkankriege 1912 - 1913 kam es zu einer parteiübergreifenden Sympathie für die jungen Nationalstaaten. Eine Gruppe kroatischer Emigranten unter Ante Trumbić und Frano Supilo organisierte den „jugoslawischen Ausschuss“ 1915, um vor allem die Revision des Vertrages von London zu erreichen. In diesem Vertrag versprachen die Ententemächte Italien als Gegenleistung zum Kriegseintritt weit reichende Gebietszusagen.

In der Maideklaration vom 30. Mai 1917 verlangten südslawische Abgeordnete die Umgestaltung der Monarchie auf der Grundlage

der Gleichberechtigung der Südslawen. Am 20. Juli 1917 beschlossen in Korfu die serbische Regierung und der jugoslawische Ausschuss eine Deklaration zur Gründung eines gemeinsamen Staates der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat). Am 6. Oktober 1918 bildete sich in Zagreb ein „Nationalrat der Slowenen, Kroaten und Serben“ aus Abgeordneten des kroatischen Landtages, der südslawischen Abgeordneten des Reichsrates und der Landtage der österreichischen Kronländer.



1921 wurde der SHS-Staat als erbliche und parlamentarische Monarchie definiert. Der König erhielt eine starke Stellung, er verfügte über das Recht auf Gesetzesinitiative, ein Vetorecht und konnte die Verkündung von Gesetzen verzögern. Dem Anspruch nach präsentierte sich Jugoslawien als Nationalstaat mit einer serbisch-kroatisch-slowenischen Staatsnation. In der Realität hingegen war es ein multinationaler Staat, in dem die serbische Nation die Führungsrolle beanspruchte.

1929 erhielt der Staat den Namen „Königreich Jugoslawien“.

Am 26. August 1939 wurde der Sporazum, das Abkommen über die Bildung einer autonomen Banschaft Kroatien, geschlossen.

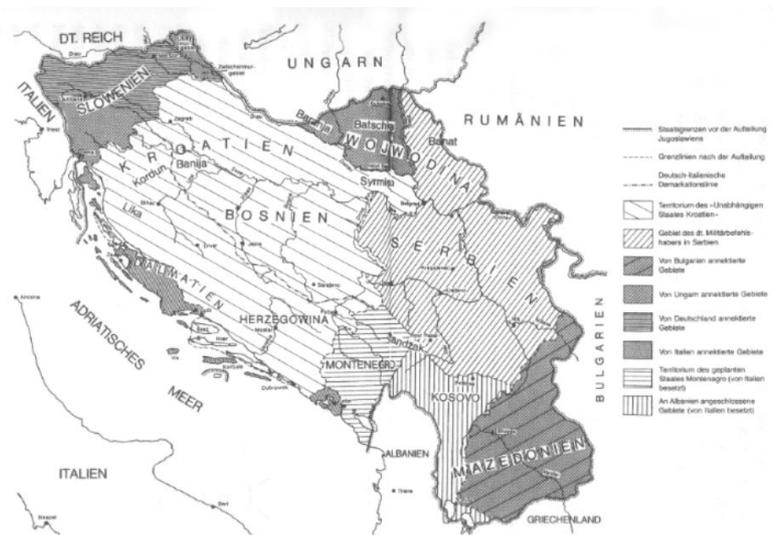


Die neue Banschaft umfasste neben der Save- und Küsten-Banschaft auch Gebiete anderer Banschaften und richtete sich nach den Siedlungsgebieten der Kroaten. Die Autonomie erstreckte sich auf die Bereiche Sozial- und Wirtschaftspolitik, Justiz und Bildungswesen.

Am 10. April 1941 verkündete Slavko Kvaternik in Zagreb den „Staat Kroatien“. Am 16. April ernannte Pavelić die Regierung des „Unabhängigen Staates Kroatien“ (Nezavisna država Hrvatska, NDH). Die den Staat beherrschende Ustaša hatte nur geringen Rückhalt in der Bevölkerung. Die Ustaša war von außen mit Hilfe der Besatzungsmächte eingesetzt worden, deshalb beruhte ihre Machtergreifung nicht auf einer vorbereitenden sozialen Bewegung im Lande.

Der NDH-Staat wies nach Aufbau und Selbstverständnis zahlreiche Parallelen mit dem NS-Staat und dem faschistischen Italien auf, von denen der Antisemitismus übernommen wurde. Dies führte zu Diskriminierung, Enteignung und Ermordung von 19.000 Juden in Lagern der NDH, weitere 9.000 starben in deutschen Lagern. Die Bewegung der Ustaša war von einem aggressiven Nationalismus getragen. Im Sinne der Rassenideologie gab es Versuche, die Abstammung der Kroaten vom Slawentum abzugrenzen und von den Goten herzuleiten.

Die Achsenmächte teilten Jugoslawien untereinander auf.



Im Juni 1943 wurde der „Antifaschistische Landesrat der nationalen Befreiung Kroatiens“ (ZAVNOH) gebildet. Am 8. Mai 1944 proklamierte der ZAVNOH den „Föderalen Staat Kroatien“, dessen Beitritt zum gemeinsamen Jugoslawien und erklärte sich zum „Sabor“ (Landtag). Am 14. April 1945 bildete der kroatische KP-Chef Vladimir Bakarić die Regierung der „Nationalen Front“. Die traditionellen Parteien wurden neu konstituiert, mussten aber der kommunistische kontrollierten „Volksfront“ beitreten.

Kroatischer Frühling Im innerparteilichen Machtkampf entschied sich Tito nach 1966 für die innere Liberalisierung und Erweiterung des Föderalismus. Diese Reformen öffneten den Freiraum für die soziale Bewegung des „Kroatischen Frühlings“ der Jahre 1967-1971. Als „Geburtsstunde“ der Bewegung gilt die von einer Gruppe von Sprachwissenschaftlern verfasste „Deklaration über die Bezeichnung und Stellung der kroatischen Literatursprache“ vom 17. März 1967. Neben der Pflege kultureller und sprachlicher Tradition als Ausdruck kroatischer Identität waren die wirtschaftliche Modernisierung und verkehrstechnische Integration des Landes wichtige Anliegen nationalen Selbstverständnisses. Das gesellschaftliche System des Selbstverwaltungssozialismus wurde dabei in den Reformdebatten nicht in Frage gestellt.

Die Änderungen der Bundesverfassung von 1971 stärkten den föderalen Charakter Jugoslawiens. Damit förderte man auch die Aufbruchsstimmung in Kroatien: Über die kulturellen und wirtschaftlichen Zielsetzungen hinaus wurden auch politische Forderungen laut, wie etwa die Ableistung des Wehrdienstes in der Heimatrepublik, die Veränderung des Schlüssels zur Aufteilung der Deviseneinnahmen, ein eigener UN-Sitz für Kroatien, die Eingliederung kroatisch besiedelter Gebiete in Bosnien-Herzegowina. Mit derartigen Forderungen wurden die Republikgrenzen und der Verfassungskonsens in Frage gestellt. Der liberale Flügel der kroatischen Parteiführung erhielt im November 1971 zusätzlich Unterstützung durch einen Streik der Studenten in Zagreb.

Am 29. November 1971 traf sich Tito mit der kroatischen Parteiführung und sprach ein Machtwort. Tito hatte den „Kroatischen Frühling“ ermöglicht und setzte ihm auch ein Ende. Demonstrationen wurden gewaltsam aufgelöst, es kam zu Verhaftungen und zum Rücktritt der kroatischen Parteiführung. Der Kroatische Frühling war in seinen Anliegen gescheitert, doch die Erinnerung an die Bewegung und deren Opfer wurde identitätsstiftend für den Aufbau eines Gegenbewusstseins.

Die Bundesverfassung von 1974 stärkte erneut die Stellung der Republiken und autonomen Provinzen Jugoslawiens. Die neue Verfassung diente in ihrer Intention dem Ausgleich möglicher nationaler Spannungen. Das Amt des Staatspräsidenten wurde nach Titos Tod am 4. Mai 1980 abgeschafft und ein achtköpfiges Staatspräsidium, wie in der Verfassung von 1974 vorgesehen, geschaffen. Das Staatspräsidium bestand aus je einem Vertreter

aus allen Republiken und autonomen Provinzen mit rotierendem Vorsitz.

Ungefähr gleichzeitig mit den sozialistischen Staaten in der sowjetischen Hegemonialsphäre geriet Jugoslawien seit Ende der siebziger Jahre in eine chronische Wirtschaftskrise. Im März 1981 brachen Unruhen unter den Albanern im Kosovo aus, die von der serbischen Polizei und der Bundesarmee schnell niedergeschlagen wurden. Die Stimmungslage wusste vor allem der Parteichef des „Bundes der Kommunisten Serbiens“, Slobodan Milošević, zu nutzen.

Erlangung der Unabhängigkeit und Krieg

Die slowenische Regierung leistete zum ersten Mal Ende 1989 offenen Widerstand gegen die Politik Miloševićs, indem ein von Serbien aus organisierter Demonstrationzug verboten wurde. Im Laufe des Jahres 1989 entstanden, von den Kommunisten geduldet, neue Parteien.

Auf dem außerordentlichen 14. Parteikongress des „Bundes der Kommunisten“ versuchte Milošević, die Rezentralisierung der Parteiorganisation durchzusetzen. Die slowenische Delegation unter der Führung von Milan Kučan verließ am 22. Januar 1990 den Parteitag. Als Milošević die Arbeit einfach fortsetzen wollte, verweigerte auch die kroatische Delegation unter Ivica Račan die weitere Teilnahme. Die Vertagung des Kongresses am selben Abend kam dem Zerfall der Partei auf Föderationsebene gleich.

Ende April 1990 fanden Wahlen in Kroatien statt. Die „Kroatische Demokratische Gemeinschaft“ (HDZ) unter Franjo Tuđman erhielt 42% der Stimmen und 55 von 80 Sitzen. Die Reformkommunisten der SDP erhielten 35% und 20 Sitze. Die „Koalition der Mitte“ einiger Protagonisten des Kroatischen Frühlings von 1967 -1971 schnitt unerwartet schlecht ab. Am 30. Mai 1990 wählte der neu konstituierte Sabor - noch gemäß der Verfassung von 1974 - Franjo Tuđman zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums Kroatiens.

Franjo Tuđman (1922-1999) hatte schließlich das Präsidentenamt bis zu seinem Tode 1999 inne. Tuđman hatte sich 1941 den Partisanen um Tito angeschlossen und war nach Ende des 2. Weltkrieges General in der jugoslawischen Volksarmee. Nach seinem Ausscheiden aus der Armee 1961 hatte er in Zagreb Geschichts- und Politikwissenschaften studiert. In den sechziger

Jahren war er Leiter des Zagreber Instituts für Geschichte der kroatischen Arbeiterbewegung gewesen. 1967 war Tuđman wegen Differenzen über die Frage der Eigenständigkeit Kroatiens aus der KP ausgeschlossen worden, zugleich hatte er sein Amt als Institutsleiter verloren. Nach der Niederschlagung des „Kroatischen Frühlings“ war er 1971 wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ zu neun Monaten und 1981 wegen „staatsfeindlicher Propaganda“ zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Ihm war jegliche politische Betätigung untersagt worden.

Am 17. August 1990 begann die „Baumstammrevolution“ im Gebiet um Knin. Serben blockierten mit Duldung der Bundesarmee mit Barrikaden die direkten Straßenverbindungen zwischen Nordkroatien und Dalmatien. Die traditionell serbisch kontrollierten Polizeibehörden in diesem Gebiet verselbständigten sich. Die kroatische Regierung verzichtete auf Druck der Armee auf die Entsendung von Hubschraubern mit Polizei in die betroffenen Gebiete. Als Gegenreaktion begann die kroatische Regierung mit der Verstärkung und schwereren Bewaffnung der Polizei und baute seit dem Frühjahr 1991 die aus Freiwilligen gebildete Nationalgarde auf. Daneben gab es, vor allem auf serbischer Seite, unterschiedliche paramilitärische Kampfgruppen. Anfang Mai wurden zwölf kroatische Polizisten bei einem Einsatz in Borovo Selo bei Vukovar getötet.

Im Mai 1991 befürworteten 94 % der Abstimmenden beim Plebiszit die Souveränität Kroatiens, die serbische Bevölkerung Kroatiens war der Volksabstimmung ferngeblieben. Letzter Anlass für den Schritt zur Unabhängigkeitserklärung war die Weigerung des serbischen Vertreters im jugoslawischen Staatspräsidium, den Vorsitz turnusgemäß an den kroatischen Vertreter, Stipe Mesić, abzutreten.

Am 25. Juni 1991 erklärten Slowenien und Kroatien ihre Unabhängigkeit, beide beriefen sich auf das Scheitern aller Verhandlungen über die Bildung einer „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“. Zwei Tage später rückten Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee aus, um die Kontrolle der Außengrenzen zu übernehmen. Die Armee scheiterte jedoch am Widerstand der slowenischen Territorialverteidigung. Am 8. Juli handelten Vertreter der EG mit den Konfliktparteien ein dreimonatiges Moratorium aus. Mesić konnte den Vorsitz im Staatspräsidium übernehmen. Das Präsidium fasste zehn Tage später in Übereinstimmung mit der Armeeführung den Beschluss

über den Abzug aller Truppen aus Slowenien, nur der kroatische Vertreter Mesić stimmte dagegen. Denn der Abzug bedeutete die Hinnahme der faktischen Verselbstständigung Sloweniens, während die Ansprüche auf Kroatien als Teil Jugoslawiens aufrechterhalten blieben.

Seit Mitte Juli 1991 eskalierte die Gewalt in Kroatien durch Aktionen serbischer Freischärler. Die Armee trat zuerst schlichtend ein, seit September stand sie offen auf Seite der serbischen Milizen. Während der folgenden Kampfhandlungen gelangte ein Drittel des kroatischen Staatsgebietes unter serbische Kontrolle. Der größte Teil der nichtserbischen Bevölkerung, ca. 245.000 Menschen, floh oder wurde vertrieben. Ziel der serbischen Kriegsführung in Kroatien war es, alle serbischen Siedlungsgebiete aus Kroatien herauszulösen und großzügig zu arrondieren.

In der Save-Ebene in Westslawonien waren die Autobahn und Eisenbahnhauptstrecke durch einen serbischen Brückenkopf bei Okučani unterbrochen, der wiederum durch die Savebrücke bei Bosanska Gradiška mit den serbischen Mehrheitsgebieten in Bosnien-Herzegowina verbunden war. Des Weiteren hielten die Serben Ostslawonien einschließlich der Baranja. Die am Donauufer gelegene Stadt Vukovar wurde belagert und durch Beschuss weitgehend zerstört, bis sie schließlich am 18. November von den Serben erobert wurde. Das größte serbisch kontrollierte Gebiet entstand in einem breiten Streifen entlang der Grenze zu Bosnien-Herzegowina von Karlovac bis ins Hinterland von Split. Zentrum der so entstandenen „Republik Serbische Krajina“ war die Stadt Knin.

Nachdem die internationalen Bestrebungen, die Einheit Jugoslawiens zu erhalten, im Herbst 1991 sichtbar gescheitert waren, erkannte die EG die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens in ihren alten Grenzen schließlich an. Die deutsche Bundesregierung vollzog den Schritt der Anerkennung am 23. Dezember 1991, die anderen Staaten der EG und auch Österreich folgten am 15. Januar 1992.

Unter Führung der Vereinten Nationen konnte am 2. Januar 1992, aufgrund dieser neuen außenpolitischen Konstellation und einer militärischen Pattsituation, auch ein wirkungsvolles Waffenstillstandsabkommen geschlossen werden.

Durch die Stationierung von UN-Truppen in den serbisch besetzten

Gebieten Kroatiens, sollte der Abzug der serbischen Truppen überwacht werden und die vollen Souveränität des Staates Kroatien endgültig wiederhergestellt werden. Faktisch sicherten die Blauhelme allerdings von 1992-1995 den territorialen Status Quo der besetzten Gebiete.

KROATIEN SEIT DER UNABHÄNGIGKEIT

Die während des Krieges gebildete Allparteienkoalition löste sich auf und im August 1992 fanden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Die HDZ hielt ihren Anteil an Stimmen und Sitzen mit 44,7%. Die Sozialliberale Partei erhielt 17,7%. Die ex-kommunistische SDP, „Partei der demokratischen Veränderungen“, fiel auf einen Stimmenanteil von 5,5%.

Das öffentliche Leben in Kroatien stand 1992 im Schatten des Krieges in Bosnien-Herzegowina. Am 28. August 1992 wurde die „Kroatische Republik Herceg-Bosna“ ausgerufen und sollte die westliche Herzegowina und Mittelbosnien umfassen. Man lehnte sich bei der Entscheidung der Staatssymbole am Vorbild Kroatiens an und übernahm neben der D-Mark und anderen Währungen auch die Kuna als Zahlungsmittel.

Eine Militäraktion im Hinterland von Zadar im Januar 1993 brachte kleine Erfolge und stellte die Straßenverbindung nach Dalmatien über das Festland wieder her. Die Aktion trug Kroatien jedoch erhebliche internationale Kritik ein, da man darin eine Gefährdung der Vermittlungsbemühungen sah.

Zu Beginn des Jahres 1995 weilten fünfzehn militärische Berater der amerikanischen Firma MPRI (Military Professional Resources Inc.) unter der Führung des pensionierten Generals Richard Griffiths in Kroatien. Diese Gruppe organisierte u.a. das kroatische Verteidigungsministerium. Die Geschäftsführer von MPRI, General Carl Vuono und Crosbie („Butch“) Saint, versuchten stets, die amerikanische Beteiligung an der Modernisierung der kroatischen Armee herunterzuspielen. Doch wie auch immer die Hilfe im Detail aussah, für die Kroaten war sie entscheidend.¹

Am 1. Mai 1995 begann die kroatische Armee die Militäraktion „Bljesak“ (Blitz) zur Rückeroberung Westslawoniens. Der Widerstand der Serben war schwach und schlecht organisiert. Die große Mehrheit der Bevölkerung floh über die Save in die serbisch



¹ Mark Thompson, Generals for Hire. In: Time International Vol. 147 No.3, 15. Jänner 1996, S. 10-12

kontrollierten Gebiete Nordbosniens. Die Führung der „Krajina“-Serben reagierte auf die Militäraktion mit einem Raketenbeschuss Zagrebs. Auf internationalen Druck hin wurden die Gespräche allerdings wieder aufgenommen. Die kroatische Regierung verlangte einen Rahmenplan für die Reintegration der „Krajina“ in den kroatischen Staat.

Die internationale Empörung über das serbische Massaker in der UN-Schutzzone Srebrenica nutzte man in Zagreb Anfang August 1995, um durch die Militäroperation Gewittersturm („Oluja“) die „Krajina“ zurückzuerobern. Unter den Augen der tatenlos zusehenden UN-Truppen wurde dabei allerdings auch ein Großteil der serbischen Bevölkerung vertrieben.

Seine Zustimmung zum Vertrag von Dayton (21. November 1995), der den Frieden in Bosnien-Herzegowina wieder herstellen sollte, machte Tuđman von einer Loslösung des serbisch kontrollierten Ostslawoniens abhängig. Noch während der Verhandlungen in Dayton wurde am 12. November in Erdut (nahe Vukovar an der Donau) ein Abkommen über die stufenweise Wiedereingliederung Ostslawoniens einschließlich der Baranja in das kroatische Staatsgebiet geschlossen. Nach Verzögerungen wurde die friedliche Reintegration unter Mitwirkung der vom Amerikaner Jacques Klein geleiteten UN-Mission im Januar 1998 abgeschlossen.

Kurz nach der Rückgewinnung der „Krajina“ setzte Tuđman vorgezogene Parlamentswahlen für den 29. Oktober 1995 an, um den militärischen und politischen Erfolg als Bonus für die HDZ auszunutzen. Neu geschaffen wurde eine eigene Liste für im Ausland lebende Inhaber eines kroatischen Passes; vor allem Kroaten in Bosnien-Herzegowina wählten eine eigene Kurie, die zwölf Abgeordnete in den Sabor entsandte. Die HDZ konnte auf eine große Anhängerschaft zählen und auf einen Abgeordneten entfielen weit weniger Wahlstimmen als in Kroatien selbst. Bei einer Wahlbeteiligung von 60% in Kroatien erhielt die HDZ 45,2% der Stimmen und sicherte sich damit 75 von 127 Sitzen im Sabor. Das Erreichen einer Zweidrittelmehrheit wurde jedoch verfehlt. Der Anteil der Sozialliberalen sank auf 11,6%, dafür erholte sich die SDP und erlangte 8,9%.

In den Jahren nach 1995 wuchs in Kroatien die allgemeine Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen. Skandale, bei denen einstmals erfolgreiche Unternehmen von ihren neuen Privateigentümern ohne Rücksicht auf soziale Belange „ausgeschlachtet“ und in den Konkurs geführt wurden, erschütterten das Vertrauen in die Solidität der Wirtschaftspolitik. Fälle von Korruption häuften sich, wegen der chronischen Liquiditätskrise sowohl der öffentlichen Hand als auch der Privatunternehmen waren Lohnausstände an der Tagesordnung. Neben den Wirtschaftsproblemen irritierte der autoritäre Stil in der Amtsführung Tuđmans und das Gehabe der HDZ als alleinige staatstragende Partei weite Teile der Öffentlichkeit. Die Stellung des Parlaments war geschwächt, weil viele Entscheidungen faktisch in den Händen des auf Tuđman ausgerichteten Präsidialrates lagen.

Einen außenpolitischen Erfolg konnte die Regierung 1996 durch die Aufnahme in den Europarat verzeichnen. Doch ansonsten gab es kaum Fortschritte bei der Integration in die europäischen Institutionen. Die kroatische Regierung wurde kritisiert, die Rückkehr serbischer Flüchtlinge mit administrativen Mitteln zu verzögern und sich zu zögerlich bei der Zusammenarbeit mit dem Strafgerichtshof in Den Haag zu verhalten.

Ein weiterer Kritikpunkt war die mangelnde Unabhängigkeit der Medien, insbesondere des Fernsehens, von den politischen Strukturen. Journalisten wurden wegen „unbotmäßiger“ Berichterstattung Verleumdungsklagen und hohen Entschädigungsforderungen ausgesetzt. Von internationalen Beobachtern wurden die schwach ausgebildeten Selbstverwaltungsrechte für die Gespanschaften, für die Städte und Gemeinden bemängelt. Ende 1995 begann ein Konflikt zwischen Präsident Tuđman und dem Zagreber Stadtrat. Tuđman weigerte sich, den von einer Koalition gewählten Bürgermeister aus den Reihen der Liberalen zu bestätigen, und setzte stattdessen mit der Begründung, die HDZ verfüge über die relative Mehrheit im Stadtrat, eine Bürgermeisterin aus den Reihen der HDZ ein.

Anfang 1999 zeichnete sich - geprägt durch die schlechte wirtschaftliche und politische Situation - eine deutliche Verlagerung der Wählerpräferenzen zu Gunsten der Opposition ab. Um ihre Wahlchancen gegenüber der HDZ weiter zu verbessern, bildete diese im Laufe des Jahres 1999 Allianzen. Sechs Parteien der Opposition (genannt Šestorica - das Sechserbündnis) verpflichteten sich, nach den Wahlen kein Regierungsbündnis mit der HDZ einzugehen. Im Sommer 1999 wurde ein Wahlbündnis zwischen den zwei stärksten Oppositionsparteien, der Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Kroatischen Sozialliberalen Partei (HSL), gegründet. Die vier kleineren Parteien, die Kroatische Volkspartei (HNS), die Bauernpartei (HSS), die Liberale Partei (LS) und die regionale Istrische Demokratische Versammlung (IDS) bereiteten ebenfalls eine Koalition vor.

Nach dem Tod Tuđmans am 10. Dezember 1999 fanden im Januar 2000 Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt, die die politische Landschaft drastisch veränderten. So kritisch man der HDZ-Herrschaft in Kroatien gegenüberstehen mag, so haben doch nicht nur die korrekte Durchführung und die Ergebnisse der Wahlen Anfang 2000, sondern auch der verfassungskonforme und reibungslose Regierungswechsel die Demokratiefähigkeit der kroatischen Gesellschaft und ihrer politischen Elite bestätigt.

Nach den Wahlen im Januar 2000 entstand zunächst ein Bündnis aus sechs Parteien (šestorica), das zunächst ein hohes Maß an Popularität und Vertrauen in der Bevölkerung genoss. Die nach der demokratischen Wende hochgesteckten Erwartungen konnte die Koalition allerdings nicht erfüllen. Wahlversprechen, wie die Schaffung neuer Arbeitsplätze und die Aufdeckung von Betrugs- und Korruptionsfällen bei der Privatisierung der staatlichen Betriebe, konnten nicht ausreichend verwirklicht werden. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierungspolitik wuchs deshalb stetig an.

Als problematisch erwies sich auch, dass die Parteien innerhalb des Bündnisses programmatisch sehr unterschiedlich ausgerichtet waren. Die Austritte der IDS und der HSLS aus der Koalition waren die Folge. Trotz erheblicher Probleme blieb die Regierung Račan allerdings, auf wechselnde Koalitionen gestützt, bis Ende November 2003 im Amt.

Zu einem Regierungswechsel kam es jedoch am 23. November 2003, als die HDZ, mit ihrem Vorsitzenden Dr. Ivo Sanader an der Spitze, deutlich die Parlamentswahlen für sich entscheiden konnte. Durch das kroatische Wahlsystem, welches den Einzug kleiner Parteien in den Sabor fördert, konnte die HDZ allerdings keine stabile Koalition bilden. In einem Bündnis mit dem DC regiert Sanader derzeit in einer Minderheitsregierung. Durch wechselnde, informelle und formelle Absprachen werden ständig neue Mehrheiten gebildet. Programmatisch setzte die HDZ die pro-europäische Politik der SDP fort. Der Focus sämtlicher Reformen liegt derzeit auf der Anpassung an die europäischen Strukturen.

Schon in seiner Regierungserklärung legte der neue Ministerpräsident die Arbeitsschwerpunkte der zukünftigen Regierung fest. Deutlich hob er dabei die bestehenden Defizite des kroatischen Staatssystems hervor. Sowohl in der Reformierung des noch immer rückständigen Justizsystems, als auch in der Modernisierung der nur schwach ausgeprägten lokalen Selbstverwaltung und der Umgestaltung von Armee und Polizei zur Schaffung von langfristiger innerer Sicherheit, erkannte Sanader die Aufgaben seiner Regierung. Die Anpassung der allgemeinen Lebensverhältnisse an den EU-Standard - speziell in den Bereichen Schulwesen, Gesundheit, Kultur, Wissenschaft, Tourismus und Umweltschutz- legte er ebenfalls als ehrgeiziges Regierungsziel fest. Zu einer weiteren Priorität erklärte Sanader auch eine aktive Minderheitenpolitik und die Förderung der Flüchtlingsrückkehr.

Dieser treffenden Analyse der bestehenden Missstände, folgte jedoch in den folgenden Monaten die Erkenntnis, dass der Weg von der Problemanalyse zur Zielerreichung lang und schwierig ist. Die praktische Umsetzung vieler Reformen schreitet in Kroatien oftmals nur langsam voran. Ungeachtet beachtlicher Fortschritte steht Kroatien immer noch vor zahlreichen Aufgaben bei der Entwicklung der marktwirtschaftlichen Ordnung, der weiteren Stabilisierung der demokratischen Institutionen und der demokratischen politischen Kultur. Sozialistisch und zentralistisch geprägte Strukturen, Bürokratismus und subtile Formen von Korruption haben ihre Wirkungsmacht noch nicht verloren.

Die vor den Wahlen versprochene Senkung der Mehrwertsteuer von 22% auf 20% wurde verschoben. Der Abbau von Handels- und Investitionshemmnissen kommt nur schleppend voran. Die staatliche Verwaltung und das Gerichtswesen sind immer noch modernisierungsbedürftig, arbeiten teilweise ineffizient und behindern wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Fortschritt. Das Land ist, auch als Folge der Kriegsjahre, immer noch zu zentralistisch ausgerichtet, der gesetzliche Rahmen für die kommunale Selbstverwaltung ist trotz aller Bemühungen immer noch unzureichend geregelt.

Die innenpolitische Bilanz ist nach fast zwei Jahren Regierungstätigkeit auch wegen des unbedingten Primats der Außenpolitik zwiespältig.

Bereits beim Amtsantritt der Regierung Sanader wurde deutlich, dass sich in Zagreb jegliche Politik auf die Erlangung des Kandidatenstatus der EU fokussierte. Die zunächst erfolgreiche Außenpolitik der HDZ-Regierung wurde schließlich im Juni 2004 auf dem EU-Gipfel in Brüssel, als Kroatien als erstes Land des westlichen Balkans den Status als potentiell Mitglied der EU zugesprochen bekam, gekrönt. Seitdem im März 2005 der Verhandlungsbeginn jedoch mit dem Vorwurf mangelnder Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Haager Tribunal verschoben wurde, richteten sich danach sämtliche Anstrengungen darauf, diesen Zustand zu überwinden. Internationales Lobbying und außenpolitische Bemühungen standen seither im Mittelpunkt der kroatischen Politik, die mit dem Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 2005 ihren positiven Höhepunkt erreichten.

POLITISCHES SYSTEM UND WAHLEN

Verfassung und Verwaltung

Am 30. Mai 1990 konstituierte sich der Ende April 1990 gewählte Sabor (Parlament) und wählte noch gemäß der jugoslawischen Verfassung von 1974 Franjo Tuđman (HDZ) zum Vorsitzenden des Staatspräsidiums Kroatiens. Die politische Transformation innerhalb Kroatiens erhielt, durch die am 22. Dezember 1990 vom Sabor angenommene Verfassung, ihre Sanktionierung.

Durch den Zuschnitt auf die Person Tuđmans erhielt der - vom Volk alle fünf Jahre direkt gewählte Präsident - eine starke Stellung. Die Regierung unterstand nicht nur dem Parlament, sondern auch dem Präsidenten. Auch die Auswahl des Ministerpräsidenten lag in den Händen des Präsidenten. Die Verfassung ging noch von der Prämisse des Verbleibs innerhalb Jugoslawiens aus. Von hohem Stellenwert war die Entfernung der sozialistischen Embleme aus Wappen und Flagge. Am 25. Juni 1991 erklärte Kroatien seine Unabhängigkeit von Jugoslawien und motivierte ihren Entscheid mit dem Scheitern aller Verhandlungen über die Bildung einer „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“.

Die in der Verfassung von 1990 vorgesehene Verwaltungsreform wurde erst 1992, in den nicht besetzten Gebieten, umgesetzt. Die insgesamt 117 općine (Kommunen) mit 4083 mjesne zajednice (Ortsgemeinschaften) wurden durch 20 županije (Gespanschaften oder Komitate) ersetzt, innerhalb derer Städte und Gemeinden Selbstverwaltungsrechte genießen. Die Stadt Zagreb wurde einer Gespanschaft gleichgestellt. Der Name dieser Verwaltungseinheit ist zwar historisch, in der Gebietsgliederung selbst sind jedoch keine älteren Traditionen festzustellen.

Das Parlament bestand ursprünglich aus der Abgeordnetenversammlung mit 151 Abgeordneten und einer zweiten Kammer der Regionen, dem so genannten Komitatenhaus mit 68 Sitzen. Die Abgeordneten beider Häuser wurden direkt gewählt. Bis zu sechs Abgeordnete werden von den Auslandskroaten proportional gewählt.

Die Verfassung vom 22. Dezember 1990 wurde Ende 2000/ Anfang 2001 in wesentlichen Teilen neu gefasst. Mit der Reform wurde auch die zweite Kammer des Parlaments, das Komitatenhaus, im März 2001 abgeschafft.

Die aktuelle Verfassung der Republik Kroatien folgt dem Grundsatz der Gewaltenteilung und enthält einen umfangreichen Katalog von Grundrechten und Grundfreiheiten. Die Judikative ist unabhängig, die Bestimmungen über das Verfassungsgericht sind in einem eigenen Abschnitt der Verfassung niedergelegt. Die Änderungen betrafen vor allem die Kompetenzverteilung zwischen den zentralen Staatsorganen und verfolgten in erster Linie das Ziel, Befugnisse des Staatspräsidenten auf Regierung und (in geringerem Umfang) Parlament zu verlagern. Die Konzentration politischer Macht beim Präsidenten,

welche die frühere, auf die Person von Franjo Tuđman zugeschnittene Verfassung enthielt, wurde damit beseitigt. Allerdings behält der direkt gewählte Präsident der Republik Kroatien weiterhin wichtige Kompetenzen in der Außenpolitik, im Zusammenhang mit der Regierungsbildung und den Parlamentswahlen sowie bei der Kontrolle von Militär und Nachrichtendiensten. Präsident und Premier kontrollieren gemeinsam die Geheimdienste. Der Präsident ernennt die Chefs der Geheimdienste, benötigt dafür aber die Gegenzeichnung durch den Premier.

Das Parlament kann nur in zwei Fällen aufgelöst werden: Im Fall eines Misstrauensvotums gegen die Regierung oder bei Ablehnung des Staatshaushalts. Der Präsident ernennt den Premier, nicht aber das Kabinett, das durch den Premier ausgewählt wird. Die Möglichkeit, Botschafter zu ernennen und abzurufen, wurde dem Präsidenten genommen, dies kann nur noch in Zusammenarbeit von Präsidenten und Premier geschehen.

Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung ist garantiert, denn Provinzgouverneure und -vertretungen werden gewählt. Die Ende 2000 eingeführten Verfassungsbestimmungen, die eine Stärkung der Provinzen und Kommunen bewirken sollen, werden schrittweise verwirklicht.

Auf gesetzlicher, im Dezember 2002 novellierter Grundlage genießen die nationalen Minderheiten die Möglichkeit freier politischer Betätigung und öffentlicher Äußerung sowie kulturelle Autonomie. Im Parlament sind mindestens fünf, maximal acht der 152 Sitze für Vertreter der Minderheiten reserviert. Sie haben auch Anspruch auf Vertretung in kommunalen Gremien. Die Sprache und Schrift der Minderheiten sind in Gebieten, in denen sie stark vertreten sind, im amtlichen Gebrauch der kroatischen Sprache und der lateinischen Schrift gleichgestellt. Die kroatische Regierung unterstützt finanzielle Aufwendungen der Minderheiten für Unterricht, Publikationen, Rundfunk- und Fernsehsendungen und kulturelle Veranstaltungen.

Wahlrecht

In Kroatien wird nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, wobei aber nur in wenigen Wahlkreisen eine 5%- Hürde besteht, dadurch wird kleineren und regionalen Parteien der Einzug in die Parlamente ermöglicht.

Für die im Ausland lebenden Kroaten wurde ein eigener Wahlkreis geschaffen. Im Sabor sind maximal 8 Abgeordnete der nationalen Minderheiten vertreten.

Seit den Kommunalwahlen im Frühjahr 2005 wird eine Modifizierung des Wahlrechts diskutiert. Neue Elemente des modifizierten Wahlrechts sollen zum einen die Direktwahl von Bürgermeister und Ortsvorstehern der Gespanschaften sein und zum anderen die Beschränkung der Vorwahlkoalitionen, durch die auch Kleinstparteien in die Parlamente einziehen.

Parlamentswahlen 2000

Die ersten Parlamentswahlen im unabhängigen Kroatien fanden im August 1992 statt. Die HDZ konnte 44,7% der Stimmen gewinnen, die HSLs errang 17,7% und die SDP fiel auf 5,5%. Das Wahlrecht stammte noch aus kommunistischer Zeit und begünstigte die stärkste Partei. Bereits eine relative Mehrheit genügte, um die absolute Mehrheit im Sabor zu erlangen. Die Hoffnung der Reformkommunisten, auf diese Weise vielleicht die Macht zu behalten, erfüllte sich bereits im April 1990 nicht.

Die zweiten freien Wahlen fanden im Oktober 1995 statt. Präsident Tuđman setzte sie vor Ablauf der Legislaturperiode an, um den militärischen Sieg gegen die „Krajina“-Serben in einen politischen Sieg mit einer Zweidrittelmehrheit im Sabor umzuwandeln. Die HDZ errang aber dennoch lediglich 45,2% bei einer Wahlbeteiligung von ca. 60%. Der Anteil der HSLs sank auf 11,6% und die SDP erlangte 8,9%.

Die spätestens Ende Januar 2000 fälligen nächsten Parlamentswahlen wurden nach dem Tod Tuđmans für den 3. Januar festgesetzt. Der extrem kurze Wahlkampf sowie die einseitige Berichterstattung des staatlichen Fernsehens verhinderte laut OSZE-Beobachtern eine breite Diskussion der angebotenen Wahlprogramme. Die Stimmung im Lande sprach aber gegen die regierende HDZ, der es nicht gelungen war, die Stimmung, die für einen Wechsel sprach, umzudrehen. Die negative Kampagne gegenüber der Opposition war vorwiegend polemisch. Wie die Diskussion um die oder den Präsidentschaftskandidaten zeigte, präsentierte sich eine zerstrittene HDZ der Wählerschaft.

In der HDZ hatten sich in den letzten Wochen vor der Wahl die Stimmen gemehrt, die eine Abkehr vom (halb)präsidialen System in Kroatien forderten und sich für eine Umwandlung in ein parlamentarisches System westeuropäischer Prägung aussprachen. Die Opposition hatte dies schon lange gefordert. Darüber hinaus sagten alle Umfragen einen deutlichen Sieg der Opposition bei den Parlamentswahlen voraus. In den Wahlen vom 3. Januar 2000 verlor die HDZ ihre bisherige Mehrheit.

Am 27. Januar 2000 ernannte der amtierende Präsident Pavletić den Vorsitzenden der SDP, Ivica Račan, zum Premierminister Kroatiens, der von einer Sechs-Parteienkoalition aus SDP, HSLs, HSS, IDS, HNS und LS unterstützt wurde. Aus dieser Koalition trat bereits 2001 die IDS und nach einer weiteren Regierungskrise und dem Rücktritt Račans als Ministerpräsident im Juli 2002 die HSLs aus. Nachdem Račan abermals mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, präsentierte er eine neue Koalition bestehend aus SDP, HSS, HNS, LS und der neuen Gruppierung LIBRA, die sich aus 10 ehemaligen Abgeordneten der HSLs zusammensetzte.

Präsidentschaftswahlen 2000

Nach Tuđmans Tod im Dezember 1999 wurden innerhalb von 60 Tagen Neuwahlen notwendig. Somit fanden die letzten Präsidentschaftswahlen am 24. Januar (1. Wahlgang) und am 7. Februar 2000 (2. Wahlgang) statt.

Nachdem die HDZ bei den Parlamentswahlen Anfang Januar 2000 eine Niederlage erlitten hatte, hoffte man, mit dem Kandidaten zumindest in die zweite Runde zu kommen. Interne Streitigkeiten über die Kandidatennominierung schaden der Partei bei den Wählern sehr. Daher beschloss die HDZ, ihren Präsidentschaftskandidaten erst nach den Parlamentswahlen am 3. Januar 2000 zu präsentieren. Der Konkurrenzkampf zwischen Mate Granić, dem Vertreter des liberalen Flügels, sowie den beiden „Hardlinern“, Vladimir Šeks, Vize-Parteivorsitzender, und Ivić Pašalić, Ex-Berater des Präsidenten, wurde mit der Nominierung Granićs zum offiziellen Präsidentschaftskandidaten der HDZ am 5. Januar 2000 entschieden. Šeks zog seine Kandidatur zurück, nachdem er zuvor vom Präsidium statutenwidrig mit der Wahrnehmung der Amtsgeschäfte des Parteivorsitzenden bis zum Parteitag Mitte März betraut wurde. Innerparteilich kam es zu einem Kampf um Posten und Einfluss, an dem auch Tuđmans Sohn Stjepan beteiligt war. Im Laufe des Wahlkampfes waren die rücksichtslosen Machtkämpfe innerhalb der HDZ kein Rückhalt für Granić. Zwar löste er sich mit seinem vorübergehenden Rückzug aus dem Parteipräsidium etwas von der HDZ, doch ließ ihn die Dynamik der öffentlichen Stimmung in der Wählergunst immer tiefer fallen.

Als Favorit für die Wahlen zum Präsidenten galt zu diesem Zeitpunkt der Vorsitzende der Sozialliberalen Partei (HSL), Dražen Budiša. Der 51-jährige Budiša, Studentenfürer während des „kroatischen Frühlings“ 1971, war mehrere Jahre politischer Gefangener des Tito-Regimes. Nach der Unabhängigkeit Kroatiens diente er Anfang der neunziger Jahre kurze Zeit als Minister in Tuđmans „Regierung der nationalen Einheit“. 1992 trat er bei den Präsidentschaftswahlen gegen Tuđman an, erlitt jedoch eine schwere Niederlage.

Die politische Schwäche des HDZ-Kandidaten nutzte der 65-jährige Stipe Mesić, der 1994 aus der HDZ ausgetreten war. Nachdem Tomčić, der Vorsitzende der Bauernpartei (HSS), auf eine Kandidatur verzichtet hatte, gab Mesić überraschend bekannt, dass er für die „Viererkoalition“ kandidiere. So wurden Mitte Januar die Karten neu gemischt. Der als Außenseiter in den Wahlkampf eingestiegene Mesić konnte in den Meinungsumfragen binnen kurzer Zeit Budiša auf Platz zwei verdrängen, nachdem er in ersten Umfragen nur bei 2% gelegen war. Mesić war nach dem „kroatischen Frühling“ 1971 ein Jahr lang im Gefängnis gewesen, ein Schicksal, das er mit Budiša geteilt hatte. 1991 war er als kroatischer Vertreter im jugoslawischen Staatspräsidium letzter Vorsitzender dieses Organs. Mesić schloss sich der HDZ von Tuđman an und hatte 1990 das Amt des HDZ-Generalsekretärs und des kroatischen Regierungschefs inne.

1992 war Mesić Präsident des kroatischen Parlamentes, zerstritt sich dann aber - vor allem wegen der Bosnienfrage - mit Tuđman. Nachdem er aus der HDZ ausgetreten war, gründete er 1994 zunächst die Partei der Unabhängigen Demokraten Kroatiens (HND), trat aber 1997 mit Teilen seiner Partei in die liberale Volkspartei (HNS) über, deren Vizepräsident er wurde. Mesić führte einen aggressiven Wahlkampf und griff die „Gauner“ in der Wirtschaft, die Herzegowiner, die endlich von ihrer eigenen Arbeit leben sollen etc., an. Nach dem Machtmissbrauch durch die HDZ dürfte auch sein Argument, man müsse so etwas wie einen Kontrolleur für die siegreiche Koalition aus SDP und HSLŠ schaffen, auf fruchtbaren Boden gestoßen sein, obwohl seine Partei, die HNS, auch Teil der neuen Regierung war.

Am Wahltag erfüllte der HDZ-Kandidat Granić die Hoffnungen seiner Partei nicht. Überraschend, aber doch erwartungsgemäß gewann der Kandidat der Volkspartei, Stipe Mesić, die erste Runde vor Budiša. In der zweiten und entscheidenden Runde setzte er sich mit 56 zu 44 Prozent der Stimmen gegen den sozial-liberalen Budiša durch.

Ein wenig verwunderlich erscheint noch, dass Mesić sowohl die Stimmen der erbitterten Tuđman-Gegner wie auch ehemaliger HDZ-Wähler an sich binden konnte. In HDZ-Hochburgen, aber auch in Gebieten mit zuvor schwachem HDZ-Anteil siegte Mesić deutlich, außer im Wahlkreis der Auslandskroaten. Budiša hat dagegen wohl zu stark auf die Wähler der HDZ gezielt. Sie zu gewinnen, war ihm nicht gelungen.

Parlamentswahlen 2003

Schon kurz nach den Wahlen vom 23. November 2003, bei denen die HDZ mit Dr. Ivo Sanader an der Spitze 66 Sitze im kroatischen Sabor errungen hatte, war eines klar: es würde nicht leicht sein, in dem mit 154 Abgeordnetensitzen ausgestatteten Parlament eine stabile Mehrheit zu erlangen. Schnell wurde der HDZ deutlich, dass ein Zusammengehen mit der umstrittensten und rechtslästigsten Partei Kroatiens, der HSP (Partei des Rechts), vor dem Hintergrund drohender negativer Reaktionen der internationalen Gemeinschaft keine wünschenswerte Option war.

Zlatko Tomčić, Chef der Bauernpartei HŠŠ (als Partnerpartei der EVP ebenfalls wie der HDZ der internationalen christlich-demokratischen Familie zugehörig), hatte nach den Wahlen eine schwierige Entscheidung zu treffen: In einer Situation, da seine Partei über die Koalitionsfrage bis zum Zerreißen gespannt war, entschied er sich schließlich für den Gang in eine «konstruktive», die Regierung in Fragen von nationaler Bedeutung unterstützende Opposition. Tomčić versuchte auf diese Weise ein Auseinanderbrechen der HŠŠ zu vermeiden und der Bauernpartei Raum zu verschaffen, um sich in der Opposition in ihrer Programmatik, Strategie und Schlagkraft neu auszurichten.

Weil die HŠŠ den Schritt in die Regierung nicht mitvollziehen wollte, wurde es für die HDZ extrem schwierig, eine stabile Koalition zu schmieden. Infolge dessen war sie auf das Wohlwollen von Kleinstparteien und auf einzelne, ethnische Minderheiten vertretende

Abgeordnete angewiesen. Die Einbindung der kleinen Partei der serbischen Minderheit SDSS in die Regierungsverantwortung war für Ivo Sanader schon vor dem Wahltag ein klar artikuliertes Ziel mit durchaus erstrebter Signalwirkung im Ausland gewesen. Mit seinen konkreten Angeboten konfrontiert, zierten sich die SDSS-Abgeordneten jedoch.

Die Koalitionen mit der christlich-demokratischen DC des ehemaligen Außenministers Mate Granić und mit der sozialliberalen HSLs unter der Führung von Dražen Budiša, (beide sind inzwischen als Vorsitzende zurückgetreten), wurden trotz des massiven Absturzes beider Parteien bei den Wahlen geschlossen. Der unabhängige Abgeordnete der italienischen Minderheit Fuori Radin und die Rentnerpartei, die drei Sitze errungen hat, unterzeichneten ebenfalls ein Abkommen mit der HDZ. Nach zweiwöchigen Gesprächen mit den verschiedenen Parteivorsitzenden beauftragte der kroatische Präsident Stjepan Mesić am 8. Dezember 2004 Ivo Sanader offiziell mit der Regierungsbildung.

<i>Parteien und / oder Fraktionen im Parlament</i>	<i>Abgeordnete auf Grund der Wahlen 2000</i>	<i>Abgeordnete mit Stand Mai 2003</i>	<i>Abgeordnete auf Grund der Wahlen 2003</i>	<i>Abgeordnete mit Stand Mai 2005</i>
HDZ	46	35	66	63
SDP	44	44	34	29
HSLs	24	14	2	2
HSS	16	16	9	10
HSP / HKDU	5	5	8	7
HNS / PGS / SBHS	5	5	11	14
IDS-DDI	4	4	4	4
LS	2	4	2	2
DC	n.k.	3	1	1
LIBRA	n.k.	10	3	0
HB	n.k.	5	0	0
HSU			3	3
SDSS			3	3
HDSS	n.k.		1	1
Unabhängige/ Minderheiten	5	6	5	13
<i>Total</i>	<i>151</i>	<i>151</i>	<i>152</i>	<i>152</i>

Im Sommer 2005 bestand das Kabinett Sanader aus 13 Ministerien:

- Ministerium des Äußeren und der Europäische Integration: Kolinda Grabar- Kitarović
- Ministerium des Inneren: Ivica Kirin
- Ministerium der Justiz: Vesna Škare- Ožbolt
- Ministerium der Finanzen: Ivan Šuker
- Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Unternehmen: Branko Vukelić
- Ministerium der Verteidigung: Berislav Rončević

- Ministerium für Familie, Kriegsversehrte und Solidarität: Jadranka Kosor (stellver. Regierungschefin)
- Ministerium für Gesundheit: Neven Ljubičić
- Ministerium für Meer, Tourismus, Transport und Infrastruktur: Božidar Kalmeta
- Ministerium für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Wasserplanung: Petar Čobanković
- Ministerium für Umweltschutz, Raumplanung und Bauwesen: Marina Matulović-Dropulić
- Ministerium für Kultur: Božo Biškupić
- Ministerium für Wissenschaft, Ausbildung und Sport: Dragan Primorac

Darüber hinaus ist der ressortlose Minister Damir Polančec stellvertretender Regierungschef mit Zuständigkeit für Wirtschaftskoordination.

Regierungskoalition Januar 2000	SDP/ HSLs/ HSS/ HNS/ PGS/ SBHS/ IDS-DDI/ LS	95 Sitze
Regierungskoalition Mai 2003	SDP/ HSS/ HNS/ PGS/ SBHS/ LS/ LIBRA	79 Sitze
Regierungskoalition Mai 2005	HDZ/ HSLs/ DC/ HSU/ SDSS/ Minderheiten	77 Sitze

Präsidentenwahlen 2005

Keine große Überraschung ergaben die kroatischen Präsidentenwahlen vom 16. Jänner 2005: Stjepan („Stipe“) Mešić, der bisherige Amtsinhaber, wurde mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt.

Der Stichwahl vorausgegangen war am 2. Januar 2005 ein erster Wahlgang, der eine doppelte Überraschung gebracht hatte: Zum einen wunderten sich die Beobachter, dass Stipe Mešić nicht schon im ersten Wahlgang sein Amt mit klarer absoluter Mehrheit verteidigen konnte und dieses Ziel mit 49% der Stimmen knapp verfehlte. Die zweite Überraschung war das gute Abschneiden des amerikanisch-kroatischen Unternehmers Boris Mikšić (knapp 18%), der im rechten national-konservativen Wählerbereich Potential abschöpfte. Jadranka Kosor (HDZ) übertraf Mikšić nur mit gut zwei Prozentpunkten Vorsprung (20,8%).

Zu keinem Zeitpunkt des nur drei Wochen währenden Kurz-Wahlkampfes und auch in den Wochen davor hatte Jadranka Kosor eine wirkliche Chance, das höchste Amt in der kroatischen Republik zu erringen. Dennoch gelangen ihr in den Umfragen kontinuierlich Stimmengewinne. Dass sie schließlich mit 34% der Wählerstimmen 5 % mehr errang als der in der Wählergunst abgesunkenen Regierungspartei im Januar 2005 von den Demoskopen zugetraut wurde, war ein persönlicher Achtungserfolg für Jadranka Kosor. Es ist jedoch eine Tatsache, dass ein Teil der HDZ-Anhänger und überwiegend auch die rechts-nationalen Wähler des Boris Mikšić ihre Stimmen in der Stichwahl letztlich nicht

Kosor sondern Mesić gegeben haben. Kosor gelang vor allem die Mobilisierung der kroatischen Diaspora und besonders erfolgreich war sie in Mitteldalmatien.

Jadranka Kosor war vor allem die Kandidatin des reformorientierten Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden der HDZ, Ivo Sanader, für den das Unternehmen Präsidentschaftswahl dennoch keine Schlappe darstellte. Im Gegenteil hat Sanader eine für ihn und seine Partei schwierige Situation recht gut meistern können: Nachdem die ersten acht Regierungsmonate nach den Parlamentswahlen von November 2003 den Beobachtern den Eindruck einer Kohabitation zwischen Premier und Präsident vermittelt hatten, geriet Sanader in dem Augenblick in die Defensive und die HDZ ins Dilemma, da die Opposition, allen voran die auch mit der EVP-verbundene Bauernpartei HSS sich nach den Sommerferien 2004 klar auf die Unterstützung von Stjepan Mesić festlegte, ja ihm diese förmlich aufnötigte. Ivo Sanader entschied sich in dieser schwierigen Situation für eine kompetente und den Kurs der innerparteilichen Reform und der EU-Orientierung bedingungslos unterstützende Kandidatin. Auch durch die Wahl einer Frau unterstrich er damit innerhalb der HDZ seinen Willen zur Fortsetzung reformorientierter Politik. Anderen möglichen Kandidaten ersparte er es, in einem aussichtslos erscheinenden Wahlkampf verschlissen zu werden. Letztlich ging mit Jadranka Kosor die nach Sanader bestmögliche Kandidatin der HDZ ins Rennen. Die Präsidentschaftswahlen lassen aber auch die Interpretation zu, dass die Zeit für eine Frau im höchsten Staatsamt noch nicht reif genug war.

<i>Kandidaten</i>	<i>Wahl 2. Januar 2005</i>	<i>Stichwahl 16. Januar 2005</i>
Stjepan Mesić	48,92	65,93
Jadranka Kosor (HDZ)	20,31	34,07
Boris Mikšić	17,79	-
Đurđa Adlešić (HSLŠ)	2,68	-
Slaven Letica (HSP)	2,59	-
Ljubo Česić Rojs	1,85	-
Ivić Pašalić	1,82	-
Anto Kovačević (HKDU)	0,86	-
Miroslav Blažević	0,80	-
Miroslav Rajh	0,66	-
Doris Košta	0,37	-
Mladen Kešer	0,32	-
Tomislav Petrak	0,12	-

Kommunalwahlen 2005

Die große Abstinenz der Wähler, das mäßige Abschneiden der HDZ, die Erhöhung des Protestwähleranteils, der Erfolg der rechtslastigen HSP und der unabhängigen Listen sowie der Umstand, dass sich alle Parteien nach Schließung der Wahllokale zu Siegerinnen der Wahlen erklärten, waren die Hauptmerkmale der Kommunalwahlen in Kroatien vom 15. Mai 2005. Darüber hinaus war bemerkenswert, dass von den im

Parlament vertretenen und auch von den sonstigen Parteien alle nur denkbaren Koalitionskonstellationen auf lokaler Ebene ausgenutzt wurden.

Die Wahlergebnisse werden aufgrund der sehr niedrigen Wahlbeteiligung relativiert. Die Wahlbeteiligung sank um ca. 7% im Vergleich zu vergangenen Kommunalwahlen. An den Kommunalwahlen vom 15. Mai 2005 haben 40,82% der stimmberechtigter Bürger Kroatiens teilgenommen. Trotz des spürbaren Stimmenverlustes, blieb die HDZ stärkste Partei im Land. Ihr schadeten eine Reihe von Affären innerhalb der Regierung, gelegentliche innerparteiliche Konflikte und das Unverständnis vieler Parteimitglieder gegenüber der Politik der Parteispitze. Das Aussetzen des Verhandlungsbeginns mit der EU hat die Regierung Sanader gegenüber den eigenen Parteimitgliedern und weiten Teilen der Wählerschaft in eine schwierige Lage gebracht.

Die HDZ musste in den vier größten Städten (Zagreb, Rijeka, Split und Osijek) Verluste hinnehmen. Für die HDZ war vor allem die Niederlage in Osijek sehr schmerzhaft, da dort der Populist Branimir Glavaš einen großen Teil der HDZ-Wähler für sich gewinnen konnte. Glavaš war erst zwei Wochen vor den Kommunalwahlen aus der HDZ ausgeschlossen worden, nachdem er mit seiner Forderung Slawonien zu einer Sonderregion auszurufen, in den Gegensatz zur Parteiführung geraten war. Die Stadt verzeichnete damit einen klaren Rechtsrutsch, da Osijek bisher von einer von der LS angeführten Koalition regiert worden war.

Auch in Zagreb verlor die HDZ deutliche Stimmanteile. Die SDP ist nun mit 25 Abgeordneten stärkste Kraft im Stadtrat, verfehlte allerdings die absolute Mehrheit. In Rijeka konnte die SDP ihre führende Position bestätigen und verfügt mit ihren Koalitionspartnern über eine bequeme Mehrheit. Ein nahezu gleiches Ergebnis erzielten SDP und HDZ in der Adriastadt Split, in der mit Hilfe einer unabhängigen Liste die Regierung gebildet werden musste. Die HDZ kann jedoch den Bürgermeister stellen.

Sowohl die SDP als auch die IDS verloren im Gegensatz zu den Kommunalwahlen 2001. Obwohl die HNS den Eindruck einer Verliererin dieser Wahlen hinterlassen hatte, gewann diese Partei viele Mandate hinzu. Zu den größten Siegern gehören die HSP und die HSU. Die kleine Partei DC hat ihr Ergebnis im Vergleich zu vergangenen Kommunalwahlen leicht verbessern können.

Die Ergebnisse der SDP und ihrer Koalitionspartner bedeuteten keine ernsthafte Bedrohung für die HDZ. Die Kommunalwahlen sind rückblickend eher als taktisches Kräftemessen für die bevorstehenden Parlamentswahlen 2007 zu sehen. Es besteht der Eindruck, dass die Opposition, die vielfach mit unklaren Programmen angetreten war, von der Schwäche der HDZ profitierte. Durch geschicktes Taktieren bei den Koalitionsverhandlungen gelang es der HDZ jedoch sich an vielen lokalen Regierungen zu beteiligen und so ihre Stimmverluste zu großen Teilen zu kompensieren.

Charakteristisch für die Kommunalwahlen war auch die Personalisierung der Wahlkampagnen. Köpfe und Namen siegten in vielen Städten über die politische Programmatik. An die Stelle der großen „nationalen Themen“ traten zehn Jahre nach Kriegsende vermehrt Themen, die den konkreten Alltag der Bürger betrafen. Eine gewisse Entideologisierung der politischen Parteien in Kroatien ist fünf Jahre nach der demokratischen Wende deutlich erkennbar. Dies spiegelt sich auch in Koalitionsbildungen nach den Kommunalwahlen wieder. So bildete in der Stadt Knin die HDZ eine Koalition mit dem Kroatischen Block (HB), dessen Präsident, Ivić Pašalić, aus der HDZ wegen seiner nationalistischen Politik ausgeschlossen wurde. Bei Koalitionsbildungen auf lokaler Ebene spielen persönliche politische Beziehungen immer noch eine weit wichtigere Rolle als programmatische bzw. überregionale Bindungen.

PARTEIEN

In Kroatien gab es Ende 2004 101 registrierte Parteien. Die stärksten und im Parlament vertretenen Parteien sind nachfolgend aufgeführt:

Regierungsparteien



Hrvatska demokratska zajednica (HDZ)

Kroatische Demokratische Union

Vorsitz: Ivo Sanader, Ministerpräsident

Abgeordnete im Parlament: 63

Internet: www.hdz.hr

Die HDZ wurde am 17. Juni 1989 gegründet, nachdem sie zuvor, da im Ex-Jugoslawien nur die Kommunistische Partei zugelassen war, im Untergrund arbeiten musste. Die Begründer waren vorwiegend ehemalige, während des Kroatischen Frühlings (1971) verfolgte Dissidenten, wie auch einige jüngere Personen, die politische Änderungen herbeisehnten. Dazu gehörten: der ehemalige General und Historiker Dr. Franjo Tuđman, der Dissident und Rechtsanwalt Vladimir Šeks, der Diplombjurist Josip Manolić, die Mitglieder der Akademie der Wissenschaften Dalibor Brozović und Petar Šegedin sowie die Literaten Neven Jurica und Milivoj Slaviček.

Die HDZ war von Organisation und Programmatik her so konzipiert, dass in ihr verschiedene politische Richtungen Platz hatten. Die Parteiziele waren der Ausbau einer demokratischen Gesellschaft und die Einführung des politischen Pluralismus, das Eintreten für Bürgerrechte, freie Marktwirtschaft und Privateigentum, die Entwicklung der politischen Kultur und vor allem das Selbstbestimmungsrecht des kroatischen Volkes, nämlich der Anspruch auf Unabhängigkeit und Souveränität Kroatiens. Nach dem Verzicht der KP auf das politische Monopol am 5. Februar 1990 wurde die HDZ als politische Partei registriert. Zuvor hatte die Regierungspartei die Abhaltung der ersten Mehr-Parteien-Wahlen angekündigt.

Durch den Sieg über den Bund der Kommunisten und die Koalition der anderen Oppositionsparteien wurde die HDZ zur Mehrheitspartei und zur wichtigsten politischen Partei in Kroatien. Auf der konstituierenden Sitzung des neugewählten kroatischen Parlaments am 30. Mai 1990 kündigte der Parteivorsitzende Dr. Franjo Tuđman die neuen Ziele der HDZ-Politik an: eine neue Verfassung der Republik Kroatien, die

icherung einer neuen, in Richtung Föderation gehenden verfassungsrechtlichen Position Kroatiens innerhalb Jugoslawiens, den Anschluss an Europa, die Re-Europäisierung Kroatiens, die Einrichtung eines Rechtsstaates, die Modernisierung der Staatsverwaltung, tiefgreifende Änderungen in den Besitzverhältnissen und in der Wirtschaft, die demographische Belebung der bevölkerungsarmen Regionen Kroatiens, die Heimkehr der kroatischen Emigranten und ihre Beteiligung am Aufbau der Republik Kroatien sowie die moralische Erneuerung des kroatischen Volkes.

Die HDZ gewann fünf Wahlen, der Parteivorsitzende Dr. Franjo Tuđman wurde zwei Mal zum Präsidenten gewählt. Während der HDZ-Regierungszeit wurde der gesamte Staats- und Verwaltungsapparat der Republik inklusive diplomatischer Dienst und Heer aufgebaut. Präsident Tuđman starb am 10. Dezember 1999, etwa drei Wochen vor den Parlamentswahlen (am 3. Januar 2000), die mit einer Niederlage der HDZ endeten. Die Gründe für diese Niederlage waren die Verstrickung einzelner HDZ-Politiker in Korruptionsaffären, der Tod des Präsidenten Tuđman, sowie die allgemeine Abnutzung des HDZ-Herrschaftsmodells.

Nach der Wahlniederlage begann das Ansehen der HDZ unter den Bürgern Kroatiens weiter rapide zu sinken. Das wirkte sich auch in der Wählergunst aus: nur mehr 10% der Wähler, in Zagreb gar nur 5% erklärten, die HDZ wählen zu wollen. Viele politische Berichtersteller hatten die Partei bereits für tot erklärt. Auf dem Parteitag im April 2000, der einen Wendepunkt darstellte, wurde ein neues, modernisiertes Parteiprogramm verabschiedet, das in seinen Hauptthesen auf ähnlichen Programmen der Volksparteien, der christlich-demokratischen und konservativen Parteien Europas fußt. Zum Präsidenten wurde Dr. Ivo Sanader gewählt, ehemaliger Kanzleivorstand des Präsidenten der Republik und ehemaliger stellvertretender Außenminister.

Die Profilierung der HDZ als eine moderne Partei verlief parallel zum Parteiaustritt einzelner bekannter HDZ-Politiker der 90er Jahre. So trat der ehemalige Außenminister Granić aus der HDZ aus und gründete das Demokratische Zentrum (DC). Im Oktober 2001 folgte ihm der Sohn des verstorbenen Präsidenten, Miroslav Tuđman. Nach dem Sieg des gemäßigten Parteivorsitzenden Sanader über seine Gegenkandidaten auf dem Parteitag im Frühjahr 2002 verließ auch der Tuđman-Vertraute, der Hardliner Ivić Pašalić, die HDZ und gründete mit anderen, die die Partei verlassen hatten, den Kroatischen Block.

Der von den politischen Gegner erhoffte Zerfall der HDZ ist nach dem Tod Tuđmans nicht eingetreten. Vielmehr ist Dank ihrem Vorsitzenden Dr. Ivo Sanader die innenpolitische Struktur gestärkt worden und am rechten Rand hat eine deutliche Bereinigung stattgefunden. Die HDZ ist heute, trotz andauernder Fortsetzung dieses Prozesses eine prowestliche Partei der bürgerlichen Mitte, die auch ihren festen Platz in der europäischen Parteienlandschaft gefunden hat.

Die HDZ ist assoziiertes Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP).



Hrvatska Stranka Umirovljenika (HSU)
Kroatische Rentnerpartei

Vorsitz: Vladimir Jordan

Abgeordnete im Parlament: 3

Internet: www.hsu.hr

Die HSU vertritt vor allem die Interessen der Rentner in der Republik Kroatien. Diese gehören zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen des Landes. Erstmals gelang der HSU bei den Parlamentswahlen vom 23. November 2003 der Einzug in das Parlament. Programmatisch will sich die Partei für den Mensch als Individuum und die Gruppen der Benachteiligten einsetzen. Die Partei ist nicht ideologisch profiliert und ist offen für alle Bürger die, ohne Rücksicht auf ihr Alter oder Beruf, eine gerechte Gesellschaft zum Ziel haben.



Samostalna Demokratska Srpska Stranka (SDSS)
Selbständige Demokratische Serbische Partei

Vorsitz: Dr. Vojislav Stanimirović

Abgeordnete im Parlament: 3

Internet: www.sdss.hr

Die SDSS ist eine nationale Minderheitenpartei und vertritt dabei die kroatischen Serben. Sie sieht selbst eine Kontinuität in der demokratischen Tradition der kroatischen Serben. Sie anerkennt die gewählte demokratische Vertretung und Zugehörigkeit zu Kroatien. Gleichzeitig verteidigt sie die spirituellen und materiellen Werte der Serben in Kroatien, tritt für kulturelle Autonomie, Demokratie, Bürgerrechte, soziale Gerechtigkeit, Anerkennung von Privateigentum und Marktwirtschaft ein.



Hrvatska socijalno liberalna stranka (HSLs)
Kroatische Sozialliberale Partei

Vorsitz: Ivan Čehok

Abgeordnete im Parlament: 2

Internet: www.hsls.hr

Die HSLŠ wurde 1989 unter dem Namen „Kroatische Soziale und Liberale Vereinigung“ gegründet. Ihr erster Vorsitzender war Slavko Goldstein. Dražen Budiša folgte ihm 1990. Vom Februar 1996 bis zum November 1997 stand Vlado Gotovac an der Spitze der Partei, bis Budiša erneut den Vorsitz übernahm. Seit ihrer Gründung musste die Partei mehrere Abspaltungen hinnehmen.

Bei den ersten demokratischen Wahlen in Kroatien kandidierte die HSLŠ noch zusammen mit der „Koalition der Nationalen Einigung“. In den Jahren 1992 und 1993 stärkte sie ihre Position als stärkste Oppositionspartei. Bei den Parlamentswahlen vom 3. Januar 2000 bildete sie gemeinsam mit der SDP und der „Vier-Parteien-Koalition“ die Regierung und erhielt auch fünf Ministerposten, darunter auch einen Vizepremierminister. Im Juli 2002 erklärte die HSLŠ die Koalition für beendet und verließ die Regierung. An der aktuellen Regierung ist die HSLŠ zwar per Koalitionsvertrag beteiligt, stellt jedoch keinen Minister.

Die HSLŠ versteht sich als Partei der politischen Mitte und sieht im Schutz der individuellen Rechte ihr höchstes Ziel. Die kroatische Republik soll demnach ein liberal-demokratisch regierter Staat sein. Im wirtschaftlichen Bereich befürwortet man eine Balance zwischen liberalen oder neo-liberalen Konzepten auf der einen Seite und den Rechten der Arbeiter auf der anderen.

Die Prinzipien der Partei orientieren sich an liberalen Werten wie Gleichberechtigung, Meinungsfreiheit, Gewaltenteilung, Demilitarisierung und Rüstungsabbau, Toleranz und politischen Dialog und institutionellen Schutz für Minderheiten.

Die HSLŠ ist Mitglied der Liberalen Internationale (LI).



Demokratiški Centar (DC)
Demokratisches Zentrum

Vorsitz: Vesna Škare-Ožbolt

Abgeordnete im Parlament: 1

Internet: www.demokratiški-centar.hr

Nach der Wahlniederlage der HDZ bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar 2000 verließ der ehemalige Außenminister Granić die Partei. Er gründete im April 2000 die DC als Zentrumspartei. Bei den Lokalwahlen 2001 konnte er aus seinem Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen 2000 (22,5 %) kein Kapital schlagen. Die Lokalwahlen 2005 brachten dem DC allerdings eine gewisse Stabilisierung, wenn auch auf niedrigem Niveau. Granić hat in der Zwischenzeit abermals die Partei gewechselt und

ist nunmehr für die Internationale Arbeit der HSP zuständig. Seit Oktober 2002 hat die DC Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei (EVP).

Oppositionsparteien



Socijaldemokratska partija Hrvatske (SDP)
Sozialdemokratische Partei Kroatiens

Vorsitz: Ivica Račan

Abgeordnete im Parlament: 29

Internet: www.sdp.hr

Die SDP hieß bis 1990 noch Savez komunista Hrvatske (SKH, Bund der Kommunisten Kroatiens). Der außerordentliche Parteitag vom 11. Dezember 1989 stimmte der Zulassung anderer Parteien zu und wählte Ivica Račan zum Parteichef. Die Partei ergänzte ihren Namen um Stranka demokratskih promjena (Partei der demokratischen Veränderungen, abgekürzt SDP).

Nachdem die slowenische Delegation unter der Führung von Milan Kučan am 22. Februar 1990 aus Protest den außerordentlichen Parteikongress verlassen hatte und Slobodan Milošević die Arbeit dennoch fortsetzen wollte, verweigerte die kroatische Führung unter Ivica Račan die weitere Teilnahme. Die Vertagung des Kongresses am selben Abend kam dem Zerfall der Partei „Bund der Kommunisten“ Jugoslawiens auf Föderationsebene gleich. Seit April 1994 steht die Abkürzung SDP für Socijaldemokratska partija Hrvatske (Kroatische Sozialdemokratische Partei).

Die SDP ist Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI). Sie sieht sich in der Tradition sozialdemokratischer Parteien und ist die größte sozialistische Partei Kroatiens.



Hrvatska narodna stranka – liberalni demokrati (HNS)
Kroatische Volkspartei – liberale Demokraten

Vorsitz: Vesna Pusić

Abgeordnete im Parlament: 12

Internet: www.hns.hr

Die HNS folgt seit den ersten parlamentarischen Wahlen 1990 den politischen Ziele der „Koalition der Nationalen Einigung“. Am Gründungsparteitag wurde Savka Dabčević-Kučar zur ersten Vorsitzenden gewählt. Ihr folgte am 3. Parteitag am 20. November 1994 Radimir Čačić. Ein Teil der Unabhängigen Demokraten Kroatiens (HND) unter Führung des nunmehrigen Staatspräsidenten Mesić trat 1997 der HNS bei.

Seit dem letzten Parteitag, am 7. Februar 2005, wurde nach dem Zusammenschluss mit der liberal LIBRA der Parteinamen um den Bestandteil „Liberal Demokraten“ ergänzt.

Die HNS versteht sich als moderne bürgerliche Partei der Mitte, basierend auf christlicher Ethik und moralischen Prinzipien. Sie befürwortet gleiche Rechte für Bürger, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung, Schutz der ethnischen und kulturellen Minderheiten. Die HNS tritt, um den Frieden zu sichern, für eine Annäherung an Europa ein. Sie unterstützt sowohl die Marktwirtschaft auf Grundlage gleicher Chancen als auch regionale Entwicklung. Man tritt für den Schutz der persönlichen Würde, verantwortliche Elternschaft, freiwillige religiöse Erziehung, Freiheit für kulturelle und künstlerische Entfaltung, demokratische Lösung von sozialen Problemen und Einheit des kroatischen Staates innerhalb seiner international anerkannten Grenzen ein.

Die HNS ist Mitglied der Europäischen Liberalen, Demokratischen und Reform-Parteien (ELDR).



Hrvatska seljačka stranka (HSS)
Kroatische Bauernpartei

Vorsitz: Zlatko Tomčić

Abgeordnete im Parlament: 10

Internet: www.hss.hr

1904 wurde die „Kroatische volkstümliche Bauernpartei“ von den Brüdern Stjepan und Antun Radić gegründet. Hauptziel der Partei war der Appell an die nationalen Gefühle der Landbevölkerung und deren wirtschaftliche Interessen gegenüber der städtisch dominierten politischen Elite zu vertreten. 1919 erfolgte die Umbenennung in „Kroatische Republikanische Bauernpartei“ (HRSS). Die HRSS wurde zur wichtigsten kroatischen Partei der Zwischenkriegszeit, konnte aber ihre Pläne einer Föderalisierung Jugoslawiens nicht durchsetzen. 1925 erfolgte die Umbenennung in „Kroatische Bauernpartei“ (HSS).

Die Partei konnte ab 1941 nur im Exil tätig sein, behielt aber noch Kontakte in die Heimat. Am 15. Dezember 1989 erfolgte die Neugründung, doch das Zentralkomitee der Partei im

Exil kam erst 1991 wieder nach Kroatien. Auf der Generalversammlung der Partei wurde 1991 Drago Stipac zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Im Dezember 1994 wurde Zlatko Tomčić von der Hauptversammlung zum Vorsitzenden gewählt.

Die HSS versteht sich auch heute als klassenübergreifende, gemäßigt konservative Partei, vertritt aber vor allem die Interessen der Bauern. Ideologische Grundlage der Partei sind noch immer die Prinzipien, die von den Brüdern Radić formuliert wurden. Neben den Prinzipien des Humanismus und der Friedenserhaltung tritt die Partei explizit auch für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz ein.

Die HSS befindet sich derzeit in einer Krise, die durch ihr schlechtes Abschneiden bei den Kommunalwahlen vom Mai 2005 noch verschärft wurde. Die Krise in der HSS entstand seit dem Entscheid der Parteispitze vom November 2003, keine Koalitionen mit der HDZ eingehen zu wollen. Dieser Entscheid stieß bei einem großen Teil der Parteimitglieder auf Unverständnis, da sie sich ideologisch eher der HDZ als der SDP verbunden fühlen.

Die HSS hat Beobachterstatus in der Europäischen Volkspartei (EVP).



Hrvatska stranka prava (HSP)

Kroatische Partei des Rechts

Vorsitz: Anto Đapić

Abgeordnete im Parlament: 7

Internet: www.hsp.hr

Die HSP ist die älteste kroatische Partei (Gründungsjahr 1861). Persönliche Rivalitäten führten zu Spaltung der Partei in die „Unabhängige Nationalpartei“ und „Kroatische Rechtspartei“. Nach weiteren innerparteilichen Konflikten und Spaltungen blieb nur noch die „Reine Partei des Rechts“. Sie war am 6. Januar 1929 verboten worden und wurde am 25. Februar 1990 wiederbelebt.

Die HSP unterstützt nationale Positionen und die Souveränität der Nation. Die territorialen Ansprüche auf die historischen Länder und die ethnischen Gebiete hat sie aber aufgegeben. Ideologisch bezeichnet sich die HSP neuerdings als moderne, rechtskonservative Partei nach dem Vorbild der deutschen CSU. Die HSP-Führung bemüht sich um einen Reformprozess, durch den sie die Partei von einer rechtsradikalen in eine europakompatible rechtskonservative Partei umwandeln will.



Istarski demokratski sabor (IDS-DDI)
Istrischer Demokratischer Sabor

Vorsitz: Ivan Jakovčić

Abgeordnete im Parlament: 4

Internet: www.ids-ddi.com

Die IDS wurde bereits 1990 gegründet, hat sich aber in den Anfangsjahren nicht an Wahlen beteiligt. Bei den Wahlen zum Sabor vom August 1992 gewann sie in drei Wahlbezirken, bildete mit der Dalmatinischen Aktion und der Demokratischen Vereinigung von Rijeka eine Koalition und erreichte landesweit 3,11 %. Innerhalb des Komitats Istrien erlangte die IDS 35 von 40 Sitzen im Landtag und war in allen 42 Städten und Kommunen an der Macht. Bei den Wahlen 1995 gewann sie zwei Sitze im Parlament und hat heute vier Mandatare im Sabor.

Die IDS ist eine Regionalpartei, die vor allem in Istrien kandidiert. Ihre Vertretung beschränkt sich aber nicht nur auf Kroatien, auch in Slowenien und Italien ist die IDS vertreten. Dabei setzt man vor allem die Hoffnung auf die Bildung einer Euro-Region Istrien. Die Partei folgt den Prinzipien der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Sie tritt vor allem für die föderale Ordnung Kroatiens und Berücksichtigung der multi-ethnischen Struktur Istriens ein, für eine parlamentarische Republik auf Grundlage einer Zivilgesellschaft und sozialer Marktwirtschaft.



Liberalna stranka (LS)
Liberale Partei

Vorsitz: Zlatko Kramarić

Abgeordnete im Parlament: 2

Internet: www.liberali.hr

Die LS entstand 1998 nach dem 7. Parteitag der Kroatischen Sozialliberalen Partei (HSLs), als HSLs-Vorsitzender Vlado Gotovac seinen Rücktritt als Parteivorsitzender erklärt hatte.

Ihr Parteiprogramm beruht auf liberalen Grundsätzen. Sie tritt für individuelle Freiheiten ein, der Staat soll nur die Grundrechte schützen und durch konstitutionelle Instrumente die Grundfreiheiten und die freie Entfaltung garantieren. Ferner gehören freie Marktwirtschaft, eine freie Zivilgesellschaft, Solidarität und soziale Balance zu den Zielen

der LS. Die Partei engagiert sich für ein dezentrales und parlamentarisches Kroatien auf Grundlage der historischen Länder.

Die LS ist Mitglied der LI (Liberalen Internationalen).

Primorsko goranski savez (PGS)

Allianz der kroatischen Küsten- und Hochlandregion

Vorsitz: Nikola Ivaniš

Abgeordnete im Parlament: 1

Internet: www.pgs.hr

Die Partei wurde am 11. März 1990 unter dem Namen Demokratische Allianz von Rijeka (Riječki demokratski savez – Alleanza Democratica Fiumana) gegründet. Auf dem Parteitag vom 28. September 1996 wurde der Name geändert. Hauptgrund war die Ausweitung der regionalen Tätigkeit und die Bildung autonomer Vereine. Die PGS ist zwar landesweit aktiv, hat aber ihren Schwerpunkt in der Region von Rijeka.

Am 17. Oktober 1998 begründete man mit der Dalmatinischen Aktion, der Kroatischen Dalmatinischen Heimat, dem Istrischen Demokratischen Forum, der Kroatischen Partei Slawoniens und der Baranja und der Demokratischen Partei von Zagorje den Kroatischen Regionalen Block.

WIRTSCHAFT

Innerhalb des „alten Jugoslawien“ galt Kroatien als eine der reicheren Republiken mit einer differenzierten wirtschaftlichen Struktur. Der Schwerpunkt der kroatischen Wirtschaft lag in der verarbeitenden Industrie. Erdöl- und Erdgasproduktion samt der angeschlossenen Industrien machten bis zu 75% der gesamtjugoslawischen Produktion aus (Erdölvorkommen vor allem nördlich der Save, im Südosten von Zagreb; Erdgasvorkommen zwischen Save und Drau; Raffinerien im Hinterland von Rijeka und bei Sisak).

Einen Boom erlebten vor 1990 vor allem die petrochemische, chemische und pharmazeutische Industrie. So konnte seit den siebziger Jahren die Produktivität deutlich gesteigert und die Zahl der Beschäftigten beinahe verdoppelt werden. In den angeführten Bereichen erreichte Kroatien bis zu 30% der gesamtjugoslawischen Industrieproduktion mit Schwerpunkten in Zagreb und in Norddalmatien. Eine ähnliche Entwicklung nahm auch die Elektroindustrie mit Zentrum im Raum Zagreb, die durch technologische Zusammenarbeit mit dem Ausland und mit Lizenzproduktionen westlichen Standard erreichte. Im Bereich des Schiffbaus erreichten die kroatischen Werften in Rijeka, Pula und Split bis zu 80% der gesamtjugoslawischen Produktion. Zentren der Eisen- und Stahlerzeugung und der angeschlossenen Maschinenindustrie lagen bei Sisak und Karlovac.

Der Bergbau entwickelte sich hingegen zurück, weil die Reserven, Steinkohlevorkommen in Ostisrien und Braunkohlevorkommen in Mitteldalmatien, weitgehend erschöpft waren. Rückläufig war auch die Bauxitförderung an der Küste bei Split und im Hinterland von Senj nördlich von Knin.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche Kroatiens nahm bis zu 55% des Landes ein. Der intensivste Anbau wurde in Pannonien um Osijek betrieben, außerdem in der Ebene zwischen Drau und Save. Angebaut wurden vor allem Mais, Weizen, Zuckerrüben, Kartoffeln, andere Getreidesorten und Soja. In Istrien und entlang der Küste (ausgenommen dem Kapela- und Velebit-Gebirge) sowie auf den meisten Inseln wurden Wein, Oliven, Tabak und Obst angebaut. Die Wald- und Holzwirtschaft in Kroatien war gut entwickelt und lag über dem jugoslawischen Durchschnitt.

Eine weitere Hauptstütze der kroatischen Wirtschaft war vor dem Zerfall Jugoslawiens der Tourismus, vor allem in Istrien und Dalmatien. Hauptattraktionen waren die Adria und die dortigen Küstenstädte, sowie landschaftliche Sehenswürdigkeiten wie die Plitwitzer Seen oder die Krka-Wasserfälle.

Die Jahre nach dem Krieg 1991 waren für die Republik Kroatien mit erheblichen Belastungen verbunden. Eine große Armee war zu erhalten und in Ausbildung und Ausrüstung zu modernisieren. Im Lande gab es Hunderttausende von Flüchtlingen. Die

verkehrstechnische Isolierung von Dalmatien und Slawonien brachte zudem wirtschaftliche Nachteile, allein schon wegen der hohen Transportkosten. Der weitgehende Zusammenbruch des Tourismus erhöhte die Arbeitslosigkeit und Deviseneinnahmen blieben aus.

Die Unternehmen in „gesellschaftlichem Eigentum“, also der dominanten Eigentumsform im jugoslawischen Modell des Sozialismus, waren einstweilen alle ins Staatseigentum überführt worden. Die Privatisierung begann durch Ausgabe und Verkauf von Anteilen. Während der gesamten Kriegszeit von 1991 war der jugoslawische Dinar in Kroatien noch weiterhin im Umlauf geblieben. An seine Stelle trat in den letzten Wochen des Jahres 1991 der Kroatische Dinar zum Kurs 1:1.

1993 wurde ein makroökonomisches Stabilitätsprogramm mit restriktiver Budget- und Finanzpolitik gestartet. Dieses Programm führte zu einer Reduzierung des Budgetdefizits, Verringerung der Schulden, Senkung der Inflationsrate und Stabilisierung des Wechselkurses. Nachdem die Inflation im Herbst 1993 weitgehend zum Stillstand gekommen war, wurde der Kroatische Dinar am 30. Mai 1994 im Verhältnis 1000:1 von der Kuna abgelöst. Der Kurs der Kuna ist weitgehend stabil geblieben, nach den Jahren der Geldentwertung ist die Stabilität der Währung psychologisch von großer Bedeutung. In Kroatien ist die Inflationsrate nach Angaben der Nationalbank HNB im Jahr 2002 auf 1,7% gefallen, im Jahr 2003 lag sie bei 1,8% und im Jahr 2004 bei 2,1%. 2001 hatte sie noch 3,8% betragen, im Jahr 2000 lag sie bei 4,6%. Damit unterbot sie sogar den EU-Durchschnitt.

Österreich als Direktinvestor in Osteuropa			
	Rang in der Liste der Investoren	Gesamtstand in Mrd. EUR	Österreichs Anteil in %
Kroatien	1. Platz	9,54	27
Slowenien	1. Platz	5,07	23,3
Bulgarien	1. Platz	7,92	17,5
Slowakische Republik	2. Platz	10,24	12,2
Tschechische Republik	3. Platz	9,80	14,2
Ungarn	3. Platz	35,85	11,8
Polen	5. Platz	43,83	4
Ukraine	9. Platz	6,14	3,8
Estland	10. Platz	6,99	4,1
Litauen	10. Platz	4,69	3,1
Lettland	12. Platz	3,30	1,1

Quelle: WIIW/WIFO-Datenbank Juli 2005; jeweils letzt verfügbarer Wert.

Kroatiens Bruttoinlandsprodukt erreicht 38% des EU-Durchschnittes und liegt damit deutlich hinter Slowenien (74%), Tschechien (60%), Ungarn (57%) und der Slowakei (47%). Doch liegt es über den BIP von Bulgarien (25%) und Rumänien (25%). Durch den Krieg sei ein direkter Schaden von rund 27,5 Milliarden € entstanden. Gemessen an der Inflation ist Kroatien zum „Japan Osteuropas geworden“.

Immerhin ist es gelungen, eine Hyperinflation binnen zwei Jahren auf erwartete 7,8% Jahresinflation einzudämmen. In 2003 betrug die Teuerungsrate 1,5%. Österreich ist der fünftwichtigste Handelspartner, bei den Direktinvestitionen liegt Österreich nunmehr auf dem ersten Platz:

Die Daten für die ersten 12 Monate 2004 (Österreichische Statistik) zeigen nach einer leichten Abflachung der Exportdynamik 2003 eine starke Zunahme des Außenhandels. Die österreichischen Exporte nach Kroatien sind in diesem Zeitraum um 18,09% (EUR 1.219,31 Mio.) und die Importe aus Kroatien um 45,18% (EUR 583,79 Mio.) gestiegen. Der daraus resultierende Handelsbilanzüberschuss von ca. EUR 636,- Mio. zählt zu den höchsten, die Österreich im Außenhandel weltweit erzielt (Platz 6).

Werte in Mio. EUR				Veränderung in %		Anteil am Gesamtaußenhandel Österreichs in %			
01-12/2004		01-12/2003		1-12 2004/2003		01-12/2004		01-12/2003	
Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1.219,31	583,79	1.032,49	402,12	18,09%	45,18%	1,36%	0,64%	1,31%	0,50%

Dementsprechend umfassend ist die österreichische Präsenz, wobei folgende Branchen, die auch entsprechende Geschäftschancen signalisieren, hervorzuheben sind:

- **Finanzdienstleistungen**
(Erste & Steiermärkische Bank, Bank Austria/HVB, Raiffeisen - RZB, Hypo Alpe-Adria-Bank, Österreichische Volksbanken, 3-Banken-Gruppe; Generali, GRAWE, Merkur, Uniqa, Sversicherung, Wiener Städtische, Wüstenrot)
- **Bau und Bauzulieferungen**
(z.B. STRABAG, Alpine, Porr, Swietelsky, BRAMAC, Filli Stahl, Knauf, Pipelife, Semmelrock, Tondach, VA Stahl, Wienerberger)
- **Umweltdienstleistungen**
(z.B. A.S.A., Angerlehner, Institut für Abwasserwirtschaft, Porr, Saubermacher)
- **Tourismus / Immobilien**
(z.B. Arcotel, EPIC, Immorent, Gruber, Holleis, Real4You, WSF, Azalea Hotelmanagement GmbH)
- **Medien**
(Styria, VCP)
- **Telekommunikation**
(Mobilkom)
- **Groß- und Einzelhandel**
(z.B. Alca, AWT, Billa, Palmers, Porsche Österreich, Rist, OMV, Spar, Wolford)
- **Textil & Verpackungen**
(Linz Textil, Dunapack/Hamburger)

Im Bereich der Wirtschaftstransformation gelingt es Kroatien mehr und mehr, die erforderliche wirtschaftliche Dynamik zu entwickeln, denn lange Zeit ist dem Mittelstand als Beschäftigungsmotor zu wenig Beachtung geschenkt worden.

Die zunehmende Konzentration auf den KMU-Sektor in der öffentlichen Diskussion und auch in den Ministerien, schlägt sich langsam auch zahlenmäßig in einer niedrigeren Arbeitslosenquote bzw. einem stärkeren Wirtschaftswachstum nieder. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahre 2004 haben sich zwar nicht wie erwartet verbessert, es sind aber einige positive Tendenzen zu erkennen:

Es wurde eine geringe Abnahme der Arbeitslosenquote verzeichnet, sie lag für Dezember 2004 bei 18,4% (2003 lag sie im Durchschnitt bei 19,2%). Das erste Mal seit fünf Jahren ist die Arbeitslosenzahl unter 300.000 gesunken. Das Durchschnittsgehalt für Dezember 2004 betrug 4128 Kuna (544 Euro) netto und ist im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls geringfügig angestiegen.

Die kroatische Regierung entwickelte den One Stop Shop, ein neues Konzept, das die strategische, taktische und operative Planung beinhaltet, mit dem Ziel, den Bürgern und ausländischen Investoren zu ermöglichen, alle Angelegenheiten der Behörden an einem Ort zu erledigen, sei es telefonisch, per E-Mail oder persönlich. Damit soll die staatliche Bürokratie abgebaut werden und durch mehr Bürgerfreundlichkeit die Qualität und Wirksamkeit insgesamt erhöht werden.

Rund 24% der Wirtschaftsleistung Kroatiens wird im Tourismus erwirtschaftet. 2004 wurden rund 9,4 Mio. Ankünfte (+ 6,8% gegenüber 2003) und 48 Mio. Übernachtungen (+2,6%) verzeichnet. Der Anteil ausländischer Touristen an den Ankünften betrug 84%, an den Übernachtungen 89%. Die wichtigsten Herkunftsländer der ausländischen Gäste auf Basis der Übernachtungen waren: Deutschland (25,7%), Italien (12,6%), Slowenien (11,9%), Tschechien (9,9%) und Österreich (8,5%). Die Deviseneinnahmen sind nach Angaben der Kroatischen Nationalbank (HNB) auf ca. EUR 5,01 Mrd. minimal gesunken (2003: EUR 5,09 Mrd. Quelle: HNB). Dennoch wurde damit auch 2004 das Handelsbilanzdefizit zum Großteil gedeckt.

Die Saison 2005 ist nach bisherigen Angaben sehr gut verlaufen. Die Gäste- und Übernachtungszahlen sind in den ersten acht Monaten um 7% bzw. 8% gestiegen. Besonders erfreulich wird bewertet, dass die Vor- und Nachsaison ausgeweitet werden konnte. Kroatien sollte damit seine relative Wettbewerbsposition am europäischen Tourismusmarkt verbessern können. Die zunehmende touristische Wertschöpfung wird v.a. getragen durch:

- eine Verschiebung in der Gästestruktur – vermehrt aus Westeuropa und Skandinavien;
- ein überproportionales Wachstum des Nautiktourismus;

- überproportional zunehmende Hotelübernachtungen.

Nicht zuletzt unterstreichen die jährlichen Investitionen in touristische Einrichtungen, die zuletzt um die EUR 500 Mio. p.a. ausmachten, diese Entwicklung. Man plant die Entwicklung des Tourismus in den nächsten Jahren durch gestützte Kredite für KMU weiter gezielt in Richtung Qualitätstourismus zu fördern. Der Investitionsbedarf kroatischer Fremdenverkehrseinrichtungen ist groß. Analysten schätzen ihn auf mindestens fünf Milliarden Euro. Aufgrund mangelnden Kapitals und ineffizienten Managements läuft der Privatisierungsprozess an der Adria nur sehr schleppend. Auch ein Förderungsprogramm für Altbausanierungen im Touristik-Bereich kam bislang noch nicht richtig in Gang. Die Fremdenverkehrskapazitäten in Kroatien sind nur unzureichend ausgebaut; das Touristik-Potenzial des Landes wird daher nicht annähernd ausgeschöpft.

Das Wirtschaftswachstum ist im Jahr 2004 um 3,7% angestiegen. Im ersten Quartal 2005 betrug das Wirtschaftswachstum konjunkturbedingt 1,8% und erreichte im zweiten und im dritten Quartal wieder Werte um die 4%. Kroatien erzielte auch bei den ausländischen Direktinvestitionen und im Privatisierungsprozess relativ gute Fortschritte, so wurde z.B. die kroatische Telekom privatisiert, und stellt damit sicher eines der sich am schnellsten und positivsten entwickelnden Länder der Region dar. Positiv ist auch die niedrige Inflation sowie die Stabilität des Finanzsektors. Das Haushaltsdefizit konnte von 6,3% auf 4,5% reduziert werden, ebenso konnte das Wachstum der Auslandsverschuldung aufgehalten werden.

	2001	2002	2003	2004	2005 (Prognosen)	2006 (Prognosen)
BIP in Mrd. EUR ¹	22.177	24.220	25.526	27.629	29.119	30.940
BIP/Kopf in EUR ¹	4.998	5.451	5.747	6.202	6.529	6.937
Wirtschaftswachstum	4,4%	5,2%	4,3%	3,8%	3,5 ⁻ - 4 ¹	3,6 ² - 4,1 ¹
Inflationsrate	2,6%	2,2%	1,8%	2,7%	2,3 ³ - 2,8 ²	2,2 ¹ - 2,6 ²
Arbeitslosenrate	15,8%	14,5%	14,0%	13,8%	13,5 ³	13 ³
Industrieproduktion Veränderung in %	6,0%	5,4%	5,8%	3,7%	3,1 ² - 3,5 ¹	3,5 ¹ - 3,7 ²
Staatsverschuldung in % d. BIP	55,1%	51,2%	51,1%	50,4%		
Budgetdefizit in % d. BIP	-6,8%	-5,2%	-6,3%	-4,9%	-3,8 ³ - -5 ²	-3,4 ³ - -4,5 ²
Leistungsbilanz in Mio. USD	-	-1.916	-2.072	-1.666		
Handelsbilanz in Mio. USD	-4.481	-5.819	-8.035	-8.561		

Quellen: offizielle Daten des Kroatischen Finanzministeriums sowie

¹ Raiffeisen Bank d.d., 05/05

² Prognose HVB Splitska Banka, 05/05

³ Prognose Zagrebacka Banka, 05/05

Die Privatisierung, auch in den anderen Wirtschaftsbereichen, läuft trotz einiger Erfolge schleppend, da vielfach gegen Gesetzesvorschriften verstoßen wird. Damit wird bei der Privatisierung die bestehende Diskrepanz zwischen Rechtstheorie und Rechtspraxis in Kroatien deutlich. Die meisten Vergehen betrafen geschäftsschädigendes Verhalten und Verträge, Amtsmissbrauch, nachlässiges Arbeiten sowie Verletzungen der Meldepflicht bei den Eigentümerverhältnissen. Der Unternehmenswert ging in den meisten Fällen zurück, ebenso die Zahl der Mitarbeiter, zudem sind bei den meisten Unternehmen die geplanten Investitionen nicht realisiert worden.

KOOPERATION MIT DER EU

EU-Programme

Einen ersten Berührungspunkt mit der Europäischen Union hatte Kroatien im Rahmen des Stabilitätspaktes für Südosteuropa. 1993 wurde dieses Vorhaben als erste gemeinsame Aktion der EU im Rahmen der damals gerade in Kraft getretenen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gestartet. Es handelte sich dabei um eine präventive Maßnahme, die auf die Stabilisierung der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas abzielte. Zwei Jahre später wurde der sogenannte "Stabilitätspakt für Europa" angenommen und in die Obhut der OSZE überführt.

1995 wurde beschlossen, das PHARE-Programm (Poland and Hungary Action for the Restructuring of the Economy) der EU auch auf Kroatien auszuweiten, doch wegen der Militäroperationen am 5. August 1995 wurde die Aktion wieder gestoppt.

Kurz vor der feierlichen Unterzeichnung des Daytoner Friedensabkommens in Paris sollte der Ansatz eines Stabilitätspaktes auf den gesamten Balkan ausgeweitet werden. Am 13. Dezember 1995 trafen sich in Royaumont bei Paris die Außenminister der 15 EU-Staaten, Vertreter der fünf jugoslawischen Nachfolgestaaten, der Nachbarstaaten, der USA, Russlands, des Europarates und der OSZE und verabschiedeten die "Erklärung über den Prozess für Stabilität und gute Nachbarschaft".

Diese Erklärung leitete den sogenannten Royaumont-Prozess ein. Dabei handelt es sich um ein langfristig angelegtes Vorhaben, bei dem über die schrittweise Herstellung von Dialog und Vertrauen, über die Prävention von Spannungen und Krisen sowie über Versöhnung, regionale Zusammenarbeit, wirtschaftlichen Wiederaufbau und gute Nachbarschaft nachgedacht werden sollte. Bis zum Ausbruch des Kosovokrieges 1999 haben - von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet und leider ohne großen Erfolg - sieben Folgetreffen stattgefunden.

Im Zuge der Durchsetzung des Friedensabkommens von Dayton wurde ein eigenes Hilfsprogramm für die vom Krieg zerstörten Gebiete geschaffen. Das Hilfsprogramm EUROP (Europska Unija Program Obnove za Povratak) diente der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung, Unterstützung beim Aufbau einer Zivilgesellschaft, Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Rückführung von Flüchtlingen. Die EU entsandte zur juristischen Unterstützung dieses Programms vor allem Experten, um eine effektive Verwaltung und das Gerichtswesen aufzubauen, und um Beamte auszubilden. Hauptpartner von EUROP waren die UNDP (United Nations Development Programme), UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees), IOM (International Organisation for Migration), sowie die Regierungen Belgiens, Schwedens und der Niederlande.

Auf Basis der sogenannten OBNOVA-Verordnung leistete die EU von 1996 bis 2000 Hilfe an die Länder des Westbalkan (Albanien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien sowie die Bundesrepublik Jugoslawien). Über OBNOVA-Programme wurde ein erheblicher Teil der EU-Hilfen an die Region, die sich im zurückliegenden Jahrzehnt auf rund 4,5 Milliarden € beliefen, in Projekte umgesetzt. 2001 ging OBNOVA in „CARDS“ auf.

Im Jahre 1997 setzte der Europäische Rat politische und wirtschaftliche Bedingungen für die Entwicklung bilateraler Beziehungen zu Kroatien fest. Am 21. Juni 1999 erfolgte die Initiierung eines neuen Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses (SAP) für fünf südosteuropäische Staaten, darunter auch Kroatien.

In der Periode von 1991 bis 2000 erhielt Kroatien 367 Millionen € von der EU. In der ersten Phase, den Jahren 1991 – 1995, wurden 243 Millionen € als humanitäre Hilfe geleistet. In den Jahren 1996 - 1999 lag der Schwerpunkt der Hilfe auf Wiederaufbau und Flüchtlingshilfe. Unterstützung gab es auch für die Demokratisierung, den Aufbau unabhängiger Medien und Minenräumung.

Für den Zeitraum von 1999 bis 2000 wurde das LEDA-Programm (Local Economic Development Agencies) eingeführt. Anleihen und Kredite wurden als Starthilfe für Heimkehrer zur Verfügung gestellt.

Ungefähr 100.000 Menschen profitierten von ECHO (European Community Humanitarian Office). Dank dieser Unterstützung konnten Flüchtlinge aus Serbien und Bosnien in ihre Heimat in Kroatien zurückkehren. Im März 2000 wurde ECHO dank der verbesserten humanitären Situation in Kroatien eingestellt.

1991 - 2000 EC Hilfe für Kroatien - in Millionen €											
Programm	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Total
OBNOVA						10,99	8,59	15,00	11,50	16,84	62,92
ECHO	243,20					21,15	14,50	6,95	6,50		292,30
Medien				0,09	0,31	0,72	1,67	0,59			3,38
Demokratie						0,70	2,20	0,60	0,21	0,97	4,68
Entminung								1,00	0,42	0,31	1,73
Zölle									1,00		1,00
TEMPUS										1,50	1,50
Total			243,60			33,56	26,96	24,14	19,63	16,62	367,51

Im Jahre 2000 erhielt Kroatien allein 19,62 Millionen €, wobei allein 10 Millionen für die Rückkehr der Flüchtlinge gewidmet waren. In diesem Bereich diente die Hilfe vor allem dem Wiederaufbau zerstörter Häuser und Infrastruktur, um bis zu 700.000 Menschen die Rückkehr zu ermöglichen. Darüber hinaus wurden sieben Polizeistationen in Ostslawonien errichtet, Hilfe gab es auch im Gesundheits- und Erziehungswesen.

„Herr Präsident! Hohes Haus! Ich darf sagen, es freut mich ganz besonders, dass [...] alle vier Parteien hier im Parlament einer Meinung sind und begrüßen, dass dieses Stabilisierungs- und Assoziationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Kroatien so rasch hier im Nationalrat behandelt wird und wir damit das *erste* Land sind, das dieses Abkommen ratifiziert.

Es ist dies nicht nur Symbolik, es ist ein politisches Signal, das wir unserem Nachbarland senden. Ich denke, es ist wichtig zu zeigen, dass wir Kroatien als einen verlässlichen Partner in der Region schätzen.

[...] Österreich setzte sich von Anfang an für Kroatiens Annäherung an die EU ein, und zwar auch in schwierigen Zeiten, als die anderen Staaten, auch in der Europäischen Union [...] dies nicht getan haben, und zwar sowohl bezüglich der Geschwindigkeit als auch hinsichtlich des Inhalts dieser Annäherung. [...]

Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten Dr. Benita Ferrero-Waldner (Stenographisches Protokoll der 92. NR-Sitzung, XXI. GP, am 31. Jänner 2002, S. 101)

Kleinbetriebe in benachteiligten Regionen in den Sektoren Tourismus, Landwirtschaft, Kleinindustrie und Handwerk wurden mit 2,34 Millionen € unterstützt. Im Rahmen des Tempus-Programms erhielt Kroatien im Bildungssektor ebenfalls Hilfe. 3 Millionen € wurden dafür aufgewendet, kroatischen Zentralbehörden die Verwaltung der EU-Hilfsprogramme zu ermöglichen.

Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen

Nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Januar / Februar 2000 zeigte sich die EU unmittelbar zu umfassender Unterstützung und Zusammenarbeit bereit. Man bildete eine Croatia Consultative Task Force, um Kroatien mit Gutachten und technischer Unterstützung für den SAP vorzubereiten. Bereits im März 2000 wurde die Special Envoy in Zagreb in eine ständige Delegation der Europäischen Kommission umgewandelt.

Am 24. Mai 2000 begannen die Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Kroatien. Ziel war es, Kroatien aus der damaligen wirtschaftlichen und politischen Isolation herauszuhelfen. Obwohl EU-Hilfsinstrumente in der Regel eines gewissen Vorlaufs bedürfen, konnten unbürokratische EU-Initiativen der neuen kroatischen Regierung rasch lohnende Perspektiven aufzeigen.

Am 29. Oktober 2001 wurde das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kroatien in Luxemburg unterzeichnet. Der Abschnitt über den „Handel“ wurde als Interimsabkommen sofort in Kraft gesetzt; die erforderliche Ratifizierung des Abkommens

durch die nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten wurde inzwischen abgeschlossen. Das Abkommen gibt den Beziehungen EU-Kroatien eine neue Qualität; es regelt die Übernahme eines großen Teils des 'acquis communautaire' durch Kroatien, die schrittweise Heranführung des Landes an die EU mit der Perspektive der Integration in EU-Strukturen und – ein für Kroatien besonders wichtiges Element – gesteht dem Land den Status eines „potenziellen“ Beitrittskandidaten zu (gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Santa Maria da Feira im Juni 2000).

Schon vor Inkrafttreten des Interimsabkommens profitierte Kroatien von einer einseitigen asymmetrischen Handelsliberalisierung, zu der sich die EU gegenüber den Westbalkanstaaten im November 2000 bereit erklärt hatte, um die dortige Gesundung der Wirtschafts- und Handelsaktivitäten zu fördern. Auf Basis dieser Handelspräferenzregelung können 96% der Produkte zollfrei in den EU-Markt exportiert werden. Eine Präferenzregelung dieses Umfangs ist bisher einmalig und in dem besonderen Interesse begründet, dass die EU an der Stabilisierung ihrer Nachbarregion hat.

CARDS-Programm

Der Allgemeine Rat der EU hat am 20. November 2000 die Verordnung für ein neues EU-Programm der Westbalkanhilfe 2001-2006 mit dem Namen CARDS (Community Assistance for Reconstruction, Development and Stabilisation) für Albanien, Bosnien und Herzegowina, die Bundesrepublik Jugoslawien, Kroatien und Mazedonien beschlossen. Das CARDS-Programm wurde anlässlich des "Gipfels von Zagreb" am 24. November 2000 präsentiert. Es vereint die bisher existierenden Programme PHARE für Nicht-Beitrittskandidaten und OBNOVA und schafft so eine größere Effizienz und Transparenz. Die Wiederaufbauagentur Kosovo übernimmt dabei die Durchführung der CARDS-Projekte nicht nur im Kosovo, sondern in gesamt Serbien-Montenegro.

CARDS gewährt vorrangig Unterstützung in folgenden Bereichen:

- Aufbau der öffentlichen Institutionen und Verwaltungen mit dem Ziel der Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit;
- Wiederaufbau, Entwicklung und Wirtschaftsreformen;
- Regionale Zusammenarbeit.

Die Abwicklung hierfür erfolgt über jährliche Länderprogramme, in deren Rahmen sich die Behörden der Empfängerländer zur Durchführung des vorgesehenen Reform- und Aktionsprogramms verpflichten müssen.

Daneben sind regionale Programme vorgesehen, die auf eine horizontale Zusammenarbeit aller Länder der Region durch grenzüberschreitende Projekte zielen. CARDS-Mittel werden dezentriert eingesetzt und dezentral verwaltet. Die finanzielle

Breakdown of 2001 CARDS programme for Croatia (In millions of €)	
<i>I. Political Priorities</i>	23.2
Refugee return – reconstruction and related issues	19.0
Refugee return - economic sustainability	4.2
<i>II. Economic Development</i>	14.4
Human capital	7.6
EU industrial standards	3.0
Energy infrastructure rehabilitation	3.8
<i>III. SAA Obligations</i>	20.4
Justice and home affairs	3.6
Integrated border management	10.5
Public administration reform	4.8
Statistics	1.5
<i>IV. Complementary Measures</i>	2.0
Small Scale Operations	1.0
Strategy development capacity building	1.0
TOTAL	60.0

Ausstattung des Programms beläuft sich auf 4,65 Mrd. € (2000 - 2006). Damit leistet die EU einen entscheidenden Beitrag zu Frieden, Stabilität und Entwicklung in dieser krisengeschüttelten Region.

Bei der Implementierung des SAA-Abkommens wird Kroatien von der EU im Rahmen des CARDS-Programms durch flankierende Projekte unterstützt. 2001 wurden 60 Millionen € für das CARDS-Programm bewilligt, doch erst 2002 begann die Auszahlung. Der größte Anteil von 23,2 Millionen € wurden für den Wiederaufbau und Hilfe für die Rückkehr von Flüchtlingen eingesetzt. Für 2002-2004 wurden im Rahmen des CARDS-Programms für Kroatien 168

Millionen € im nationalen Bereich und 23 Millionen im regionalen Bereich vorgesehen. Die Unterstützung erstreckt sich auf die Bereiche Demokratie, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Justiz, Verwaltung und Umweltschutz.

In den letzten Jahren gab es zwar Fortschritte im Bereich der Demokratisierung, Anerkennung der Menschenrechte, einschließlich Minderheitenrechte und Umsetzung des Friedensabkommens. Die größte Gefahr für den Reformprozess stellt dabei die Schwäche des Justizwesens dar.

Stolperstein Den Haag

Die Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Gerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY - International Criminal Tribunal for Former Yugoslavia) lässt vor allem aus britischer, aber auch aus niederländischer und skandinavischer Sicht zu wünschen übrig. Großbritannien und die Niederlande hatten das SAA-Ratifizierungsverfahren ausgesetzt und machten den Abschluss von der Zusammenarbeit mit dem Kriegsverbrechertribunal abhängig. Nach dem positiven Avis der Europäischen Kommission haben allerdings beide Länder das SAA im Jahr 2004 ratifiziert, so dass es am 1.2. 2005 in Kraft treten konnte.

Im Falle des Generals Tihomir Blaškić hat sich Kroatien bereits kooperativ gezeigt. Er wurde bereits 1996 an das Tribunal wegen Kriegsverbrechen in Bosnien-Herzegowina aus dem Jahr 1993 ausgeliefert. General Janko Bobetko, Generalstabchef Kroatiens,

wurde im September 2002 angeklagt. Er leitete 1991 mehrere Militäroperationen um Dubrovnik, Ploče und an der Neretva und war 1992 Kommandant der südlichen kroatischen Front. Am 20. November 1992 wurde er zum Generalstabschef ernannt und übernahm die Verantwortung für mehrere Militäroperationen („Schakal“ in Bosnien-Herzegowina, „Maslenica“, „Medak-Kessel“, „Bljesak“ und „Oluja“). Das Tribunal klagte ihn als Verantwortlichen für begangene Verbrechen während der Operation „Medak-Kessel“ an. Bobetko verweigerte die Annahme der Anklage, verblieb in Kroatien und genoss hohes Ansehen. Immerhin war er bereits 1941 nach der Ermordung seines Vaters und dreier Brüder durch die Ustaša zu den Partisanen gestoßen und wurde wegen Beteiligung am „Kroatischen Frühling“ zwangsweise pensioniert. Er verstarb am 29. April 2003.

Die EU macht den Beginn der Verhandlungen mit Kroatien von der Kooperation mit dem Haager Tribunal abhängig. Die EU hatte aufgrund der Einschätzung der Chefanklägerin des Tribunals, Carla del Ponte, Kroatiens Zusammenarbeit müsse besser sein, den Beginn der Verhandlungen am 17. März 2005 verschoben. Zum Lackmustest der kroatischen Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal entwickelte sich der Fall des flüchtigen Ex-Generals Ante Gotovina. Die Anklage wirft ihm vor, dass Einheiten unter seinem Kommando während der Operation „Oluja“ im August 1995 für die Tötung von 150 „Krajina“-Serben und für das Verschwinden einiger hundert Serben, sowie für die Plünderung und Zerstörung von Privateigentum verantwortlich sind. Seit Anklageerhebung im Juli 2001 versteckt sich Gotovina und die kroatische Regierung ist gefordert, nachweisbare Anstrengungen zu seiner Ergreifung zu unternehmen.

KROATIEN AUF DEM WEG IN DIE EU

Ausgangslage

„Am 13. September 2004 hat der Rat eine Europäische Partnerschaft mit Kroatien beschlossen. Am 3. Oktober 2005 haben die Mitgliedstaaten mit Kroatien Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufgenommen. Es ist angebracht, eine Beitrittspartnerschaft zu beschließen, die die bisherige Partnerschaft auf der Grundlage der Ergebnisse des Kroatienberichts der Kommission von 2005 auf den neuesten Stand bringt. In der neuen Beitrittspartnerschaft werden neue Handlungsprioritäten festgelegt. Diese neuen Prioritäten sind auf die spezifischen Bedürfnisse und den Stand der Vorbereitungen Kroatiens abgestimmt und werden bei Bedarf aktualisiert. Die Beitrittspartnerschaft dient auch als Richtschnur für die finanzielle Unterstützung des Landes.“

Von Kroatien wird die Ausarbeitung eines Plans erwartet, aus dem hervorgeht, zu welchen Terminen und mit welchen Maßnahmen es die Prioritäten der Beitrittspartnerschaft im Einzelnen umzusetzen gedenkt.“

(Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Beitrittspartnerschaft mit Kroatien, S. 5, Brüssel, 9. November 2005)

Das wichtigste außen- und sicherheitspolitische Ziel Kroatiens ist die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO. Auf diesem Weg hat das Land seit Anfang 2000 nachhaltige Fortschritte erzielt und im Sommer 2004 wurde Kroatien offiziell zum EU-Beitrittskandidaten ernannt. Seit dem 1. Februar 2005 ist auch das SAA, welches die Heranführung Kroatiens an die europäischen Strukturen fördern soll in Kraft. In der Nacht vom 3. auf den 4. Oktober 2005 wurden die Beitrittsverhandlungen zwischen Kroatien und der EU eröffnet.

Kroatien ist seit 2000 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) und seit März 2003 der Zentraleuropäischen Freihandelszone (CEFTA). Ein CEFTA-Beitritt scheiterte 1993 an Präsident Tuđman, der den direkten Weg Kroatiens in die EU und die NATO-„Partnership for Peace“ für richtiger hielt, als eine Partnerschaft mit ehemals kommunistisch regierten Ländern. Im Sicherheitsbereich nimmt das Land seit 2000 am NATO-Programm „Partnership for Peace“ teil und ist Mitglied der „Vilnius-Gruppe“ der NATO-Aspiranten. Seit Mai 2002 nimmt Kroatien am „Membership Action Plan“ der NATO (MAP) teil.

Mit den Nachbarländern besteht eine lebhafte Zusammenarbeit, dokumentiert durch politische Kontakte auf allen Ebenen und zahlreiche bilaterale Verträge. Das Verhältnis zu Bosnien und Herzegowina hat sich weitgehend normalisiert, und die Beziehungen zu Serbien und Montenegro sind inzwischen frei von tief greifenden Spannungen. Mit Slowenien bestehen politisch, wirtschaftlich und kulturell dichte Beziehungen. Die Seegrenze zu Slowenien ist nach wie vor nicht exakt bestimmt. Die Verhandlungen

darüber sind aber seit der Regierungsübernahme in Slowenien durch den bürgerlich-konservativen Politiker Janez Janša wesentlich produktiver geworden. In Fragen, die im Zusammenhang mit der Rechtsnachfolge des früheren sozialistischen Jugoslawiens stehen, sowie zu offenen Grenzfragen kommt ein produktiver Dialog voran.

Innerhalb der Region wirkt Kroatien an bestehenden Kooperationsforen wie der "Quadrilateralen" (mit Ungarn, Slowenien und Italien), der Adriatisch-Ionischen Initiative und der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) mit und beteiligt sich aktiv an Projekten des Stabilitätspakts für Südosteuropa (u.a. Verifikationszentrum RACVIAC bei Zagreb). Kroatien ist an einem weiteren Ausbau der regionalen Zusammenarbeit gerade auch mit den Konfliktgegnern des Balkankrieges interessiert.

„Die Entscheidung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen kam nicht zuletzt auf Druck Österreichs zustande. [...]

Das war nicht das erste Mal, das Österreich massiv für den Balkanstaat eingetreten ist. Schon im Frühjahr 2005 hatte es sich zusammen mit einigen anderen Staaten für den sofortigen Beginn der Beitrittsverhandlungen stark gemacht, wurde aber von der Mehrheit der EU-Staaten überstimmt. Mit seinem Engagement für den Westbalkan stärkt Österreich nicht nur seinen Einfluss in diesem Bereich, auch das massive wirtschaftliche Interesse österreichischer Unternehmen in Südosteuropa dürfte eine Rolle gespielt haben.“

(„Kroatien bekommt eine zweite Chance“, 5. Oktober 2005, <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/erweiterung05/kroatien4.shtml>)

Mit der Übergabe des Beitrittsgesuches am 21. Februar 2003 an den griechischen EU-Ratsvorsitz formalisierte Kroatien seine strategische Zielsetzung, integraler Bestandteil der Europäischen Union zu werden. Das ursprüngliche Ziel bestand bis zum Jahr 2004 die Verhandlungen zu beginnen und so schnell wie möglich abzuschließen, um zur gleichen Zeit wie Bulgarien und Rumänien im Jahre 2007 Mitglied der EU zu werden.

Der für den 17. März 2005 geplante Beginn der Verhandlungen über den EU-Beitritt Kroatiens wurde vor dem Hintergrund des Vorwurfs mangelnder Zusammenarbeit des Landes mit dem Kriegsverbrechentribunal in Den Haag und der Flüchtlingsrückkehr verschoben. Vor allem Großbritannien, Niederlande und die skandinavischen Länder hegten ihre Bedenken. Sie

stimmten in der Sitzung des EU-Ministerrates am 17. März 2005 für die Verschiebung der Verhandlungen. Die Aussage von Carla del Ponte, der Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dass Kroatien uneingeschränkt mit dem Tribunal zusammenarbeite, war schließlich ausschlaggebend für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien am 3. Oktober 2005.

„Sie können sich gar nicht vorstellen, wie enttäuscht ich bin.“ - Mit diesen Worten verlies noch drei Tage vor dem für Kroatien erfolgreichen EU-Gipfel Del Ponte nach Gesprächen mit Staatspräsident Mesić und Regierungschef Sanader die kroatische Hauptstadt. Del

Pontes Statement, von den Medien sofort aus dem Zusammenhang gerissen, ließ allenthalben die schmerzhafteste Erinnerung an den 17. März wach werden. Damals war der schon sicher geglaubte Verhandlungsbeginn vor dem Hintergrund des Vorwurfs mangelnder Zusammenarbeit mit dem internationalen Kriegsverbrechertribunal in Den Haag auf unbestimmte Zeit ausgesetzt worden. Vielen Kritikern an dieser Entscheidung, auch außerhalb Kroatiens, erschien der Beschluss des EU-Ministerrates vom vergangenen März als zu hart, und die kritischen Stimmen mehrten sich in dem Maße wie das Datum des Verhandlungsbeginns mit der EU-Kandidatin Türkei näher rückte. Österreich verwies, dass die EU nicht mit der muslimischen und überwiegend außerhalb des europäischen Kontinents liegenden Türkei Beitrittsverhandlungen beginnen könne, diese aber gleichzeitig dem christlich geprägten, europäischen Kernland Kroatien verweigern.

In einer ersten Reaktion auf den Verhandlungsbeginn nannten EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn und Premierminister Ivo Sanader 2009 als möglichen Beitrittstermin. Der Präsident der kroatischen Wirtschaftskammer, Nadan Vidosevic bezeichnete die Verhandlungen als "größten Anreiz für Kroatiens Wirtschaft". Staatspräsident Stjepan Mesic warnte jedoch vor Euphorie, denn der Verhandlungsbeginn sei nur der erste wichtige Schritt.

Kroatiens innenpolitische Situation nach dem Verhandlungsbeginn

Der Beginn der Verhandlungen wurde von allen im kroatischen Parlament vertretenen politischen Parteien ohne Einschränkung begrüßt. In den Medien spiegelten sich Freude und Erleichterung wieder, in die sich zahlreiche Warnungen vor einem Übermaß an Euphorie angesichts der nun zu erwartenden Herausforderungen im weiteren Anpassungsprozess mischten.

Ministerpräsident Ivo Sanader hatte zuletzt alles auf eine Karte gesetzt. Seiner Grundeinschätzung folgend, dass sich schwierige Reformprozesse in seinem Land ohne den Druck des Anpassungszwanges an das Normen- und Regelwerk der EU nicht würden gestalten lassen, war Sanader auch in den letzten, für ihn sehr schwierigen sieben Monaten keinen Augenblick von seinem pro-europäischen Kurs abgewichen. Während Medien und innenpolitische Gegner immer mehr das Bild eines Regierungschefs zeichneten, der, erfolglos um die Gunst der EU buhlend, über permanentes internationales Lobbying die Regelung der inneren Angelegenheiten vernachlässigt, bewies dieser Standvermögen. Angesichts deutlicher Stimmenverluste für seine Partei bei den Kommunalwahlen im vergangenen Frühjahr, des Absinkens der HDZ in den Umfragewerten (streckenweise bis auf 15%, von knapp 30% bei den letzten Parlamentswahlen), wachsender innerparteilicher Widerstände und drastisch sinkender Zustimmung zur EU in der Bevölkerung wurde der baldige Beginn der Beitrittsverhandlungen schließlich für Ivo Sanader zu einer Frage des politischen Überlebens.

Sanader wird in der EU-Politik auch von der deutlichen Mehrheit seiner politischen Gegner unterstützt, deren Einbindung in einen pro-europäischen Grundkonsens Sanader erfolgreich gelungen ist - sei es durch die Herbeiführung eines Allparteienbeschlusses des Parlamentes pro EU-Beitritt oder, indem er den Chef der größten Oppositionspartei, der sozialdemokratischen SDP als Vorsitzenden des wichtigen Parlamentsausschusses für den EU-Beitritt gewinnen konnte.

Die Gestaltung des Reformprozesses als neue Herausforderung der Regierung Sanader

Für die kroatische Regierung gilt es nun, aus dem Beginn der Verhandlungen mit der EU die nötige Dynamik für die weitere Gestaltung des innenpolitischen Reformprozesses zu schöpfen. Überspitzt formuliert ließe sich sagen, dass nun, in der Mitte der vierjährigen Legislaturperiode das harte Geschäft des Regierens für Ivo Sanader und sein Kabinett so richtig beginnt.

Dabei ist die Erfolgsbilanz bisheriger Reformpolitik ziemlich zwiespältig: zwar wächst die kroatische Wirtschaft jährlich um etwa 4%, doch die in der Regierungserklärung Ende 2003 dauerhaft angepeilten 5% wurde bisher nicht erreicht. Mit der Einrichtung von sogenannten „One-Stop-Shops“ schuf die kroatische Regierung zwar für Bürger und Unternehmen die Möglichkeit, Behördengänge auf einen Ort zu konzentrieren, doch die Wirkungsmacht einer übermächtigen Bürokratie ist in Kroatien immer noch überall zu spüren. Auch gelang es der Regierung, die Gründung von Betrieben formal wesentlich zu erleichtern, doch in der Praxis wirkt sich dies noch kaum aus. Auch ausländische Investitionen bleiben weit hinter den Erwartungen zurück.

Zu Verbessern gilt daher die politische Kommunikation der Regierungstätigkeit in die Öffentlichkeit, insbesondere in Hinblick auf die Vorgaben seitens der EU bezüglich reformpolitischer Einzelmaßnahmen. Weitere ungelöste Probleme sind derzeit neben einer hohen Auslandsverschuldung, die mit über 18% immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit, der ins Stocken geratene Privatisierungsprozess und die nur sehr schleppend verlaufende Reform des Justizwesens.

Im Screeningverfahren, dem Abgleich der nationalen Gesetzgebung mit dem Regel- und Normenwerk der EU für die konkreten Verhandlungen, wird es in den Bereichen Justiz, Umwelt und Landwirtschaft zu Schwierigkeiten kommen. Die Gestaltung des weiteren Transformationsprozesses und dessen Vermittlung gegenüber einer Bevölkerung, die seit den letzten Parlamentswahlen vor zwei Jahren vergeblich auf die erhoffte Verbesserung der Lebensverhältnisse wartet, wird nun zur zentralen Aufgabe der Regierung Sanader.

Politische und wirtschaftliche Hausaufgaben

Aufgrund der mangelnden Kohäsion der alten Mitte-Links-Regierungskoalition gerieten die angestrebten Reformen bisweilen ins Stocken. Die parlamentarische Arbeit verläuft

zur Zufriedenheit und das Parlament übt seine Befugnisse ungehindert aus. Das Parlament verabschiedet stets viele Gesetze im Dringlichkeitsverfahren. Die Zunahme dieses Vorgehens dient der Beschleunigung des Gesetzgebungsverfahrens, birgt aber die Gefahr einer Beeinträchtigung der Qualität der Gesetze und der normalen demokratischen Abläufe: „Zu den wichtigsten anstehenden Aufgaben zählt die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes rechtzeitig vor den nächsten Wahlen, in dem der Status der im Ausland lebenden Kroaten zu bestimmen und die angemessene Vertretung der Minderheiten zu gewährleisten sein wird.“ (Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen, Kroatien. Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess Jahresbericht 2003, Brüssel 2003, S. 5.)

Im Juli 2002 kam es zu einer Regierungskrise. Die HSLs weigerte sich, das Abkommen mit Slowenien über das Kernkraftwerk Krško zu ratifizieren. Am 30. Juli sprach das kroatische Parlament dem zweiten Kabinett Račan sein Vertrauen aus, wobei die nunmehrige Mitte-Links-Koalition aus fünf Parteien auch von regionalen Parteien und fraktionslosen Abgeordneten unterstützt wurde. Die Regierung war vorwiegend mit internen Streitigkeiten beschäftigt, was Reformen in der Wirtschaft, dem Justizwesen, im Militärbereich und in der öffentlichen Verwaltung verzögerte. So wurde zwar durch Gesetz die kommunale Selbstverwaltung der Gebietskörperschaften in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt mit größeren Kompetenzen ausgestattet, aber auf zentraler Ebene wurden keine Maßnahmen verabschiedet, aus denen klar die Ziele und Methoden der Verlagerung von Aufgaben und Zuständigkeiten hervorgingen. Auf kommunaler Ebene sind zahlreiche Verwaltungseinheiten weder finanziell noch verwaltungstechnisch in der Lage, Aufgaben der kommunalen Selbstverwaltung zu bewältigen.

Die Regierung verabschiedete im November 2002 zwar eine Justizreform, doch es fehlt ein Plan zur Umstrukturierung des Justizministeriums. Das kroatische Justizwesen leidet unter einem Mangel an qualifiziertem Personal und die einschlägige Ausbildung entspricht nicht dem erforderlichen Standard. Kroatien wurde vom internationalen Menschengenrichtshof wegen der Verzögerung seiner Gerichtsverfahren getadelt, da unerfahrene Richter Entscheidungen aus mangelndem Vertrauen in ihre eigenen Fähigkeiten vor sich her schieben. Regional ist die Ausstattung der Gerichte mit Richtern unausgewogen, so dass die Belastung der Richter sehr unterschiedlich ausfällt, worin eine der Ursachen für den Aktenstau liegt. Es wurden keinerlei konkrete Maßnahmen getroffen, um eine angemessene berufliche Ausbildung für Richter, Rechtsberater, Gutachter und Assessoren zu gewährleisten. Das Justizministerium war zudem nicht in der Lage, die CARDS-Hilfe und andere Hilfen auszuschöpfen, die zur Behebung der Mängel bereitgestellt wurden. In letzter Zeit tut sich etwas bezüglich der Justizreform in Kroatien. Im Juli 2004 wurde mit der Umsetzung des 5 Mio. Euro schweren CARDS-Projekts „Entwicklung von unabhängigen, zuverlässigen und aktiven Gerichtssystemen und Stärkung der internationalen Zusammenarbeit von Gerichten“ begonnen. Es wurde auch mit dem Projekt der Regelung von Grundbüchern begonnen. Dieses Projekt wird von der EBRD und der EU-Kommission mit insgesamt 26 Mio. Euro finanziert. Nach dem

Vorschlag des Justizministeriums sollte die Reduzierung der Zahl von Gerichten zu ihrer grösseren Effizienz beitragen. Nämlich, mit jetzigen 246 Gerichten gehört Kroatien zu jenen Ländern Europas, die am meisten Gerichte pro Einwohnerzahl haben. Demnach sollten Dutzende von Kommunalgerichten abgeschafft werden.

Beim Aufbau des Polizeiapparates erfüllte Kroatien seine Verpflichtungen: in Ostslawonien wurde zusätzliches serbisches Polizeipersonal eingestellt, sodass die Stellen in der Polizei dem Bevölkerungsproporz entsprechend besetzt sind. Weitere Vorstöße im Sinne einer Reformierung des Polizeiapparates wurden kaum unternommen. Die Reform des Innenministeriums fand bislang schwerpunktmäßig in der Polizeihauptdirektion statt und hat wichtige Bereiche wie die Personalentwicklung ausgeklammert. Das Konzept der bürgernahen Polizei soll mit internationaler Hilfe verwirklicht werden, wozu bereits Pilotaktionen durchgeführt werden. Auch im Kampf gegen die Korruption wurden erste Schritte eingeleitet. Das Parlament verabschiedete ein Programm zur landesweiten Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität, ratifizierte die Strafrechtskonvention des Europarates und versprach, die Zivilrechtskonvention noch zu ratifizieren. Das Amt für den Kampf gegen Korruption und organisierter Kriminalität wurde zwar geschaffen, doch dem Amt fehlt es bisher an qualifiziertem Personal.

Mit einer Reihe von gezielten Reformen gelang es, die Freiheit der Medien wesentlich zu verbessern. Mit vorhandenem Gesetz ist jedoch garantierter Schutz vor einer direkten oder indirekten Einmischung von Seiten der Politik und staatlicher Institutionen auf den staatlichen Kroatischen Rundfunk nicht gegeben. Die Verabschiedung von Rechtsvorschriften für den Rundfunkbereich steht noch aus. Die Regierung hat zwar das Ministerium für Meeresangelegenheiten, Verkehr und Kommunikation beauftragt, eine Novellierung des Telekommunikationsgesetzes vorzubereiten, doch bisher hat es kaum Fortschritte gegeben. Im Zeitungswesen wurden die meisten Zeitungen in transparenter Weise privatisiert und die Berichterstattung deckt das gesamte politische Spektrum ab. Es gibt jedoch immer noch Zeitungen, die im staatlichen Besitz sind (Slobodna Dalmacija und Vjesnik). In einer demokratischen Gesellschaft ist es nämlich nicht akzeptabel, dass der Staat der Eigentümer der Zeitungen ist.

Der kroatische Ombudsmann bilanziert regelmäßig die Menschenrechtssituation des Landes, doch die in seinem Bericht enthaltenen Ergebnisse und Empfehlungen werden von der Regierung nicht umgesetzt.

Im Dezember 2002 schloss der frühere Ministerpräsident Račan mit der Serbisch-Orthodoxen Kirche und der Islamischen Glaubensgemeinschaft des Landes Vereinbarungen nach dem Modell der Vereinbarung mit der römisch-katholischen Kirche ab. Diese Vereinbarungen garantieren den Glaubensgemeinschaften zusätzliche Freiheiten, das Recht auf Religionsunterricht an öffentlichen Schulen und auf finanzielle Zuschüsse aus dem Staatshaushalt.

Der Prozess der Entstaatlichung von Eigentum kommt nur sehr schleppend voran. Die Regierung hat keine detaillierten Angaben über Wert und Volumen des zurückgegebenen Eigentums. Das Justizministerium hat zwar ein Grundbuch, das jedoch nicht mehr verwendet wird und nicht mit den Eintragungen des Katasteramtes abgestimmt ist.

Im Februar 2003 ratifizierte Kroatien die Europäische Sozialcharta und ihre drei Protokolle, die Grundrechte wie das Recht auf Wohnung, Gesundheit, Bildung, Beschäftigung, Sozialschutz und auf diskriminierungsfreie Behandlung garantieren sollten.

Auch ein neues Minderheitengesetz wurde beschlossen. Das Gesetz garantiert den Minderheiten nicht nur ihre angemessene Vertretung in den gewählten Körperschaften der zentralen und kommunalen Ebene, sondern auch im Justizwesen und anderen staatlichen Einrichtungen. Nun muss das Minderheitengesetz umgesetzt und das Kommunalwahlgesetz aufgrund einzelner Bestimmungen des Minderheitengesetzes geändert werden. Doch im Hinblick auf die Minderheit der Roma verfügt das Land immer noch nicht über eine auf die Romabevölkerung ausgerichtete landesweite Strategie.

Flüchtlinge und Vertriebene sind nur wenige nach Kroatien zurückgekehrt, wofür nach wie vor fehlende wirtschaftliche Perspektiven ausschlaggebend sind. Während des Jahres 2004 sind laut OSZE 6500 Serben nach Kroatien zurückgekehrt. Seit dem Jahr 1995 sind insgesamt ca. 114 000 Flüchtlinge zurückgekehrt (hauptsächlich Serben). Ein weiteres Hindernis stellt das Wohnungsproblem dar. Es geht dabei um den Wiederaufbau zerstörten Eigentums, Rückübertragung von zwischenzeitlich von Dritten besetzten Eigentums und die Wiedererlangung von Wohn- und Eigentumsrechten aus der Zeit vor den Kriegen. Die Regierung Sanader hat sich verpflichtet, noch im Jahr 2005 das Problem des illegal besetzten Eigentums von serbischen Flüchtlingen zu lösen. Man muss betonen, dass sich die Zahl solcher Fälle wesentlich verringert hat. Die Rückgabe des Eigentums wurde in mehr als 95 % der Fälle vollendet. Das Problem der Wiedererlangung von Wohn- und Eigentumsrechten aus der Zeit vor dem Krieg muss noch gelöst werden. Die Regierung Sanader hat diesbezüglich eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die den früheren Trägern von Eigentumsrechten Abkauf der Wohnungen in großen Städten zu sehr günstigen Preisen ermöglichen. Sie hat auch Informationskampagne in Gang gesetzt und die Frist zur Meldung der früheren Besitzer von Eigentumsrechten bis zum September 2005 verlängert. Bis zum Ende des Jahres 2006 soll nach dem ehrgeizigen Ziel der Regierung die Flüchtlingsrückkehr vollständig abgeschlossen sein.

Im Bereich der regionalen Zusammenarbeit gelang es der kroatischen Regierung, die bilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten zu normalisieren. Kroatien ist aktives Mitglied verschiedener regionaler und sub-regionaler Initiativen wie des Stabilitätspaktes, der Adriatisch-Ionischen Initiative, der „Quadrilaterale“ (Italien, Slowenien, Ungarn und Kroatien), der Mitteleuropäischen Initiative (MEI), der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI), der Alpen-Adria-Initiative und der Donaukommission. Mit

den Anrainerstaaten der Save (Slowenien, Bosnien und Herzegowina und Serbien und Montenegro) wurde eine internationale Regelung für die Schifffahrt auf dem Fluss und für eine zukunftsfähige Wasserwirtschaft im Einzugsbereich der Save unterzeichnet.

Mit Bosnien und Herzegowina wurden Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität, über die Grenzübergänge zwischen den beiden Ländern und über Investitionsanreize und Investitionsschutz unterzeichnet. Trotz dieser positiven Entwicklung hat es darüber hinaus nur wenige Fortschritte gegeben. So bleiben die Fragen des Hafens Ploče und der doppelten Staatsbürgerschaft offen. Die Beziehungen zu Serbien und Montenegro haben an Qualität gewonnen. Fragen der Minderheiten, sowie die mangelnde Bereitschaft, mit dem Internationalen Strafgerichtshof im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen um Vukovar zusammenzuarbeiten, trüben aber weiterhin das Verhältnis.

Wirtschaftliche Lage

Kroatien hat seit seiner Unabhängigkeit einen Entindustrialisierungsprozess durchlaufen und der Anteil des verarbeitenden Gewerbes am BIP ist zurückgegangen. Die Betriebe im Tourismusgewerbe erhöhten ihre Beschäftigungszahlen. Diese Expansion schlägt sich auch in einem höheren Anteil an BIP nieder. Vor dem Hintergrund anhaltender Umstrukturierungen und wachsender Erwerbsfähigenzahlen ist die Arbeitslosigkeit unverändert hoch. Es wird jedoch vermutet, dass rund 100.000 Menschen in der Schattenwirtschaft beschäftigt sind, was bedeuten würde, dass es eigentlich weit weniger Arbeitslose gibt.

Das Wirtschaftswachstum beruht auf der Inlandsnachfrage, einem ehrgeizigen Infrastrukturprogramm und der günstigen Entwicklung des Tourismus. Trotz der finanziellen Anpassungen auf zentralstaatlicher Ebene stehen die Staatsfinanzen weiter auf schwachen Füßen, mit entsprechend nachteiligem Effekt auf die Wirtschaft. Das Defizit des konsolidierten gesamtstaatlichen Haushaltes konnte reduziert werden, doch zur Erreichung dieses Ergebnisses waren Ad-hoc-Maßnahmen erforderlich. Trotz einiger Ausgabenüberschreitungen ermöglichte die Konsolidierung der Finanzen eine Lockerung der Währungspolitik. Die Kroatische Nationalbank senkte die Zinssätze und lockerte die Auflagen für obligatorische Rücklagen. Zur Bewältigung der Schwankungen bei der Geldnachfrage verlegt sich die Nationalbank stärker auf direkte Investitionen statt auf zinspolitische Maßnahmen. Vorhandene Liquidität im Bankensystem und fallende Zinsen haben die Kreditexpansion angeheizt, und angesichts eines befürchteten Wiederansteigens der Inflation griff man zu eher rigorosen Maßnahmen administrativer Natur.

Das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich durch die zunehmende Öffnung der kroatischen Wirtschaft, der starken Binnennachfrage und der Einleitung öffentlicher Investitionsprojekte. Das schlechte Außenhandelsergebnis konnte durch hohe Tourismuseinnahmen, private Transferleistungen und einen Rückgang der Einkäufe im

grenznahen Ausland wettgemacht werden. Die Länder der EU sind dabei weiterhin Kroatiens wichtigste Handelspartner.

Die Strukturreformen waren in der zweiten Mandatshälfte der Mitte-Links-Regierungskoalition nur schleppend vorangekommen. Die Ursachen waren in der Schwäche der Regierungskoalition und ihrer Ablehnung in der Öffentlichkeit zu suchen. Die Abstriche bei Sozialleistungen und die Umsetzung der zweiten Säule des Pensionssystems sind vorangekommen, mit der Dezentralisierung der Finanzen und der Einführung eines einheitlichen Kontenführungssystems in der Finanzverwaltung wurde begonnen.

Auf dem Preissektor sind im Wesentlichen nur noch die Preise in den Bereichen Agrarerzeugnisse, Energieprodukte und Verkehrsdienstleistungen reguliert. Die Privatisierungen sind in der Zwischenzeit eingestellt worden und haben zu unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Im Bereich der Großbetriebe wurde keines der angekündigten Projekte abgeschlossen, dafür gelang es, zumindest die Finanzleistung der einschlägigen Betriebe zu verbessern. Hauptgrund für die Probleme war die Nichtbesetzung der Führungsposition im Kroatischen Privatisierungsfonds aufgrund anhaltender Meinungsverschiedenheiten innerhalb der früheren Regierungskoalition. Der Staat zahlt weiterhin erhebliche Beihilfen, wobei die Beihilfen für die sich im Staatsbesitz befindlichen Werften eine ständige Gefahr für die Stabilität des Staatshaushaltes darstellen.

Die Reform des Arbeitsmarktes stieß auf entschiedenen Widerstand und ein Gesetz wurde nach heftigen Debatten im Sommer 2003 verabschiedet. Darüber hinaus zeigen sich bei der Umsetzung der Rechtsvorschriften Schwierigkeiten, die auf Verzögerungen bei der Vorbereitung von Durchführungsbestimmungen und auf die geringe Leistungsfähigkeit der Investitionen zurückzuführen sind. Im Zusammenhang mit der Reform der öffentlichen Verwaltung hat die kroatische Regierung einen detaillierten Aktionsplan verabschiedet, der in die Zuständigkeit des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Linić fiel, doch der Prozess kam im November 2002 zum Stillstand.

Umsetzung der Stabilisierung und Assoziierung

Die Ratifizierung des Stabilisierungs- und Assoziationsabkommens (SAA) seitens der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedsstaaten ist inzwischen abgeschlossen. Am 1. Februar 2005 ist das SAA, welches die politische und wirtschaftliche Angleichung Kroatiens an die Normen der EU fördern soll, in Kraft getreten.

Das Ministerium für Europäische Integration koordiniert die Umsetzung des SAA. Der Gedanke der europäischen Integration und die Kenntnisse über die EU sind in Ministerien und anderen Behörden sehr unterschiedlich verankert. Durch Kommunikations- und Koordinierungskanäle, sowie durch eine Vielfalt von Schulungsveranstaltungen werden immer mehr Ministerialbeamte Teil des Prozesses der

EU-Annäherung. Insgesamt gesehen muss die Leistungsfähigkeit der einzelnen mit der Rechtsharmonisierung befassten Ministerien und Behörden noch weiter gesteigert werden.

Seit Verabschiedung des Aktionsplanes zum SAA legt die Regierung regelmäßig Berichte über die Umsetzung des Aktionsplanes vor. Die überwiegende Mehrzahl der geplanten Maßnahmen ist inzwischen verwirklicht, einige Rechtsakte wurden nicht innerhalb der von Kroatien selbst gesetzten Fristen verabschiedet. Mit einer Ausnahme bedeuten diese Verzögerungen jedoch nicht, dass Kroatien die im Interimsabkommen gesetzten Fristen nicht einhält, da der Aktionsplan zur Umsetzung des Abkommens von einem schnelleren Tempo bei der Erfüllung der Verpflichtungen ausgeht als das eigentliche Abkommen. Die Tempovorgaben, die Umsetzung der Mehrzahl aller Maßnahmen bereits 2002 und 2003, sind ein Zeichen für den Ehrgeiz der kroatischen Regierung, bis Ende 2006 die erforderliche Beitrittsreife zu erreichen. In allen Regierungsbehörden wurde auf Ebene des Stellvertretenden Ministers ein Koordinator für Fragen der europäischen Integration ernannt. In allen übrigen Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung wurden eigene Stellen für die europäische Integration eingerichtet. Datenbanken für die Rechtsharmonisierung, Programme der technischen Hilfe, die begleitende Beobachtung der Umsetzung des Aktionsplans und die Datenbank für die Umsetzungsarbeiten müssen noch in einer einzigen Datenbank koordiniert werden.

Im Dezember 2002 verabschiedete die Regierung ihr Programm für die Integration Kroatiens in die EU für das Jahr 2003. Das Programm ist in fünf Kapitel unterteilt: politische Kriterien, wirtschaftliche Anpassung, Harmonisierung des kroatischen Rechts mit dem Gemeinschaftsrecht, Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und Strategie zur Information der kroatischen Öffentlichkeit. Im Einzelnen ist die Verabschiedung von 83 Gesetzen und Durchführungsgesetzen vorgesehen, um so die Harmonisierung des kroatischen Rechts mit 13 Kapiteln des Gemeinschaftsrechts vorzubereiten.

Den Handel hat Kroatien weiter liberalisiert, es wurden 2002 Freihandelsabkommen mit der Bundesrepublik Jugoslawien und Albanien, sowie ein Abkommen über die Mitgliedschaft im Mitteleuropäischen Freihandelsabkommen, abgeschlossen. Damit hat Kroatien die im Rahmen des Stabilitätspakts für den Bereich Handel eingegangenen Verpflichtungen erfüllt.

Im Januar 2003 hat die Regierung die Strategie für die Rechtsangleichung im Bereich der technischen Vorschriften an den gemeinschaftlichen Besitzstand verabschiedet. Ein detaillierter Umsetzungsplan muss noch erstellt werden. In diesem wird auch die künftige institutionelle Infrastruktur für Normung, Akkreditierung, Konformitätsbewertung, das Messwesen und die Marktaufsicht festzulegen sein. Von den rechtsgültigen 6.057 neuen kroatischen Normen sind 3.258 dem europäischen Standard angeglichen. Die EG kennt 14.800 Normen (davon 8.262 CEN-Normen, 4.692 CENELEC-Normen und 1.846 ETSI-

Normen). Die neuen kroatischen Normen umfassen bereits 31% der CEN-Normen, 17% aller CENELEC-Normen und 2% der ETSI-Normen.

Die Vorlage eines Verbraucherschutzgesetzes wurde von der Regierung verabschiedet und vom Sabor im Mai 2003 bestätigt. Die Ausarbeitung des neuen Entwurfs für ein Gesetz über Lebensmittelsicherheit und Qualitätssicherung ist in Verzug geraten. Auf der Prioritätenliste des SAP-Berichts 2002 erscheint auch die Verbesserung des Rechtsrahmens der Bereiche Gesellschaftsrecht und Rechnungslegung. Die Vorbereitungen dafür laufen noch, sodass hier keine Fortschritte zu verzeichnen sind. Auch im Bereich Datenschutz müssen noch weitere Anstrengungen mit Blick auf eine Angleichung des Rechtsrahmens an den der Gemeinschaft unternommen werden. Das Gesetz über den Schutz personenbezogener Daten ist vom Sabor im Juni 2003 verabschiedet worden.

Als Teil des Finanzdienstleistungspakets wurde ein Bankengesetz verabschiedet, das Bestimmungen über das bei Gründung eines Bankgeschäfts erforderliche Gründungskapital enthält. Neben Regulierungen für die Bankenaufsicht sieht das Gesetz auch in der Kontrolle eine Zusammenarbeit mit EU-Mitgliedstaaten vor. Ein Gesetz über genossenschaftlich organisierte Spar- und Darlehenskassen wurde zeitgleich verabschiedet. Ferner wurden für den Finanzdienstleistungssektor das Gesetz zur Regulierung der Wertpapiermärkte und ein Unternehmensübernahmegesetz verabschiedet.

Das im Juni 2003 vom Sabor verabschiedete Wettbewerbsgesetz trat im Oktober 2003 in Kraft. Mit dem Interimsabkommen ist Kroatien die Verpflichtung eingegangen, eine unabhängig arbeitende Behörde für die Kontrolle der staatlichen Beihilfen einzurichten und jährlich einen Tätigkeitsbericht für den Bereich der staatlichen Beihilfen vorzulegen. Die vorgesehene Frist bis 1. März 2003 hatte Kroatien nicht eingehalten. Das Gesetz über die staatlichen Beihilfen wurde im Juli 2003 verabschiedet. Insgesamt gilt, dass der Staat immer noch sehr stark in das Wirtschaftsgeschehen eingreift, und zwar häufig in Form von verdeckten Beihilfen, geförderten Aufträgen und geleisteten Bürgschaften.

Das neue Gesetz über das Auftragswesen und die ergänzenden zwei Durchführungsbestimmungen lehnen sich weitgehend an die EG-Richtlinien an, doch in einigen Punkten gibt es Widerspruch. Dazu gehört unter anderem der Mangel an Transparenz auf allen Stufen des Verfahrens, die Möglichkeit, dass die Aufträge erteilende Behörde und die Teilnehmer der Ausschreibung in den offenen und beschränkten Auswahlverfahren während der Bewertungs- und Zuschlagserteilungsphase miteinander verhandeln können, die Zahl der Ausnahmen und die Beschränkungen im Zusammenhang mit dem Beschwerdeprüfverfahren. Die Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung und der Systeme zur Begleitung und Kontrolle der Vorgänge im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens bedarf noch erheblicher Anstrengungen und entsprechender Ressourcen.

Eine weitere Priorität stellte die Revision des Rechtsrahmens für den Bereich Recht an geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum und die Aufstellung einer Strategie für die vollständige Harmonisierung sowie den Ausbau der administrativen Kapazitäten des Staatlichen Amtes für geistiges Eigentum dar. Das Gesetz über Recht an geistigem, gewerblichem und kommerziellem Eigentum wurde im Oktober 2003 vom Sabor verabschiedet.

Das Parlament verabschiedete das Gesetz zur Förderung der mittelständischen Unternehmen, auf dessen Grundlage das Kroatische Amt für mittelständische Unternehmen eingerichtet wurde. Trotz einer Reihe von Maßnahmen zur Förderung der Unternehmerinitiative und der mittelständischen Unternehmen leidet der Sektor unter einer restriktiven Haltung der Banken und einem ungünstigen Investitionsklima. Zur Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas muss Kroatien noch weitere Anstrengungen unternehmen und bei den Basisparametern ansetzen. Zu diesen zählen gesicherte Eigentumsverhältnisse, Einstellungsbedingungen, einheimisches Know-how, Infrastruktur, Zugang zur Forschung und Rechtstaatlichkeit. Um Investitionshemmnisse zu beseitigen, wurde von der Regierung ein Aktionsplan vorgelegt, dessen Umsetzung trotz vorhandenen politischen Engagements nur langsam voranschreitet.

Im Bereich der Landwirtschaft wurden vom Sabor Kriterien für die Privatisierung von noch in staatlichem Besitz befindlichen landwirtschaftlichen Nutzflächen verabschiedet. Die noch ungelösten eigentumsrechtlichen Fragen drohen diese Privatisierung zu behindern. Immerhin wurde in der Zwischenzeit die Harmonisierung des Tiergesundheits- und Pflanzengesundheitsrechts eingeleitet. Im Bereich der Regionalpolitik wurde ein eigener Fonds eingerichtet, jedoch keine Kriterien beschlossen, nach denen der Fonds künftig seine Mittel bereitstellen wird.

Die Vorbereitungen für die Einrichtung eines Umweltschutzamtes sind im Sande verlaufen. Auch der Zustand der administrativen Kapazitäten des Umweltschutzes bereitet Sorge, denn der Rechtsrahmen ist vorhanden, doch die Rechtsvorschriften finden kaum Anwendung. Kroatien schuf ein Amt für Naturschutz und ratifizierte das Protokoll über Biosicherheit (Protokoll von Cartagena) und nimmt am Regionalprogramm für Umweltsanierung teil, doch bislang fehlt ein strategisches Umweltschutzkonzept mit klar definierten Zielen und detaillierten Plänen für die praktische Umsetzung.

Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur wurden Modernisierungsprojekte eingeleitet (wie etwa im Schienennetz zwischen Ungarn, Kroatien und Bosnien-Herzegowina, die Instandsetzung der Autobahn von Zagreb bis zur kroatisch-serbischen Grenze, der Bau der Autobahn Zagreb-Split und die Modernisierung des Flugkontrollzentrums in Zagreb). Im November 2002 haben die Europäische Kommission und Kroatien entsprechend der im Protokoll zum Landverkehr verankerten Verpflichtung den Entwurf eines Abkommens paraphiert, das sich auf das Ökopunktesystem bezieht, dem seit 1. Januar 2003 durch Österreich geführte kroatische Transporte unterliegen. Im Bereich der Energiewirtschaft wurde die Umstrukturierung eingeleitet; angestrebt wird eine Teilprivatisierung und eine

öffentliche Platzierung von Anteilen auf dem Wertpapiermarkt. Der Rechtsrahmen zur Regulierung der Energiemärkte existiert zwar seit 2001, doch die entsprechende Durchführungsvorschrift fehlt noch.

Der Festnetzmarkt wurde liberalisiert und auch die Telekommunikationsinfrastruktur hat gute Fortschritte gemacht. Die bereits angelaufenen Arbeiten am entsprechenden Rechtsrahmen werden bald abgeschlossen sein. Da die Marktöffnung bereits stattgefunden hat, geht es darum, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung durch Schulungsmaßnahmen und organisatorische Verbesserungen zu stärken, um sie in die Lage zu versetzen, die schwierigen Regulierungsaufgaben zu bewältigen, mit denen sie künftig konfrontiert sein wird.

Einige geringe Fortschritte konnten auch im Bereich der Steigerung der Leistungsfähigkeit der Einrichtungen der Bereiche Justiz und Inneres durch angemessene Ausstattung und Schulung erreicht werden. Der Rechtsrahmen für die Bereiche Asyl und Migration entsprechen dem Rahmen der EG. An der Schaffung entsprechender Aufnahmekriterien für Asylanten und Migranten wird gearbeitet. Lediglich einige Bestimmungen des Asylgesetzes entsprechen nicht voll dem EU-Standard. In der Praxis werden Asylsuchende bis zur Ausstellung eines offiziellen Asylantrages so wie sich illegal im Lande aufhaltende Ausländer behandelt und im Auffangzentrum der UNHCR untergebracht.

Strategieprogramm für Kroatien

Entsprechend den CARDS-Bestimmungen wurde für Kroatien ein Länderstrategieprogramm erstellt und im Dezember 2001 verabschiedet. Darin werden für den Zeitraum von 2002-2006 Bereiche und Prioritäten im Detail aufgeführt. Es handelt sich dabei im Einzelnen um die Schwerpunktbereiche Stabilisierung der Demokratie, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Justiz und Inneres, Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung, Umwelt und natürliche Ressourcen. Auf diesen Bereichen beruhen die Aktivitäten wie: Repatriierung von Flüchtlingen und der im Lande Vertriebenen sowie Zivilgesellschaft, Handel, Förderung des Investitionsklimas und soziale Zusammenarbeit, Modernisierung des Justizapparats, Kontrollmechanismen und organisierte Kriminalität sowie integrierte Grenzsicherung, Reform der öffentlichen Verwaltung, landesweite, regionale und kommunale Entwicklung sowie öffentliche Finanzen, Strategie zur Angleichung an das Umweltrecht der EG, das Pilotprogramm der Abfallentsorgungs- und Abfallaufbereitungsstrategie für Dalmatien, Informationssystem für den Bereich Wasserwirtschaft, Standardisierung und begleitende Beobachtung sowie Unterstützung eines von unabhängigen Organisationen getragenen Umweltschutzamtes.

Neben dem Landesprogramm profitiert Kroatien auch vom Regionalprogramm CARDS und im Rahmen des Drittlandprogramms LIFE von drei Projekten. An der Einrichtung, Organisation und personellen Ausstattung einer großen Anzahl von Regierungs-Behörden, die an der Umsetzung des CARDS-Programms beteiligt sind, muss auch

weiterhin noch gearbeitet werden.

Internationale Standpunkte zum EU-Beitritt Kroatiens

Am 30. April 2003 kam es zu einem Treffen der früheren österreichischen Außenministerin Benita Ferrero-Waldner mit dem kroatischen Präsidenten Mesić und ihrem kroatischen Amtskollegen. Dabei meinte sie: "Ich begrüße und unterstütze den Wunsch Kroatiens, Mitglied der Europäischen Union zu werden. Gleichzeitig wird der Weg Kroatiens in Richtung EU maßgeblich von seinen eigenen Leistungen abhängen." Mesić äußerte dabei die Idee, gemeinsam mit Bosnien-Herzegowina, sowie Serbien und Montenegro eine Lösung des Flüchtlingsproblems zu finden.

Ein zentrales Thema der Gespräche der Außenminister war die Regionale Partnerschaft: „Wir wollen mit unseren Nachbarn, die der Union beitreten werden, also auch mit Kroatien, sowohl in der Vorbeitrittsphase als auch, und dies ist vielleicht von noch größerer Bedeutung, nach vollzogenem Beitritt auf der Basis gemeinsamer Interessen und eines gewissen `Verwandtschaftsverhältnisses` unter Mitteleuropäern noch enger zusammenarbeiten. Mit dieser Partnerschaft sei ein Forum geschaffen worden, das dieser Zusammenarbeit einen flexiblen, aber wirksamen Rahmen geben werde.“, so Dr. Ferrero-Waldner.

Darüber hinaus wurden von den beiden Außenministern die strategischen Interessen an der Verwirklichung der Verbindung Prag-Linz-Graz-Maribor-Zagreb-Südosteuropa auf Schiene und Straße erörtert. Beide Seiten vereinbarten, entsprechende Schritte zu unternehmen, um die Europäische Union und die Länder Süd- und Südosteuropas von der Bedeutung dieses Vorhabens zu überzeugen. Kroatien genießt die volle Unterstützung Österreichs in seinen Bestrebungen hin zu einem EU-Beitritt.

Vor allem die ÖVP spricht sich für die nachhaltige Stabilisierung des Kontinents und vor allem die Annäherung der Staaten Südosteuropas aus. Diese Haltung wird, wenn auch ohne expliziten Verweis auf Kroatien, von den andern politischen Parteien geteilt.

Die FPÖ stellt dabei folgende zusätzlichen Bedingungen: „Für uns Freiheitliche ist die tatsächliche Erfüllung der festgelegten Beitrittskriterien durch die Beitrittskandidaten ebenso eine Voraussetzung für die Erweiterung wie die Erreichung europäischer Sozial- und Umweltstandards in den Beitrittsländern. Auf Grund der aktuellen Situation muss durch konkrete Zwischenziele Sozial- und Umweltschutz verhindert werden.“

Die SPÖ sieht in der Erweiterung der EU Vorteile für Österreich: „Österreich wird die Erweiterung sicher nicht ohne Probleme erleben, aber wir gehören zu jenen Ländern, die daraus auch den größten Nutzen ziehen können. Wir müssen die Aufgaben nur offensiv angehen - sowohl politisch als auch wirtschaftlich.“

Neben der SPÖ haben auch die Grünen keinerlei grundsätzliche Widerstände gegen eine Erweiterung der EU, es gibt aber kaum Hinweise auf ihre konkrete Haltung zu einem EU-Beitritt Kroatiens.

Der frühere kroatische Minister für europäische Integration, Neven Mimica, hingegen betonte anlässlich eines Vortrages am 28. April 2003 an der Diplomatischen Akademie in Wien den Willen der kroatischen Regierung, der EU beizutreten. Am 18. Dezember 2002 nahm das kroatische Parlament eine Resolution über Kroatiens Integration in die EU an. Diese Resolution wurde von allen im Parlament vertretenen Parteien angenommen und mündete am 21. Februar 2003 im Beitrittsantrag. Nachdem am 14. April 2003 vom Rat der Auftrag an die Kommission erteilt wurde, den Avis zu erstellen, erhielt am 20. April 2004 Kroatien von der EU-Kommission den Status eines offiziellen Beitrittskandidaten.

Diskussion um EU-Beitritt in kroatischer Gesellschaft

Unter politischen Parteien in Kroatien besteht ein breiter Konsens über den EU-Beitritt des Landes. Keine relevante politische Option widersetzt sich diesem Vorhaben der kroatischen Regierung. Sogar die als nationalistisch eingestufte HSP befürwortet den EU-Beitritt Kroatiens unter Vorbehalt. Die Aussetzung des für den 17. März geplanten Termins für den Beginn der Beitrittsverhandlungen hat jedoch die Popularität der EU in der kroatischen Bevölkerung stark beeinflusst. Mit dem Ergebnis, dass derzeit nur knapp die Hälfte der kroatischen Bevölkerung den EU- Beitritt befürwortet. Gründe hierfür sind der Aufschub der Beitrittsverhandlungen, die Verfassungskrise der EU und die Einsicht in der Bevölkerung, dass der EU- Beitritt auch Opfer kosten wird und nicht nur Wohlstand bringen wird. Viele kroatischen Bürger zeigen sich frustriert über den Umstand, dass weniger entwickelte Länder wie Bulgarien und Rumänien in Verhandlungen mit der EU schon weiter fortgeschritten sind als Kroatien. Die letzten Kommunalwahlen haben jedoch gezeigt, dass jene Politiker, die auf die Karte des Euroskeptizismus kroatischer Bürger gespielt haben, eine Wahlniederlage erlitten haben. Somit ist der Beitritt, trotz aller Skepsis, nicht nur das Ziel der kroatischen Regierung, sondern auch der Bevölkerung.

ZEITTADEL

Um 620	Einwanderung der Kroaten vom Norden
bis 925	Unter byzantinischer und fränkischer Oberhoheit
925	Unabhängiges Königreich unter König Tomislav
1102	Beginn der ungarischen, später österreichisch-ungarischen Oberhoheit; bis 1918 gehört ganz Kroatien zur Habsburger-Monarchie
1. Dezember 1918	Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen; Istrien und Zadar kommen zu Italien
6. Januar 1929	Königreich Jugoslawien
6. April 1941	Einmarsch deutscher Truppen in Jugoslawien
10. April 1941	"Unabhängiger Staat Kroatien" = Ustaša-Staat unter Führer Ante Pavelić
November 1941 – 1943	Istrien und einige Küstengebiete von Italien annektiert
29. November 1945	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien unter Tito
28. Juni 1948	Bruch mit Moskau
1970/1971	"Kroatischer Frühling": national-demokratische Massenbewegung unter Führung von Intellektuellen und Studenten zusammen mit der kroatischen Parteispitze, Niederschlagung durch die jugoslawische Regierung
4. Mai 1980	Tod Titos
8. April 1990	Dr. Franjo Tuđman wird Präsident des kroatischen Republik-Präsidioms
Mai 1990	HDZ gewinnt die absolute Mehrheit bei den ersten freien Parlamentswahlen
August 1990	Aufruhr kroatischer Serben in Knin, Beginn des bewaffneten Konflikts
17. März 1991	"Serbische Republik Krajina" erklärt sich für unabhängig
25. Juni 1991	Unabhängigkeitserklärung Kroatiens
3. August 1991	1. Brioni-Abkommen: 3-monatiges Moratorium der Unabhängigkeitserklärung
Ab September 1991	Krieg in Kroatien
7. Oktober 1991	Serbische Bombardierung von Zagreb
18. November 1991	Fall von Vukovar

23. Dezember 1991	Anerkennung durch Deutschland und die meisten anderen EU-Staaten mit Wirkung vom 15.01.1992
3. Januar 1992	15. Waffenstillstand
19. Januar 1992	Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland
12. Februar 1992	Stationierung von Friedenstruppen der Vereinten Nationen (UNPROFOR)
Mai 1992	Aufnahme Kroatiens in die UNO
Frühjahr 1992	Serbische Belagerung und Beschuss Dubrovniks
22. Januar 1993	Kroatischer Gegenangriff im Hinterland von Zadar (Maslenica)
28. Februar 1993	Washingtoner Abkommen zur Gründung d. Bosnisch-Kroatischen Föderation in Bosnien und Herzegowina
April 1993	Ausbruch bewaffneter Konflikte zwischen bosnischen Kroaten und Muslimen in Bosnien und Herzegowina
September 1993	Kroatische "Medak-Offensive" bei Gospić
Mai 1995	Kroatische Rückeroberung des serbisch kontrollierten Westslawoniens ("Aktion Blitz"), Raketenbeschuss Zagrebs durch Serben
4. – 7. August 1995	Kroatische Rückeroberung der serbisch kontrollierten Krajina ("Aktion Sturm")
12. November 1995	Abkommen von Erdut mit den Behörden der serbisch kontrollierten Gebiete in Ostslawonien, der Baranja und Westsyrmiens über Wiedereingliederung in Kroatien nach UNO-Verwaltung (UNTAES)
14. Dezember 1995	Unterzeichnung des Daytoner Abkommens
23. August 1996	Normalisierungsabkommen zwischen Kroatien und der Bundesrepublik Jugoslawien
6. November 1996	Aufnahme Kroatiens in den Europarat
15. Januar 1998	Ende des UNTAES-Mandats und vollständige Wiedereingliederung von Ostslawonien, Baranja und Westsyrmien in den kroatischen Staatsverband
10. Dezember 1999	Tod von Staatspräsident Tuđman
3. Januar 2000	Parlamentswahl: Sozialdemokraten erringen die relative Mehrheit und führen eine 6-Parteien-Regierung an
27. Mai 2000	Aufnahme Kroatiens in das NATO-Programm "Partnership for peace"

24. November 2000	Gipfelkonferenz EU/Südosteuropa in Zagreb
29. Oktober 2001	Unterzeichnung des Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens mit der EU
21. Februar 2003	Beitrittsantrag zur Europäischen Union
23. November 2003	Parlamentswahlen
14. April 2004	Positiver Entscheid der EU zur Beitrittskandidatur Kroatiens
2. Januar 2005	Präsidentschaftswahlen
17. März 2005	Beginn der Beitrittsverhandlungen wird verschoben
15. Mai 2005	Kommunalwahlen

LITERATURVERZEICHNIS

- Außenwirtschaft Österreich: AWO-Wirtschaftsprofil Kroatien – Allgemeine Wirtschaftslage und Entwicklung des Außenhandels mit Österreich, 10. Oktober 2005

- Calic, Marie-Janine; Krieg und Frieden in Bosnien-Herzegowina (Frankfurt am Main 1996).
- Ehrhart, Hans-Georg; EU, OSZE und der Stabilitätspakt für Europa: Präventive Diplomatie als gemeinsame Aufgabe, in: Integration, 1/1996, S.37-48.
- Goldstein, Ivo; Croatia. A History (London 1999).
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Zagreb, Länderberichte Kroatien, <http://www.kas.de/proj/home/home/40/1/index.html>
- Malović, Stjepan (Hrsg.); The People, Press and Politics of Croatia (Westport 2001).
- Mayr, Andrea Christiane; Die HDZ. Eine Analyse der Partei und ihrer Politik im Hintergrund der Entwicklungen in Kroatien seit 1989 (Wien 1996).
- Melčić, Dunja (Hrsg.); Der Jugoslawienkrieg. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen (Opladen 1999).
→ Anfang 2006 erscheint überarbeitete Neuauflage
- Rehder, Peter (Hrsg.); Das neue Osteuropa von A-Z (München 1993).
- Staničić, Mladen (Hrsg.); Croatia on ist way towards the EU (Baden-Baden 2002).
- Steindorff, Ludwig; Kroatien. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Regensburg 2001).
- Thompson, Mark; Generals for Hire. In: Time International Vol.147 No.3 (15. 01. 1996), S. 10-12.
- Zubrinic, Darko; Croatia: An Overview of History, Culture and Science (Zagreb 1995).

INTERNETVERZEICHNIS

Allgemeine und weiterführende Linkverzeichnisse

- Directory of Internet Resources on Central and Eastern Europe and Russia:
<http://www.ssees.ac.uk/dirctory.htm>
- Political Resources on the Net: Croatia
<http://www.politicalresources.net/croatia.htm>

EU und Internationale Organisationen

- Europäische Union und Kroatien:
http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/croatia/index.htm
- Delegation der Europäischen Kommission in der Republik Kroatien:
<http://www.delhrv.cec.eu.int/>
- Europäische Kommission / Weltbank:
<http://www.seerecon.org/Croatia/Croatia.htm>
- OSZE Mission Kroatien:
<http://www.osce.org/croatia/>
- OSZE - Wahlbeobachtungskommission:
http://www.osce.org/odihr/elections/field_activities/2003croatia/
- Stabilisierung und Assoziierungsprozess – 2. Jahresbericht Kroatien:
http://europa.eu.int/comm/external_relations/see/sap/rep2/index.htm
- Southeastern European Cooperative Initiative:
<http://www.secinet.org/>
- Stabilitätspakt für Südosteuropa:
<http://www.stabilitypact.org/>

Medien

- Kroatische Medien:
<http://www.kidon.com/media-link/croatia.shtml>

Politik & Diplomatie:

- Politische Parteien siehe Kapitel „Parteien“, S. 55 ff

- Links zu kroatischen Regierungsstellen und Instituten:
<http://www.gksoft.com/govt/en/hr.html>
 - Kroatische Regierung:
<http://www.vlada.hr/>
 - Kroatisches Außenministerium:
<http://www.mvp.hr/>
 - Kroatisches Parlament / Sabor:
<http://www.sabor.hr/>
 - Kroatische Verfassung:
http://www.usud.hr/html/the_constitution_of_the_republ.htm
 - Kroatiens bilaterale Beziehungen:
<http://www.mvp.hr/eng/1-2-bilateralni.htm>
 - Kroatiens multilaterale Beziehungen:
<http://www.mvp.hr/eng/1-3-multilateralni.htm>
 - Kroatien: Internationale Vereinbarungen und andere Dokumente
<http://www.mvp.hr/eng/1-4-medunarodni-ugovori.htm>
 - Kroatische Staatsmänner und Politiker
<http://www.terra.es/personal2/monolith/croatia.htm>
 - Parlamentswahl 2003
<http://www.izbori.net/>

Religion

- Kroatische Bischofskonferenz
<http://www.hbk.hr/>

Wirtschaft

- Kroatisches Amt für Statistik:
<http://www.dzs.hr>
- Kroatische Wirtschaftskammer:
<http://www.hgk.hr/komora/eng/eng.htm>

- Kroatische Nationalbank
<http://www.hnb.hr/eindex.htm>
- Wirtschaftsinstitut Zagreb
<http://www.eizg.hr/eng/onama.htm>

Wissenschaft

- Kroatische Akademie der Wissenschaften:
<http://mahazu.hazu.hr/ENG/indexENG.html>
- Kroatische Rektorenkonferenz
<http://rektorat.unizg.hr/>
- Universität Zagreb:
<http://www.unizg.hr/>

Diverse

- Kroatisches Telefonbuch online:
<http://www.htnet.hr/imenik/fset.html>